



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Grenzüberschreitende MigrantInnenorganisationen  
– transnationales politisches Engagement am  
Beispiel des Kurdischen Zentrums“

Verfasserin

Saya Ahmad

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Petra Dannecker, M.A.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung:</b> .....	<b>5</b>
1.1	Eingrenzung des Themenfelds.....	6
1.2	Methodische Herangehensweise.....	8
<b>2</b>	<b>KurdInnen</b> .....	<b>11</b>
2.1	„KurdIn“: eine Begriffsbestimmung.....	11
2.2	Kurdayetî .....	14
2.3	KurdInnen in Europa .....	16
2.4	KurdInnen in Österreich .....	17
2.4.1	Wandel in der Sozialstruktur .....	20
<b>3</b>	<b>Transnationalismus als neuer Forschungsansatz</b> .....	<b>22</b>
3.1	Theoretische Grundzüge .....	22
3.1.1	Transnationalismus als neues Analyseinstrument .....	23
3.1.2	Keine einheitliche Definition .....	26
3.2	Politischer Transnationalismus .....	29
<b>4</b>	<b>Migrationsregime zwischen inklusiven und exklusiven Strategien: Die Rolle Österreichs und der Autonomieregion Kurdistan</b> .....	<b>34</b>
4.1	Die Renaissance der Nation .....	35
4.2	Die Rolle des Herkunftslandes .....	36
4.3	Die Rolle des Ankunftslandes.....	41
4.3.1	Die rechtliche und institutionelle Lage in Österreich.....	44
4.3.2	Einwanderungspolitik in der Nachkriegszeit.....	44
4.3.3	Vom „Inländerprimat“ bis zur „Integration vor Neuzuwanderung“ .....	45
4.3.4	Migrationspolitik im Rahmen der EU .....	48
4.3.5	Einbürgerungspolitik .....	51
4.4	Ist Wien anders?.....	54
<b>5</b>	<b>MigrantInnenvereine – organisationssoziologische Ansätze</b> .....	<b>58</b>
5.1	Verortung zwischen Integration und Segregation .....	58
5.1.1	Multidimensionalität.....	60
5.1.2	Wechselwirkende Dynamiken.....	61
5.1.3	MigrantInnenorganisationen zwischen Ankunfts- und Herkunftsland.....	63

5.2	MigrantInnenorganisationen aus organisationssoziologischer Perspektive.....	64
5.2.1	MigrantInnenvereine zwischen Mitglieder- und Einflusslogik.....	64
5.3	Die transnationale Rolle von MigrantInnenorganisationen .....	68
5.4	Kurdische Selbstorganisation in Europa.....	70
5.4.1	Kurdische Vereine in Österreich .....	74
<b>6</b>	<b>Melbendî Kurdî - Das Kurdische Zentrum .....</b>	<b>78</b>
6.1	Motive für transnationales politisches Engagement .....	79
6.2	Handlungsstrategien des Kurdischen Zentrums.....	80
6.2.1	Rahmenbedingungen .....	82
6.2.2	Kooperationen .....	84
6.2.3	Verschiebung in der Orientierung .....	85
<b>7</b>	<b>Schlussbemerkung.....</b>	<b>89</b>
<b>8</b>	<b>Bibliographie.....</b>	<b>92</b>
<b>Anhang.....</b>		<b>100</b>
	Interview – Leitfäden.....	100
	Zusammenfassung .....	102
	Abstract.....	103
	Lebenslauf.....	104

## 1 Einleitung:

Die Anthropologinnen Nina Glick Schiller, Linda Basch und Christina Szanton Blanc leisteten mit ihrem Werk „Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity and Nationalism Reconsidered“ einen Paradigmenwechsel in der Migrationsforschung, mit der sich die Wissenschaft bis heute auseinandersetzt.

Sie plädieren für ein neues Konzept, um die Lebenswelten von MigrantInnen zu erforschen:

*“Now, a new kind of migrating population is emerging, composed of those whose networks, activities and patterns of life encompass both their host and home societies. Their lives cut across national boundaries and bring two societies into a single social field.”* (Glick Schiller et al. 1992, 1).

Das Konzept des Transnationalismus zeichnet sich durch einen neuen Zugang zu Migrationsfragen aus, indem es erstmals MigrantInnen<sup>1</sup> und deren Handlungsstrategien in den Mittelpunkt theoretischer Analysen stellt.

Die Eingliederung von MigrantInnen als bedeutsame, eigenständige AkteurInnen im Migrationsgeschehen, die in stetiger Wechselwirkung zu politischen, sozio-ökonomischen Phänomenen stehen, wird als das wesentliche Merkmal dieses Konzepts betrachtet.

Diese vielschichtigen Beziehungen von MigrantInnen und ihren Selbstorganisationen bergen das Potential politischer Aktivitäten, die sowohl im Ursprungsland als auch im Empfängerstaat in Erscheinung treten können.

Durch die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Transnationalismus-Begriff entwickelten sich mehrere Definitionskriterien, welche von einem sehr weitläufigen Verständnis von Transnationalismus reichen, bis hin zu einer strengeren, schärferen Abgrenzung des Terminus.

---

<sup>1</sup> Mit „MigrantInnen“ bezeichne ich jene Menschen, die selbst oder deren Eltern, welche ihr Herkunftsland aus unterschiedlichen Gründen verlassen haben (und nach Österreich eingewandert sind). Dabei spielt die StaatsbürgerInnenschaft keine Rolle.

Transnationalismus wurde als Alternative zu dominierenden Konzepten der Assimilation präsentiert. Der Blick auf transnationales Geschehen kristallisierte sich aus den globalen strukturellen Veränderungen des Kapitals heraus. Vor diesem Hintergrund prognostizierten die anfänglichen wissenschaftlichen Debatten eine Abweichung bzw. das Ende von Nationalstaaten.

Gerade der jüngste Diskurs über die Rolle und Funktion von MigrantInnenorganisationen zeigen auf, dass MigrantInnen und deren Vereine in lokale Kontexte eingebettet sind. Sie unterstehen Einflüssen des Ankunfts- und des Herkunftslandes unter und werden von den konkreten politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen dieser Staaten mitgeformt.

MigrantInnenvereine fungieren als Ansprechpartnerinnen für ihre Mitglieder bzw. AnhängerInnen. In den letzten Jahren haben vermehrt staatliche Institutionen MigrantInnenorganisationen als GatekeeperInnen zu den communities<sup>2</sup> entdeckt.

Die Migrationsforschung bietet eine Vielzahl an Literatur zum Thema Transnationalismus.

Ansätze zu politischen transnationalen Handlungsweisen sind noch nicht hinreichend erforscht und bedürfen weiterer empirischer Untersuchungen. Gerade im Hinblick auf MigrantInnenorganisationen in Europa und in Österreich im Besonderen mangelt es an wissenschaftlicher Auseinandersetzung.

## **1.1 Eingrenzung des Themenfelds**

In der vorliegenden Arbeit lege ich mein Augenmerk auf transnationale politische Praktiken von kurdischen Vereinen in Österreich. Die Motive für diese Eingrenzung liegen zum einerseits an meinem persönlichen Interesse. Des Weiteren ermöglicht mir das Verfassen dieser Arbeit eine wissenschaftlich-kritische Reflexion meiner ethischen

---

<sup>2</sup> Um den Textfluss zu erleichtern, nutze ich diesen Begriff, im Bewusstsein seiner ambivalenten Konnotation. Um auf die Heterogenität der MigrantInnen (die eine Ethnie, Sprache, etc. teilen) hinzuweisen, setze ich den Begriff „Community“ stets im Plural, also „communities“ ein.

Wurzeln. Auf der anderen Seite habe ich aus Kapazitätsgründen einen regionalen Fokus gesetzt.

In Österreich existiert eine Vielzahl an kurdischen<sup>3</sup> Vereinigungen. Der Großteil hat ihren Sitz in Wien. Obwohl die Grenzen immer wieder verschwimmen, kann man die Organisationen in drei Gruppen kategorisieren: parteipolitische Vertretungen des Autonomiegebiets, kulturelle sowie und religiöse Vereinigungen. Es muss bedacht werden, dass diese Aufteilung lediglich als Orientierungshilfe dient. Viele Vereine, welche sich selbst beispielweis als Kulturvereine bezeichnen, verfolgen auch eine politische Agenda.

Vor diesem Hintergrund richtet sich mein Augenmerk auf die transnationalen politischen Aktivitäten kurdischer Organisationen in Österreich. Ich werde meinen Fokus auf die AkteurInnen in Wien setzen, da die Mehrheit aller kurdischen Vereine in der Bundeshauptstadt ihren Sitz hat.

Um die Forschungsarbeit fokussiert zu gestalten, ziehe ich den Verein „Kurdisches Zentrum“ als empirisches Beispiel heran.

Somit bilden die Theorie des Transnationalismus und das Kurdische Zentrum als MigrantInnenverein den inhaltlichen und strukturellen Rahmen.

Daher lautet meine Forschungsfrage:

Welche Handlungsmodalitäten haben irakisch-kurdische Vereine zwischen Integrationsdruck in die Ankunftsgesellschaft einerseits und transnationalen Beziehungen andererseits entwickelt?

Damit verbunden stellten sich einige Untersuchungsfragen, welche als Leitfaden für diese Arbeit dienten. In welchem Kontext befinden sich MigrantInnenorganisationen? Welche AkteurInnen nehmen Einfluss auf die Ausrichtung der Handlungsstrategien von MigrantInnenvereinen und wie drücken sich diese aus? Welche Motive haben MigrantInnen (KurdInnen), um sich über Grenzen hinweg zu engagieren?

---

<sup>3</sup> In dieser Arbeit meine ich irakisch-kurdische Vereine. Wenn von kurdischen Organisationen aus den anderen Herkunftsstaaten die Rede ist, so werde ich dies explizit anmerken.

## 1.2 Methodische Herangehensweise

Das Kurdische Zentrum bildet mit seiner Gründung Ende der 1980er Jahre eine der ältesten Vereine der irakischen KurdInnen. In ihrer zwanzigjährigen Geschichte spielte eine zentrale Rolle für die KurdInnen in Österreich, aber auch als Ansprechpartner für staatliche Einrichtungen. Der Verein ist einer der wenigen irakisch-kurdischen Organisationen, welche durch ihre langjährige Arbeit genügend Material für eine inhaltliche Analyse bieten.

Ich bin in dieser Forschungsarbeit Theorie geleitet vorgegangen. Ich habe das vorhandene Material – eine Homepage, diverse Broschüren und die Anfang der 1990er Jahre herausgegebene Zeitschrift „Kurdistan Forum“ – aus theoretischer Perspektive untersucht. Die theoretische Grundlage dieser Forschungsarbeit ist jene des Transnationalismus und Ansätze zu transnationalen politischen Praktiken.

Darüber hinaus habe ich für die Forschungsarbeit Teilnehmende Beobachtung angewendet (vgl. Mayring 2002: 80ff). Ich habe an einer Vielzahl von Veranstaltungen, Festen und Diskussionsabenden teilgenommen. Durch meine ethnischen Wurzeln hatte ich einen Bezug zu den Beobachteten und konnte auf diese Weise einen tiefen Einblick in das soziale Gefüge der irakischen KurdInnen in Österreich gewinnen.

Neben der laufenden Literatur- und Internetrecherche habe ich teilstrukturierte, problemzentrierte Experteninterviews geführt (vgl. Mayring 2002: 67ff). Auf diese Weise habe ich anhand bestimmter Fragestellungen durch den Leitfaden lenken können, ohne den InterviewpartnerInnen Antwortmöglichkeiten vorweg zu nehmen bzw. sie in ihrer Antwort einzuschränken. Dabei konnte ich mir gleichzeitig erlauben, ad-hoc-Fragen zu stellen, wenn diese notwendig waren.

Da ich selbst irakisch-kurdische Wurzeln habe, ist mir die Wahrnehmung meiner Person als Interviewerin wichtig. Obwohl meine Eltern in der irakisch-kurdischen Community integriert sind, habe ich ein distanziertes Verhältnis zu dieser Gruppe. Gleichzeitig habe ich einen einfachen Zugang zu GatekeeperInnen.

Da die Literatur zu kurdischen Organisationen und ihre transnationalen politischen Praktiken in Österreich nur sehr spärlich vorhanden ist, hoffe ich mit meiner Diplomarbeit einen Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs leisten zu können. Damit

verbunden ist das Ziel, einen differenzierten Einblick in die kurdischen Organisationen und ihre politischen Aktivitäten zu ermöglichen.

Um ein besseres Verständnis für die Motive für transnationales Handeln von KurdInnen in Österreich zu gewährleisten, skizziere ich im folgenden Kapitel den historischen Kontext kurdischer Migration aus dem Irak. Dabei werden nach einigen Bemerkungen zur Geschichte Iraks und der kurdischen Nationalbewegung auf die Geschichte der KurdInnen in Europa eingegangen. Im Anschluss wird die Migration nach Österreich geschildert.

Das dritte Kapitel befasst sich mit den theoretischen Grundlagen des Transnationalismus-Konzepts. Hierbei werden neben den theoretischen Grundzügen Ansätze zum politischen Transnationalismus diskutiert.

Die Einflussfaktoren Herkunfts- und Ankunftsstaaten sind Gegenstand der Untersuchung im vierten Teil. Um deren Rolle besser nachvollziehen zu können, wird das Konzept des Nationalstaats aus einer transnationalen Perspektive erläutert.

Neben Staaten beeinflussen weitere Faktoren die Handlungsstrategien von MigrantInnenorganisationen. Aus diesem Grund setze ich mich im fünften Abschnitt mit organisationssoziologischen Aspekten auseinander. Dieser Blickwinkel stellt die Mitglieder und strukturelle Umfeld in den Vordergrund und bietet somit einen ergänzenden Bezugspunkt zu den voran gegangenen Kapiteln. In diesem Rahmen verfolge ich die Aktivitäten der kurdischen Vereine in Europa und Österreich und stelle somit den letzten Baustein für die Analyse des Fallbeispiels.

Kapitel sechs zieht das Kurdische Zentrum als empirisches Beispiel heran, um die eingangs formulierte Forschungsfrage zu untersuchen. Ich gehe auf die konkreten Beweggründe und Handlungsmodalitäten ein und stelle auf diese Weise die Theorie auf die empirische Probe.

Die Diplomarbeit soll einen differenzierten Einblick in die kurdischen politischen Vereine und deren Handlungsweisen geben. Sie soll aufzeigen, ob und inwiefern

MigrantInnenorganisationen und deren transnationales politisches Handeln von Ereignissen im und Imaginationen vom Herkunftsland geleitet werden.

Viele MigrantInnenvereine fungieren als Drehscheibe zwischen dem eigenen Klientel und staatlichen Institutionen im Empfängerland. Sie bewegen sich in einem transnationalen Raum. In diesem Kontext spielen sie eine zentrale Rolle, wenn es um Meinungsbildung und Lobbying geht. Ihre Handlungsstrategien orientieren sich oft an Zukunftsvorstellungen ihres Ursprungslandes. Gleichzeitig sind sie in lokale Verhältnisse des Empfängerlandes eingebettet.

Ich möchte in meiner Arbeit die genannten Organisationen auf ihre Transnationalität hin untersuchen. Als theoretisches Werkzeug werden Ansätze zum politischen Transnationalismus eingesetzt.

Schließlich folgen im siebenten Teil meine Schlussbemerkungen und mögliche Zukunftsperspektiven.

## 2 KurdInnen

In der wissenschaftlichen Forschung konstatieren zahlreiche AutorInnen<sup>4</sup>, dass politische Aktivitäten von MigrantInnen im Rahmen ihrer „[...] distinct histories of departure and resettlement“ verstanden werden müssen (Guarnizo et al 2003: 1221). Im Hinblick auf die Verortung transnationaler politischer Tätigkeiten kurdischer Organisationen, in diesem Fall des Kurdischen Zentrums, gehe ich in diesem Kapitel auf die Geschichte und die Migrationsmotive der kurdischen Bevölkerung ein.

Im folgenden Abschnitt setze ich mich mit der Kategorie „Kurde“ bzw. „Kurdin“ auseinander. Darauf folgt ein historischer Überblick über die KurdInnen im Irak, wobei die Frage nach der Migration mitdiskutiert wird.

### 2.1 „KurdIn“: eine Begriffsbestimmung

In der österreichischen Öffentlichkeit wird die Kategorie „KurdIn“ sehr undifferenziert diskutiert. Die unreflektierte Verwendung setzt sich unter den kurdischen MigrantInnen fort.

In Bezug auf KurdInnen werden Begriffe wie „community“ oder „Diaspora“ gebraucht. In den Sozialwissenschaften stellen diese Termini Untersuchungseinheiten dar, die lange die homogene Wahrnehmung der kurdischen Bevölkerung forcierten. KurdInnen stellen jedoch keineswegs eine homogene Gruppe dar (vgl. Schmidinger<sup>5</sup> 2010:1). Benedict Anderson weist darauf hin, dass „[...] all communities larger than primordial villages of face-to-face contact (and perhaps even these) are imagined“ (1993:6). Ich werde Begriffe wie Diaspora oder community vor eben diesem Hintergrund verwenden. Nationen oder ethnische Gruppen bzw. „communities“ stellen keine von einander abgegrenzte Gemeinschaften dar. Die Realität zeigt, dass ethnische, religiöse, politische und/oder andere Identifikationsmerkmale fortlaufend Gegenstand gesellschaftlicher Verhandlungen sind.

---

<sup>4</sup> Siehe auch Portes (1999), Vertovec (2010)

<sup>5</sup> Die wissenschaftliche Abhandlung ist bis dato nicht publiziert.

Somit hat Kurde bzw. Kurdin sein für verschiedene Menschen - auch für KurdInnen selbst – unterschiedliche Konnotationen. Dennoch dienen Begriffe wie Nation, „community“ oder Diaspora als Bezugspunkte in Prozessen der Identitätskonstruktion. Für das Selbstverständnis der KurdInnen spielen Kurdistan als staatenlose „Nation“ und eine „kurdische Identität“ eine bedeutende Rolle (vgl. Schmidinger 2010: 1).

Ein Zugehörigkeitsgefühl innerhalb der kurdischen Bevölkerung begrenzt sich allerdings oft auf eine symbolische bzw. rhetorische Ebene. In der Realität ist nicht nur das Herkunftsgebiet, sondern auch die Diaspora heterogen und wird von internen Konflikten begleitet. Darüber hinaus fördern Zuschreibungen von außen, politische Repressions- und Instrumentalisierungsversuche und nicht zuletzt der fehlende Nationalstaat das Zusammengehörigkeitsgefühl (vgl. Ammann 2004: 207).

Der fehlende Nationalstaat Kurdistan erstreckt sich über die Türkei, den Irak, den Iran, Syrien und Armenien, Georgien und Aserbaidschan. In der Region leben ca. 35 bis 45 Millionen EinwohnerInnen, von denen sich die Mehrheit als KurdIn bezeichnet (vgl. Schmidinger 2011: 11). Die Aufteilung der Ethnie auf unterschiedliche Nationalstaaten bettet die kurdische Bevölkerung in unterschiedliche Kontexte ein. KurdInnen waren und sind in ihren Ursprungsregionen mit anderen politischen Rahmenbedingungen konfrontiert. Dass Kurdistan kein anerkannter Nationalstaat ist, hat bisher eine einheitliche (geregelte) Nationalsprache behindert. Die kurdische Sprache weist mehrere von einander teilweise stark abweichende Dialekte auf. In der kurdologischen Forschung ist man sich bis heute uneinig darüber, welche Formen als Dialekte und welche gar als eigene Sprachen gelten. Die am weitesten verbreiteten Dialekte sind Kurmanci und Sorani. Während ersteres in der Türkei gesprochen wird, ist Sorani vor allem im Irak und im Iran in Verwendung. Erschwerend kommt hinzu, dass die Dialekte mit unterschiedlichen Alphabeten geschrieben werden. Je nach Region geschieht die Verschriftlichung entweder auf Arabisch (Irak, Iran, Syrien), Latein (Türkei) oder Kyrillisch (Armenien, Georgien, Aserbaidschan) (vgl. ebd. 9f).

Die im Ausland lebenden KurdInnen spiegeln eindrucksvoll wider, wie nationalistisches Denken durch die fehlende Existenz eines eigenen Nationalstaats beflügelt werden kann:

*„Teile der kurdischen Diaspora haben in Bezug auf ein Nationalgefühl immer versucht, die Instrumentarien eines solchen Staates zu ersetzen und werden es weiterhin tun.“*

(Ammann 2004: 207)

Anfang der 1980er Jahre migrierten zahlreiche KurdInnen aus Syrien, dem Iran und vor allem aus dem Irak nach Europa und trafen dort auf bereits niedergelassene KurdInnen aus der Türkei. Ammann (2004) fasst zusammen, dass die oben angeführten Einflussfaktoren auf eine kurdische Identität dennoch nicht zu einer intra-ethnischen Integration geführt haben. Vielmehr polarisierte der damalige kurdische Anführer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) die KurdInnen in gegensätzliche Pole. Es bestehen bis heute keine nennenswerten sozialen Verflechtungen zwischen den KurdInnen aus den unterschiedlichen Staaten.

Allgemein kann man festhalten, dass die kurdischen EmigrantInnen vordergründig durch die politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern beeinflusst werden und dadurch die kurdische Bevölkerung in ihrer Identitätsbildung und ihrem Zugehörigkeitsgefühl bzw. Loyalität stark fragmentiert ist.

Die unterschiedlichen länderspezifischen Entwicklungen, wie Diskriminierung und politische Verfolgung oder aber interne Konflikte wie Partei-politische Auseinandersetzungen in den Ursprungsländern, bilden weitaus größere Einflussfaktoren als rhetorisches Festhalten an kulturelle Gemeinsamkeiten.

Die homogene Darstellung der kurdischen Bevölkerung wird neben der Öffentlichkeit des Ankunftslandes von der Elite innerhalb der Gruppen produziert. Dieses Bild kann jedoch nicht der Realität Stand halten: In der Alltagswelt der KurdInnen existieren kaum intra-ethnische Netzwerke. Neben den ausgeführten Motiven sind es in erster Linie (Partei-) politische Loyalitäten, welche die KurdInnen auseinander driften lassen (Ammann 2004: 208f).

Dieser Überblick zeigt bereits die definatorische Schwierigkeit einer kurdischen Identität. Klassische Bezugspunkte eines Nationalstaates machen hier wenig Sinn. Die kurdische Identität hat sich, historisch betrachtet, aus der (bewaffneten) Abgrenzung zu den jeweiligen Nationalstaaten gebildet.

Der Migrationsverlauf der KurdInnen ist vielfältig, bedingt durch die unterschiedlichen Kontexte in den Herkunftsländern. Im folgenden Abschnitt beschäftige ich mich mit

dem Begriff des „Kurdayetî“, des „Kurdischseins“. Diesen gilt es zu diskutieren, denn die Herausbildung eines kurdischen Nationalgefühls bildet Bezugsrahmen für transnationale Aktivitäten kurdischer Vereine im Ausland.

Im weiteren Verlauf setze ich mich mit den kurdischen Migrationsbewegungen aus dem Irak auseinander. Ausführungen über die kurdischen Bevölkerungsgruppen aus den anderen Ursprungsländern werden auf Grund beschränkter Kapazitäten vermieden. Ich werde im folgenden Abschnitt mit „KurdInnen“ und „kurdisch“ jene aus dem Irak andeuten. KurdInnen aus anderen Herkunftsstaaten werden von mir explizit als solche bezeichnet.

## 2.2 Kurdayetî

Kurdayetî bedeutet auf Kurdisch so viel wie „Kurdischsein“ oder „Kurdismus“ und wurde erstmals 1930 verwendet. Der Terminus ist eine Antwort auf den türkischen, iranischen und arabischen Nationalismus (vgl. Fischer-Tahir und Pommerening 1996: 11).

Bis in die 50er Jahre hinein begrenzte sich der Kurdayetî-Diskurs lediglich auf städtisch-intellektuelle Kreise. Loyalitäten galten im ländlichen Gebiet vordergründig den Stämmen. Es ging daher primär um die Dezentralisierung der Macht, weniger um eine Nationsgründung (vgl. Hippler 2010 – online). Neben der tribalen Struktur stand die Forderung nach kultureller Gleichberechtigung bis in die 1960er Jahre im Vordergrund:

*„Still, Kurdish nationalist sentiment focused on ethnocultural rights: the official recognition of Nowruz, [...] language equality.“* (Natali 2005:51).

Die sprachlichen und kulturellen Differenzen verfestigten die tribalen Strukturen und erschwerten die Bildung einer nationalen Identität.

Am Land fand der Ausdruck Kurdayetî erst Ende der 1950er Jahre mit dem politischen Schwenk des regierenden General Qassems. Dieser gestand der kurdischen Bevölkerung zunächst kulturelle und politische Rechte, welche er ihnen wenige Jahre später wieder entzog. Weitere Aufstände seitens der KurdInnen und militärische Angriffe auf Barzanis Stammesgebiet Barzan 1961 beschleunigten die Verbreitung des Kurdayetî (vgl. Fischer-Tahir 2003: 68).

Der Begriff kann nicht auf eine Partei-politische Ideologie eingeschränkt werden.

*„Heute bedeutet er im weitesten Sinne eine Haltung: Kurden [sic] sind eine Nation, Kurdistan blickt auf eine lange Besiedelungsgeschichte und also haben Kurden [sic] das Recht auf politische Selbstbestimmung. Weit verbreitet ist es, von hest-î Kurdayetî [...] zu sprechen [Gefühl des Kurdischseins]“ (ebd.)*

Kurdayetî ist vielmehr eine Haltung und ein Ausdruck kollektiver Identität.

Das Konzept drang vor dem Hintergrund der historischen Ereignisse ab Ende der 50er Jahre in ländliche Gebiete. Die kurdische Bewegung wurde damit ethnisiert. Die 60er Jahre sind geprägt von einer Militarisierung und Professionalisierung der Bewegung. Die kurdisch-nationalistische Bewegung hatte nun eine politische Partei (KDP), externe Unterstützung (u.a. Iran) und Zugang zu finanziellen Ressourcen.

Nationen werden durch die Verschriftlichung von gemeinsamer Geschichte und Kultur im kollektiven Gedächtnis verfestigt und objektiviert (vgl. Rauer 2010: 63f). So entstanden in diesen Jahren zahlreiche Gedichte und Erzählungen von kurdischen SchriftstellerInnen, die das Nationalgefühl bestärkten.

Trotz der voranschreitenden Verbreitung des Kurdayetî stand kulturelle Autonomie im Vordergrund. Als Barzani 1966 einen Brief an die UNO verfasste, indem es um die Unterdrückung des kurdischen Volks ging, forderte er keine politische Unabhängigkeit, sondern kulturelle Selbstbestimmung (vgl. Natali 2005:54).

Die 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts standen im Zeichen des aufkeimenden kurdischen Nationalismus. Obwohl die Bewegung professionalisiert wurde, konnte sie die kurdische Bevölkerung nicht zur Gänze integrieren.

Der Exodus 1975 hatte weitreichende Folgen für die kurdische Bewegung. Die leninistisch-marxistische PUK konzentrierte sich zusehends auf die Führungsrolle und entfernte sich von Ideologie hin zu einer nationalistischen Ausrichtung. Das Kurdayetî-Konzept, das die Besinnung auf die kurdische Ethnie fordert, bildet damit den Rahmen für die politische Arbeit Jalal Talabanis und seiner Partei, der PUK. Die Bestrebungen führten unweigerlich zu Konflikten mit der KDP:

*„Die Auseinandersetzungen zwischen KDP und PUK im Frühjahr 1978 [...] lassen sich mit den Begriffen wie Hegemonie, Regionalismus sowie Ehre, Verrat und Rache*

interpretieren: Es ging um die Hegemonialstellung in der kurdischen Bewegung im Irak insgesamt.“ (Fischer-Tahir 2003:72).

Die langatmige Kampf um die Vormachtstellung der kurdischen Bewegung war gleichzeitig ein wunder Punkt, den Bagdad und andere AkteurInnen wie der Iran und die Türkei, längst erkannt und ausgenutzt haben. Die Geschichte zeigt, dass die zahllosen Konflikte und Kriege in Irakisch-Kurdistan und letztendlich auch der Bürgerkrieg<sup>6</sup> zwischen der KDP und der PUK Mitte der 90er Jahre Raum für außenstehenden Kräften Gelegenheit bot, wirtschaftlichen und politisch weitreichenden Einfluss auf kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen zu üben.

So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Mehrheit kurdischer MigrantInnen in Europa und in Österreich (ehemaliger) Flüchtling ist.

## **2.3 KurdInnen in Europa**

Ab Mitte der 1950er Jahre kamen kurdische Studierende nach Europa, unter anderem nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 35f).

Im Jahr 2000 lebten ca. eine Million KurdInnen in Europa (vgl. Ammann 2001: 138) Inzwischen ist v.a. durch die anhaltende Einwanderung aus der Türkei und dem Irak im Rahmen des Familiennachzugs die eine-Million-Grenze deutlich überschritten.

Untersuchungen speziell zu irakischen KurdInnen gibt es weder in Österreich noch in einem anderen europäischen Land. Vereinzelt finden sich Praxisberichte, aus denen sich Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeit oder Bildung herauslesen lassen (vgl. Ammann 2004: 224, 232). KurdInnen aus dem Irak kamen fast ausschließlich aus urbanen Regionen, während die türkischen KurdInnen dem ländlichen Gebiet entstammten. Innerhalb der irakisch-kurdischen Bevölkerung im Ausland ist das ethnische Identitätsbewusstsein stark ausgeprägt auch, wenn die Frage nach Zugehörigkeit oft Kontext-abhängig ist (vgl. Bartl 2011: 256)

---

<sup>6</sup> unter der kurdischen Bevölkerung in der Diaspora und dem Herkunftsland werden die Konflikte zwischen den zwei kurdischen Parteien auch Bruderkrieg genannt (vgl. Ahmad 2011b).

Die bis dato umfassendste Forschung zu KurdInnen in Europa wurde von der Sozialanthropologin und Politologin Birgit Ammann (2001) getätigt und ist bis heute einzigartig in ihrer umfangreichen Darstellung.

Weitgehend unerforscht ist die transnationale Lebensweise von KurdInnen, welche nicht aus dem türkischen Staatsgebiet stammen. Ammans Schätzungen zufolge leben ca. 40.000 KurdInnen in Österreich (vgl. Ammann 2001: 138). Ob die zweite und dritte Generation mit einberechnet wurde, geht aus dieser Zahl nicht hervor.

Länderspezifisch betrachtet, ist aus Ammanns Studie ersichtlich, dass die Aufteilung der KurdInnen in Europa entlang bestimmter Grenzen verläuft: Die Trennlinien werden bei der Migrationsform und der Herkunftsregion gezogen (vgl. Ammann 2001: 139-147). Die Mehrheit der in Deutschland lebenden KurdInnen stammt aus der Türkei und wurden als ArbeitsmigrantInnen angeworben, während der Großteil der kurdischen Bevölkerung in Schweden als (ehemalige) Flüchtlinge aus dem Irak kam. Österreich zählt – bedingt durch ihre historische Rolle – zu den Zielländern der „GastarbeiterInnen“ aus der Türkei (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 31). Ab Ende der 1980er Jahre wandelte sich das Bild, da immer mehr KurdInnen aus anderen Teilen, vordergründig aus dem Irak, als Folge des ausgebrochenen Iran-Irak-Krieges als Flüchtlinge in Österreich landeten (vgl. Ammann 2001: 143).

## **2.4 KurdInnen in Österreich**

In Österreich stellen KurdInnen aus der Türkei die größte Gruppe dar. Gefolgt werden sie von den irakisch-stämmigen KurdInnen. Letztere kamen als politische Flüchtlinge nach Österreich. Die Mehrheit ließ sich in Wien nieder. Der Bundeshauptstadt kam eine wichtige Rolle als Zentrum kurdischer exilpolitischer Aktivitäten zu (vgl. Schmidinger 2010: 4). Die Gründung der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) Anfang der 70er Jahre wurde teilweise in Wien vorbereitet. Die Stadt spielt überdies eine diplomatische Rolle in den Bemühungen um eine Lösung der kurdischen Frage, nicht zuletzt durch die langjährige Bekanntschaft zwischen dem österreichischen Staatsoberhaupt Fischer und dem Präsidenten der Regionalregierung Kurdistan (Kurdistan Regional Government, KRG).

Die diplomatischen Beziehungen basieren auf der seit den 1960er Jahren in Wien ansässigen kurdischen Diaspora.

Es existieren keine fundierten Statistiken über die Größe der kurdischen Population in Österreich. Denn den Quellen über Einwanderung und migrantische Bevölkerungsgruppen liegen die staatliche Herkunft zu Grunde, und nicht die ethnische Zugehörigkeit. So werden beispielsweise ArbeitsmigrantInnen als türkische StaatsbürgerInnen identifiziert. Daraus kann nicht abgeleitet werden, ob die Person KurdIn, ArmenierIn, BulgarIn oder TürkIn ist.

Schmidinger beziffert die Zahl der KurdInnen in Österreich im Jahr 2010 mit 100.000, wobei hier von KurdInnen aus allen Teilen der Ursprungsregion gesprochen wird (vgl. Schmidinger 2010: 4). Die meisten KurdInnen leben in Wien, gefolgt von Vorarlberg und Niederösterreich (vgl. Ammann 2001:143)

Die ersten kurdischen MigrantInnen, die Österreich aufsuchten, kamen nach Wien, um einem Studium nachzugehen. Einige von ihnen waren bereits Mitglieder kurdischer studentischer Organisationen, welche in ganz Europa vernetzt agierten (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 35).

1975 stellt eine wichtige Zäsur in der irakisch-kurdischen Geschichte dar: Am 6. März einigen sich der Irak und der Iran auf der OPEC-Konferenz von Algier in dem lange andauernden Konflikt über die Grenzziehung am Shatt al-Arab (vgl. Van Bruinessen 1989: 43f; Fercher 1995: 48). Der Irak überließ den Großteil des Gebiets Teheran, im Gegenzug verzichtete der Iran auf weitere Unterstützung der irakischen KurdInnen.

Das Abkommen hatte verheerende Folgen für die kurdische Autonomiebewegung. Die wurde blutig beendet und Mulla Mustafa Barzani, Chef der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) sowie seine AnhängerInnen mussten aufgeben Barzani floh in die USA, wo er auch 1979 starb. (vgl. Ahmad 2011a: 153).

Das Abkommen markeiert den Beginn der Massenflucht der KurdInnen in den Iran. Schätzungen zu Folge handelten es sich um ca. 250.000 bis 300.000 Flüchtlinge (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 35).

Der damalige österreichische Bundeskanzler lud in diesem Zusammenhang Bruno Kreisky Mulla Mustafa Barzani nach Wien ein (vgl. Schmidinger 2010: 2). Österreich nahm 1976 knapp über 100 KurdInnen auf, nach einer parlamentarischen Anfrage des

SPÖ-Nationalratsabgeordneten Fischer. Die Mehrheit der aufgenommenen KurdInnen waren Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP), AnhängerInnen anderer politischer Gruppen oder Parteien, wie die PUK, kamen mehrheitlich als Einzelpersonen und zeitlich versetzt (vgl. Six-Hohenbalken 2002:36).

Harald Fercher (1995) widmet sich in seiner Arbeit der kurdischen (Flucht)Migration nach Österreich und den spezifischen vorangegangenen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen. Er stellt fest, dass die Anzahl kurdischer AsylwerberInnen aus dem Irak und dem Iran mit dem Ausbruch des Golfkrieges 1980 plötzlich anstieg (vgl. 1995:71).

KurdInnen aus dem Irak verließen mit Hilfe ihrer in Österreich lebenden Familienangehörigen ihre Heimatregion und beantragten in Österreich Asyl (vgl. Six-Hohenbalken 2002:38).

1980 stellt der Irak mit Saddam Hussein an der Spitze den Anspruch auf das 1975 an den Iran abgegebene Gebiet Shatt al-Arab. Er eröffnete im kurdischen Norden des Landes eine Front.

Saddam Hussein befiehlt Bombardierungen kurdischer Gebiete im Nord-Irak, Deportationen, Folter und Exekutionen folgen (vgl. Strohmeier/Yalçin-Heckmann 2000: 133). Die Stadt Halabja wurde 1988 mit Giftgas angegriffen und 5000 Menschen kamen unmittelbar ums Leben. Dieses Ereignis sollte noch zum Symbol der Unterdrückungspolitik des Baath-Regimes werden. Es folgt die „Anfal“<sup>7</sup>-Kampagne und im Zuge dessen die Deportation und Ermordung von rund 150.000 bis 200.000 Menschen. Weitere 1,5 Millionen wurden zwangsumgesiedelt. Hunderttausende flohen über die türkische und iranische Grenze (vgl. Fischer-Tahir/Pommerening 1996: 34ff).

Es folgte 1988 ein weiterer großer Strom kurdischer Flüchtlinge Richtung Europa (vgl. Ammann 2001: 132). In Österreich wurde zu dieser Zeit das Kurdische Zentrum mit der Betreuung der Flüchtlinge beauftragt (vgl. Interview mit Dr. Gelas Khanakah, siehe Kap. 6)

---

<sup>7</sup> Anfal: arabisch für „Beute“

### **2.4.1 Wandel in der Sozialstruktur**

Das kurdische Exil ist in stetigem gesellschaftlichem und strukturellem Wandel. Waren bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts noch mehrheitlich türkisch-kurdische ImmigrantInnen auf dem europäischen Kontinent, stieg in der darauffolgenden Dekade die Zahl iranischer und irakischer KurdInnen durch die lokale Verfolgungspolitik rapide an. Durch die Aufnahme irakisch-stämmiger KurdInnen veränderte sich in den 80er Jahren die soziale Struktur der kurdischen Bevölkerung in Österreich. Waren es in den 1960er Jahren junge, männliche Parteimitglieder höherer Gesellschaftsschichten, änderte sich dies zwei Dekaden später vermehrt Richtung familiärer Strukturen aus diversen sozialen Schichten (vgl. Ammann 2001: 142).

Mitte der 1990er Jahre veranlasste die restriktive Asyl- und Migrationspolitik in Österreich ein abruptes Ende der Asylanträge. Die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen führten zu einem signifikanten Rückgang bei der Anerkennung von politischen Flüchtlingen. Darüber hinaus kam es zu beispiellosen Abschiebungen (vgl. Fercher 1995: 74f).

Eine weitere wichtige Zäsur in der Migrationsgeschichte der KurdInnen stellt der Ausbruch des Goldkrieges 1991 dar. Die blutige Niederschlagung der kurdischen Aufstände im Norden mündeten in einer weiteren Massenflucht in den Iran und die Türkei (vgl. Strohmeier und Yalcin-Heckmann 2000: 135ff).

Österreich beschloss 300 KurdInnen aufzunehmen. Diese wurden nach bestimmten Kriterien wie verwandtschaftliche Beziehungen in Österreich, Intensität der drohenden Verfolgung, Hilfsbedürftigkeit und „Integrationsfähigkeit“ ausgewählt (vgl. Six-Hohenbalken 2002:38).

Wieder hatte das Kurdische Zentrum die Zuständigkeit für die Betreuung der Flüchtlinge inne.

Die Errichtung des „save haven“, die durch die UNO-Resolution veranlasst wurde, und die 1992 angehaltenen Wahlen im kurdischen Norden läuteten die Ära der Kurdischen Regionalregierung und Autonomieverwaltung ein. Seit dem regieren die KDP und die PUK das Gebiet.

2006 resultierten Parteiinterne Differenzen innerhalb der PUK in der Abspaltung des Flügels um Nawshirwan Mustafa, einem langjährigen Weggefährten Jalal Talabanis, im

Jahr 2006. Die neu gegründete „Goran“<sup>8</sup> –Partei will die Macht der KDP-PUK-Allianz brechen und will anhaltender Korruption ein Ende setzen. (vgl. Ahmad 2011b: 165).

Die Abspaltung hatte auch in Europa Folgen. In Österreich und den anderen Staaten errichteten die AnhängerInnen der Gorran-Bewegung eigene Vertretungen. Die Gorran-Partei ist auch in Wien aktiv.

Die jüngsten Neugründungstendenzen stellten keinen Auswanderungsgrund dar. Seit der relativ stabilen Lage in Irakisch-Kurdistan können keine nennenswerten Migrationsbewegungen aus dem Autonomiegebiet nach Österreich verzeichnet werden. Die kurdische Bevölkerung konzentriert sich nach wie vor auf Wien als Lebensmittelpunkt, wobei die Städte Linz und Graz ebenfalls als Zentren definiert werden können.

Viele KurdInnen pflegen intensive Kontakte zu Irakisch-Kurdistan. Dieses Phänomen greift auch in die Lebensweise der zweiten Generation. Die irakischen KurdInnen bewegen sich zwischen Herkunftsregion und Ankunftsgesellschaft und nehmen auf diese Weise transnationale Aspekte in ihrem Alltag auf.

---

<sup>8</sup> Kurdische für Veränderung, Wandel. Die Namensgebung lehnt sich an den Wahlkampf-slogan Barack Obamas an (Change).

## 3 Transnationalismus als neuer Forschungsansatz

### 3.1 Theoretische Grundzüge

In der gängigen Migrationsforschung galt bis in die 90er Jahre die Prämisse, dass Eingewanderte ihre kulturellen Wurzeln bzw. ihre Herkunft aufgeben. Sie verlassen ihr Zuhause und stellen sich einem Prozess der Eingliederung in der neuen Gesellschaft. Seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts ist das Aufstreben neuer Konzepte in der Migrationsforschung zu beobachten. Diese hinterfragen die lange Zeit dominierenden Theorien über Migration und Integration.

Einen nachhaltigen Paradigmenwechsel brachte das Konzept des Transnationalismus, das einen Bruch mit vergangenen Vorstellungen über Lebensweisen von MigrantInnen und deren Selbstorganisationen in der Ankunftsgesellschaft vollzog.

*„Es war der Wechsel von der Assimilations- zur Transnationalismusperspektive in den Sozialwissenschaften, der eine Neubewertung der Eigenorganisationen von MigrantInnen erlaubte. MigrantInnen bauen multiple Identitäten und Netzwerke auf, die über nationalstaatliche Grenzen hinausgehen.“* (Dahinden/Moret 2008)

Die Transnationalismusforschung grenzt sich von Theorien wie die der Assimilation und dem Multikulturalismus ab, da diese Ansätze die Praktiken von MigrantInnen lediglich auf die Frage einschränken, ob ihre Aktivitäten hinderlich für eine Eingliederung in die Ankunftsgesellschaft seien oder ob dieser Ausdruck multikulturellen Handelns vielmehr integrationsförderlich ist. Diese Perspektiven stützen sich auf die These, dass Wanderungsbewegungen linear stattfinden.

Diesem Gedanken liegt zu Grunde, dass MigrantInnen, welche in einem neuen gesellschaftlichen Umfeld ihre Existenz aufbauen, einer stufenweisen Anpassung folgend ihre „alten“ Wurzeln hinter sich lassen und sich zur Gänze in die neue Gesellschaft einordnen. Sie lassen ihr Ursprungsland hinter sich und stehen vor einem Prozess der Integration in die neue Gesellschaft und Kultur.

Hauptaugenmerk des Transnationalismus liegt nicht primär auf den Motiven für Wanderungsbewegungen, wie dies in den „klassischen“ Migrationstheorien der Fall ist. Vielmehr stellt sich in diesem Rahmen die Frage, inwiefern MigrantInnen soziale, politische und ökonomische Brücken zu ihren Ursprungsländern bauen bzw. ihre Beziehungen reproduzieren (vgl. Glick Schiller et al 1994: 7).

*„Theories of transnationalism and migration basically focus on the way cultural and transnational connections shape migration processes and explore the impact of immigration on social relations.“* (Fassmann et al 2005: 21).

Transnationalismus bezeichnet hier Bewegungen über Raum und Zeit hinweg. Der zentrale Moment, der für einen Anstieg von transnationalen Verbindungen verantwortlich ist, hängt unabdingbar mit der Konjunktur von technischen Errungenschaften zusammen. Neue Kommunikations- und Transporttechnologien erleichtern fortlaufende Beziehungen zum Herkunftsland, welche räumliche und zeitliche Faktoren überbrücken (vgl. Itzigsohn 2000: 1130; Adamson 2002: 156).

### **3.1.1 Transnationalismus als neues Analyseinstrument**

Bereits in den 1960er Jahren wurde der Terminus Transnationalismus in der Ökonomie häufig verwendet. Der Begriff bezeichnet im Wirtschaftssektor Konzerne, deren Organisationsstruktur sich auf mehreren Staaten verteilt (Glick Schiller et al 1999: 76)

In den 1990er Jahren entwickelte sich in der Migrationsforschung die Diskussion über transnationale Herangehensweisen und Kritik wurde an nationalen Begrenzungen laut (vgl. Strasser 2010: 328).

1992 fand durch die Kultur- und Sozialanthropologinnen Nina Glick Schiller, Linda Basch und Christina Szanton Blanc der Begriff des Transnationalen Eingang in die Sozialwissenschaften. Sie definieren Transnationalismus „as the processes by which immigrants forge and sustain multi-stranded social relations that link together their societies of origin and settlement“ (Basch et al 1994:7).

In Abgrenzung dazu geht das Diaspora-Konzept von einer starken Herkunftsland-Orientierung aus, gekoppelt mit der steten Sehnsucht zurück zu kehren. Zwar

verzeichnet auch die Diaspora-Forschung zunehmende Verflechtungen über Grenzen hinweg, jedoch verlaufen die Netzwerke sternenförmig, und eine der Orte nimmt eine eindeutige Zentrumsfunktion ein. Im Unterschied dazu steht Transnationalismus für die „*eher gleichgewichtige Bedeutung von unterschiedlichen Lokalisationen im Ländergrenzen überspannenden sozialräumlichen Beziehungsgeflecht*“ (Pries 2008: 160)

Die Autorinnen Glick Schiller et al (1994) beleuchten kritisch bis dahin gängige Konzepte in der Migrationsforschung und fordern eine Diskussion dominierender Theorien. Sie erklärten MigrantInnen als „transmigrants“ (Glick Schiller et al 1994: 7) welche sich genuin zwischen mindestens zwei Nationen bewegen. Erstmals stehen MigrantInnen selbst als handlungsfähige AkteurInnen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion.

Dies resultierte in der Gründung von „transnational studies“ in den Sozialwissenschaften. Transnational Studies untersucht die konkreten Aktivitäten von Menschen, welche mit mindestens zwei Staaten politisch, ökonomisch, sozial und/oder kulturell verbunden sind.

Diese Definition geht von der Annahme aus, dass der Alltag von ImmigrantInnen auf multiple und konstante Verflechtungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg beruht. Ihre Identitäten bauen auf zwei oder mehr Nationalstaaten auf.

MigrantInnen sind in die lokale Ökonomie, politischen Institutionen, in den Alltag und die Lokalität der Ankunftsgesellschaften eingebettet, engagieren sich jedoch zugleich politisch, ökonomisch, sozial und/oder kulturell in ihren Ursprungsländern und pflegen auf diese Weise Verbindungen zu ihren ethnischen und/oder kulturellen Wurzeln (vgl. ebd.).

Der Zugang des Transnationalismus schuf erstmals die nötigen methodischen Werkzeuge, um grenzüberschreitende Beziehungen per se als Untersuchungsgegenstand zu behandeln. Glick Schiller et al (1994) formulieren Kriterien, welche ihren Forschungsansatz untermauern sollten: Transnationale Beziehungen müssen unter dem Gesichtspunkt des globalen Kapitalismus analysiert werden. Der veränderte Kontext globaler Arbeitsmärkte führte in den letzten Dekaden zu zunehmenden, weltweiten Migrationsbewegungen und zur Verschiebung von Migrationsströmen (vgl. Fauser 2010: 270)

Darüber hinaus betonen sie, dass das Konzept des Transnationalismus in den Alltagsrealitäten und konkreten Beziehungen der Menschen eingezäunt ist. Vor diesem Hintergrund ist zu bedenken, dass Identitätskonstruktionen von TransmigrantInnen vielschichtig und von Rassialisierungen in mindestens zwei Gesellschaften bzw. Kontexten betroffen sind und geformt werden. Strasser fügt zudem den Einfluss von Geschlechterrollen und -normen hinzu (vgl. 2010:330).

Die anfängliche Euphorie in der wissenschaftlichen Literatur führte zu einer inflationären Verwendung des Transnationalismus-Begriffs. Auf diese Weise verschwammen die Bedeutung und die Abgrenzung zu anderen Migrationstheorien.

Das Konzept lief Gefahr zu einem „catch-all-and-say-nothing“-Terminus zu verkommen (Pries 2008b: 10). Die Herausforderung liegt nun nicht mehr im Aufzeigen transnationaler Phänomene, es geht vielmehr darum Transnationalität messbar zu machen. Pries plädiert für eine Vereinheitlichung von Indikatoren, welche als Grundlage für die Messbarkeit bzw. Definition von transnationalen Handlungen herangezogen werden können. Divergierende Vorstellungen von Transnationalität in der Migrationsforschung veranlassten einige WissenschaftlerInnen (Portes, Guarnizo and Landolt 1999, Guarnizo 2003) dazu, eine strenger gefasste Definition zu verfassen, um die Seriosität des Konzepts und ihre Messbarkeit zu gewährleisten (vgl. Portes et al 1999:?).

*„Immigrant transnationalism is a subset of this universe, defined by regular activities across national borders conducted by foreign-born as part of their lives abroad.“* (Portes et al 2007: 252).

Der Terminus Transnationalität signalisiert auf den ersten Blick eine Abnahme nationaler Grenzen und die Entwicklung von grenzüberschreitenden Ideen oder politischen Institutionen.

Die Verwendung des Begriffs in den Sozialwissenschaften muss im Rahmen der Restrukturierung des globalen Kapitals betrachtet werden. Der Kapitalismus ist als Produktionssystem von Beginn an von globalen Interaktionen und Verknüpfungen unter den Menschen abhängig. Laut Glick Schiller et al ist das Ziel „...not only profits accumulated globally but all parts of the world incorporated into the same single system of production, investment, communication and coordination...“ (1999: 77). Der Blick auf transnationales Geschehen ist eng mit dem sinkenden Stellenwert von nationalen

Grenzen im Bereich der Produktion und Distribution von Gütern, Ideen und Menschen verknüpft.

In diesem Zusammenhang wurde in der anfänglichen wissenschaftlichen Diskussion um Transnationalismus eine Abweichung von nationalstaatlichen Konzepten gefordert. Begrifflichkeiten wie national und lokal sollten demnach neu reflektiert werden: „*One of the tasks here has to do with rethinking spatial hierarchies that are usually taken as given: local/national/global.*“ (Sassen 2001: 188)

Es muss jedoch fest gehalten werden, dass Thesen in Bezug auf eine Auflösung des Nationalstaates, wie dies in den Cultural Studies oder den frühen Beiträgen der Transnationalismusforschung vermutet wurde, im Laufe weiterer Forschungen relativiert werden musste. „*Nationen und Nationalstaaten werden nicht weniger, sondern mehr [...] Nationalismen sind nicht überwunden, sondern flammen immer wieder auf.*“ (Strasser 2009:70).

Die steigende Intensität globaler Vernetzung in der Ökonomie steht zugleich wachsender politischer Abgrenzung und Revival nationalistischer Diskurse gegenüber (Glick Schiller et al 1999: 81).

### **3.1.2 Keine einheitliche Definition**

In der Forschung wird vielfach die unklare Eingrenzung des Begriffs Transnationalismus kritisiert.

Zwei grundlegende Vorstellungen von transnationalem Engagement einander gegenüber: Zum Einen existiert ein breiter gefasstes Verständnis von Transnationalismus, welche alle Ansätze umfasst, die sich mit Grenzüberschreitungen befassen. Hierbei geht es nicht um die tatsächliche physische Grenzüberschreitung, es handelt sich vielmehr um Verflechtungen und Beziehungen über Grenzen hinweg (vgl. Iztigsohn et al. 1999:329, Østergaard-Nielsen 2001: 4f). KritikerInnen dieses Konzept sehen den Defizit im breiten Interpretationsspielraum. So schlagen einige MigrationsforscherInnen (Pries 2008, Portes et al 1999, Guarnizo et al 2003, Iztigsohn 1999) eine enge Zuschreibung vor, um die analytische Trennschärfe zu wahren. Sie hebt reguläre Verflechtungen von ImmigrantInnen von anderen gelegentlichen Beziehungen, mitunter gelegentliche Urlaubsreisen in das Herkunftsland, ab.

Neben der Differenzierung in „narrow“ und „broad“ ( Itzigsohn et al 1999: 317) als zwei Enden eines Spektrums transnationaler Praktiken ziehen in diesem Zusammenhang Guarnizo und Smith horizontale Kategorien und sprechen von „transnationalism from below“ und „transnationalism from above“ (Guarnizo/ Smith 1998: 3). Translokale Familien, migrantische Selbstorganisationen oder grenzüberschreitender Aktivismus von Graswurzelbewegungen können als „transnationalism from below“ bezeichnet werden, während globale Finanzmärkte, der Einfluss durch globale Medien und supranationale und staatliche Organisationen den „transnationalism from above“ (ebd.) bilden.

„Grassroot transnational activities“ eröffnet einen neuen Blickwinkel und hebt die facettenreichen Aktivitäten von Menschen hervor, welche nicht der gesellschaftlichen Elite angehören und in der Vergangenheit nicht präsent waren (Portes et al 1999: 220). Strasser weist darauf hin, dass die Aufteilung in „unten“ und „oben“ nicht zur Gänze den realen Gelegenheitsstrukturen wieder gäbe. Die Sozialanthropologin geht einen Schritt weiter und fügt dem Transnationalismus von oben und unten noch das Dazwischen hinzu (vgl. Strasser 2009: 63).

Die Kategorie der grassroot-Bewegungen führt ihrer Ansicht nach zu Verwirrungen, denn hierbei wird in der wissenschaftlichen Literatur der Einfluss von internationalen Organisationen und staatlichen Institutionen auf grenzüberschreitende politische und soziale Bewegungen vernachlässigt (vgl. Strasser 2009:64). Darüber hinaus verweist sie auf die alltäglichen Schnittstellen und Kooperationen zwischen staatlichen Institutionen und grassroot-Organisationen, die durch soziale Netzwerke gebildet werden. Somit bestehen Überlappungen zwischen dem, was Transnationalismus von oben und von unten vordergründig ausmachen.

In Bezug auf MigrantInnenorganisationen kann auch das raumtheoretische Konzept des „transnational social space“ als theoretisches Werkzeug dienen:

*„Terms such as transnational social spaces [...] refer usually to sustained ties of persons, networks and organizations across the borders across multiple nation-states, ranging from low to highly institutionalized forms [...]”* (Faist 2004: 337)

Wenn räumliche Positionierungen in verschiedene Lokalisierungen übergreifen, dann kann von transnationaler Migration gesprochen werden. Transnationale soziale Räume haben keinen klar benennbaren nationalen oder räumlichen Referenzpunkt (Rauer 2010:66)

MigrantInnenvereine und –verbände nehmen hier eine zentrale Rolle ein, denn sie bewegen sich genuin zwischen Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft. Vereine, deren Praktiken auf das Ankunftsland bezogen sind, lassen einen Restbezug zum Herkunftsland erkennen und umgekehrt. Praktiken und Aktivitäten von MigrantInnenorganisationen machen die Reziprozität zwischen herkunfts- und ankunftslandbezogenen Einflüssen sichtbar. Netzwerke von MigrantInnen begründen transnationale soziale Räume und bieten somit eine Plattform für transnationales politisches Engagement (vgl. Adamson 2002: 156f).

Transnationale MigrantInnen sind mehr denn je in der Lage Kommunikations- und Transportmittel so zu nutzen, dass sie grenzüberschreitende Beziehungen langfristig und nachhaltig aufrecht erhalten zu können (vgl. Koopmanns/Statham 2001a: 200). Die Informationsschere verkleinert sich, weil erstmals der Zugang zu Wissen nicht nur für die Elite beschränkt ist. Andere soziale Schichten können erstmals selbst als Informationskanäle fungieren. Erleichtert wird dies durch neue und kostengünstigere Kommunikations- und Transportmittel, welche vorangegangenen Generationen nicht zur Verfügung standen (vgl. Portes et al 2007: 252).

Allgemein ist fest zu halten, dass Transnationalismus aus der Evolution der globalen Ökonomie und die vielfältigen Antworten und Strategien, die von (ökonomisch und sozio-politisch) benachteiligten Menschen in Betracht gezogen werden, resultiert. (vgl. Portes et al 1999: 227). MigrantInnen und ihre Selbstorganisationen rücken mit Hilfe des Transnationalismuskonzepts als aktive AkteurInnen in den Vordergrund migrations- und integrationstheoretischer Analysen.

MigrantInnenvereine stehen in stetiger Wechselwirkung zum Herkunfts- und Ankunftsland. Anfängliche Prognosen über den Untergang des Nationalstaates ist durch eine differenziertere Sichtweise ersetzt worden. Die gegenwärtigen Prozesse der Restrukturierung und Gestaltung des globalen Kapitals beeinflussen maßgeblich die internationale Migration und Nationalstaatskonzepte. Nationalstaaten erleben eine Renaissance und üben großen Einfluss auf das transnationale Engagement von MigrantInnenorganisationen aus.

Der transnationale Moment von MigrantInnenorganisationen, welcher durch die Motive, Handlungsweisen und Zielvorstellungen zum Vorschein kommt, bewegt sich

stets zwischen mehreren regionalen und nationalen Kontexten. Diese können im Widerspruch stehen oder einander überlagern bzw. überlappen.

Welchen Stellenwert und welche Gestalt politische Praktiken in transnationalen Ansätzen annehmen und was als politischer Transnationalismus gilt, möchte ich im Folgenden näher diskutieren.

### **3.2 Politischer Transnationalismus**

Politischer Transnationalismus wurde im Gegensatz zu ökonomischen transnationalen Entwicklungen bis dato nur mangelhaft erforscht. Gegenwärtige transnationale politische Phänomene haben einige Vorgänger in der Migrationsgeschichte, die kontextuell betrachtet eine Ausnahme darstellen. Politischer Transnationalismus im weitesten Sinne war in der Vergangenheit keine Norm für den Großteil der MigrantInnen. Es existierten keine engen Verflechtungen mit regelmäßiger Kommunikation. Das macht den Unterschied zu transnationalen Phänomenen der Gegenwart aus (vgl. Portes et al 1999:226f).

Die lange Zeit in der Migrationsforschung dominierende Assimilationstheorie geht von der Annahme aus, dass das Engagement von ImmigrantInnen in ihren Herkunftsländern mit der Zeit verblasst (vgl. Fauser 2010: 265).

Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation, in dem Kommunikationskanäle und Transportmöglichkeiten für die Masse so erschwinglich wie nie zuvor sind, erzeugen unterschiedliche Medien oft das Bild eines global village. Geographische Distanzen scheinen nicht mehr relevant bzw. ausschlaggebend für politisches, kulturelles und/oder ökonomisches Engagement zu sein. Dank Satellitenfernsehen, Internet usw. produzieren und reproduzieren MigrantInnen Verflechtungen jedweder Art zu ihren eigenen Wurzeln. Sie verfolgen und partizipieren an politischen Prozessen in den Herkunftsregionen.

Østergaard-Nielsen (2003a) betont, dass politische Identität und Zugehörigkeit von Eingewanderten und Flüchtlingen in stetiger Wechselwirkung zu Ereignissen und

Politiken des Sendelandes, des Migrationsprozesses per se, der Empfängergesellschaft – und der intrakommunalen Beziehungen steht.

Transnationale politische Aktivitäten von MigrantInnen werden auf unterschiedlichen Ebenen durch Prozesse, Strukturen, Interessen von politischen AkteurInnen im Herkunfts- und Ankunftsland geformt, ebenso durch globale menschenrechtliche Normen, Regime und Netzwerke von anderen Organisationen, die mit MigrantInnenvereinen in Verbindung stehen. Diese Einflussfaktoren lassen sich unter dem Begriff „Organisationales Feld“ (Pries 2010a: 24) zusammenfassen. MigrantInnenvereine und ihr Umfeld bedingen einander fortlaufend.

Ich halte mich in der Frage der Definition an die Politologin und Sozialanthropologin Østergaard-Nielsen<sup>9</sup>, da sie sich auf „political transnational practices“ (2001: 4) konzentriert und damit die tatsächlichen Handlungsmodalitäten in den Vordergrund rückt.

Transnationale politische Aktivitäten umfassen eine große Bandbreite an Aktivitäten, wie zum Beispiel transnationale Wahlkämpfe, „cross-border-voting“ (Østergaard-Nielsen 2003b: 761), Demonstrationen gegen Ungerechtigkeiten im Ursprungsland und/oder Lobbyarbeit im Residenzland für Belange der Herkunftsgesellschaft etc.

Østergaard-Nielsen diskutiert transnationales politisches Engagement auf vier Ebenen: Sie betont, dass die Migrationsweise für die Transnationalität von Praktiken ebenso ausschlaggebend ist wie die Aufenthaltsdauer im Empfängerland, die strukturelle Einbettung von MigrantInnen und Flüchtlingen und die lokalen Opportunitätsstrukturen. Ihrer Beobachtung zufolge macht es in Bezug auf das Engagement einen Unterschied, ob der/die Eingewanderte als politischer Flüchtling oder als ökonomischer Immigrant eingewandert ist. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass hier die Grenzen nicht immer klar ersichtlich sind und dass man in vielen Fällen keine Trennung machen kann. Das Migrationsregime spielt hier eine zentrale Rolle, wenn es um die Kategorisierung von (Wirtschafts-) MigrantInnen geht.

---

<sup>9</sup> In ihren Studien und Forschungsarbeiten legt sie den Fokus auf türkische und kurdische Organisationen in Europa, u.a. in Deutschland. Aus diesem Grund hatten ihre Beiträge sowohl auf theoretische als auch auf empirischer Ebene große Relevanz für die vorliegende Arbeit.

Transnationales politisches Engagement von MigrantInnenorganisationen deckt eine Bandbreite an Aktivitäten ab. Ihre Forderungen sind durch politische Möglichkeiten bzw. Gelegenheiten beeinflusst. Diese drücken sich durch gängige Integrationsregime und StaatsbürgerInnenschaftsmodelle in der Ankunftsgesellschaft (vgl. Koopmanns/Statham 2001b: 14). Insgesamt hängen Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen(organisationen) vom Ankunfts- und Herkunftsland, aber auch von der Migrationsgeschichte der Personen und des sozialen Status innerhalb bestimmter Netzwerke ab.

Østergaard-Nielsen stellt eine Typologie von transnationalen politischen Praktiken, welche auf der Agenda der MigrantInnenorganisationen stehen (2001b: 262f). Ich möchte an dieser Stelle die für die vorliegende Arbeit wesentlichen Kategorien herausstreichen: Als wesentliches Arbeitsfeld gilt „Immigrant Politics“: MigrantInnenvereine engagieren sich in der Residenzgesellschaft und kümmern sich um die Belange der im Ankunftsland ansässigen MigrantInnen. Die Frage der sozialen, politischen und/oder ökonomischen Rechte der MigrantInnen spielt hier eine zentrale Rolle. Østergaard-Nielsen merkt an, dass es sich hierbei dann um ein transnationales Phänomen handelt, wenn das Herkunftsland involviert ist. Dies kann durch finanzielle, moralische oder politische Unterstützung, aber auch durch das Aufstellen von Hürden erfolgen.

Als „homeland politics“ bezeichnet die Wissenschaftlerin jenes politische Engagement, das sich explizit auf Entwicklungen und Ereignisse in der Herkunftsregion bezieht. Zumeist stehen hier Aktivitäten im Vordergrund, welche in Opposition zu oder als Unterstützung für die Politik im Ursprungsland stehen. Die dritte Definition sie verweist auf den Status der MigrantInnen als „residents abroad“ (Østergaard-Nielsen 2003:763). Das Augenmerk liegt hierbei auf EmigrantInnen, welche sich über Grenzen hinweg für soziale, politische und/oder ökonomische Anliegen im Herkunftsland stark machen. Diese wollen als im Ausland lebende StaatsbürgerInnen des Herkunftslandes gesehen werden. Dementsprechend verlangen sie bestimmte politische und formale Rechte, wie beispielsweise das Wahlrecht.

In der Realität überschneiden diese Politiken einander. Oft sind MigrantInnenorganisationen gleichzeitig auf allen Ebenen aktiv, manchmal wirkt sich eines der Felder auf die anderen aus. Die in Wien ansässigen kurdischen Vereine setzen sich für kulturelle und politische Akzeptanz der KurdInnen in den Ursprungsregionen

ein. Gleichzeitig betonen sie die Schwerpunktsetzung auf Anliegen der hier sesshaften KurdInnen. Der Obmann des Kurdischen Zentrums untermauert diese These:

*„Ich halte es heutzutage für sehr wichtig, wenn man sich nicht ausschließlich auf die Heimat konzentriert. Wir leben hier in Österreich und Österreich ist nicht Kurdistan. Man kann die gleichen Regeln nicht hier anwenden. Für uns und für mich als Obmann ist es wichtig, für die Kurden hier in Wien und Österreich da zu sein und zu unterstützen.“* (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Viele MigrantInnen beteiligen sich direkt oder indirekt an politischen Prozessen im Ursprungsland und/oder in der Ankunftsgesellschaft. Direkte Partizipation können die (finanzielle) Unterstützung für politische Parteien bzw. Organisationen im Herkunftsland oder die Teilnahme an Wahlen sein (Østergaard-Nielsen 2003:762). Indirekte Formen von politischer Teilhabe beziehen sich ebenfalls auf das Herkunftsland. Diese „homeland-directed transnationalism“ (Koopmans/Statham 2003: 224), setzt voraus, dass MigrantInnenorganisationen die in der Ankunftsgesellschaft vorhandenen Rahmenbedingungen nutzen, um ihre Forderungen zu erfüllen. So werden Kooperationen mit Institutionen, Parteien und NGOs des Residenzlandes angestrebt, um Lobbyarbeit bzw. Öffentlichkeitsarbeit für die Anliegen hier, aber auch über Entwicklungen in der Ursprungsregion zu betreiben. Diesen Weg bevorzugen auch die irakisch-kurdischen Organisationen in Österreich.

Indirektes Engagement macht nach Auffassung von Østergaard-Nielsen den Großteil politischer transnationaler Aktivitäten von MigrantInnenvereinen aus. Die Transnationalität von politischen Aktivitäten besteht nicht aus der tatsächlichen physischen Grenzüberschreitung, sie bezieht sich vielmehr auf den grenzüberschreitenden Kontakt, der politisches Engagement gestaltet (Østergaard-Nielsen 2001a: 5f).

In Bezug auf kurdische Organisationen in Europa stellt die Autorin zwei Strategien fest: Zum Einen können politische Praktiken kurdischer Vereine „confrontational“ ablaufen. Darunter versteht sie Praktiken im legalen (Protestkundgebungen, etc.) und illegalen (unangemeldete Demonstrationen etc.) Bereich. Zum anderen greifen kurdische Organisationen auf „institutional participation“ zurück, indem sie die Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen des Ankunftslandes suchen (Østergaard-Nielsen 2002: 190f). Sie kommt zu dem Schluss, dass die Mehrheit kurdischer Organisationen in

Deutschland beide Strategien verfolgt. Unter den irakisch-kurdischen Vereinen, die ich im Zuge meiner Recherchearbeit beobachtet habe, nimmt die Mehrheit den indirekten Weg, um ihre Ziele zu erreichen. Dabei entscheidet sie sich sowohl für konfrontative legale Strategien als auch für institutionelle Zusammenarbeit. Neben der Organisation von Veranstaltung für die irakisch-kurdische Bevölkerung in Österreich konzentrieren sich Vereine wie das Kurdische Zentrum vor allem auch auf Öffentlichkeitsarbeit, um auf Missstände in der Heimatregion aufmerksam zu machen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass transnationale Handlungsweisen oft nur einen Bruchteil des Lebensalltags der MigrantInnen bzw. MigrantInnenorganisationen darstellen (vgl. Guarnizo et al 2003: 1238). Wichtig ist, dass die Geschichte der MigrantInnen differenziert betrachtet werden muss. Nicht jedeR MigrantIn ist automatisch politisch aktiv. Manche, die im Herkunftsland politische AktivistInnen waren, kehren in der Ankunftsgesellschaft der Politik den Rücken zu. Andere wiederum werden erst durch das Migrieren und durch die Distanz zur Heimat politisiert.

Die fragmentierte Lebens- und Handlungsweise von MigrantInnen und ihren Vereinen wird durch vielfältige Faktoren beeinflusst, wie bereits oben erläutert wurde. Neben der Frage der Struktur eines MigrantInnenvereins spielen weitere Faktoren wie finanzielle Ressourcen und Mobilisierungskraft der Organisationen eine zentrale Rolle, um die Regelmäßigkeit und Nachhaltigkeit des transnationalen Engagements zu gewährleisten. Morales und Jorba kommen zu der Erkenntnis, dass MigrantInnenorganisationen dann als transnational bezeichnet werden können, wenn sie nicht nur im Residenzlandaktiv aufgehen, sondern auch immer wieder Bezug zur Herkunftsgesellschaft schaffen (vgl. Morales/Jorba 2010: 270). Transnationale Strategien, im Besonderen politisch motivierte transnationale Aktivitäten beziehen sich sehr stark auf Ankunfts- und Herkunftskontext (vgl. Bauböck 2003: 701).

Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Kapitel auf die Rolle von Send- und Empfängerstaaten eingegangen.

## **4 Migrationsregime zwischen inklusiven und exklusiven Strategien: Die Rolle Österreichs und der Autonomieregion Kurdistan**

In diesem Kapitel möchte ich die konkreten rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Handlungsstrategien und Motive Österreichs und Irakisch-Kurdistan untersuchen, um ein präziseres Bild der kontextuellen Einbettung aufzuzeigen. Die spezifischen Gegebenheiten der Herkunfts- und Ankunftsgesellschaften formen die Orientierung und Schwerpunktsetzung der transnationalen Aktivitäten von MigrantInnenvereinen mit (auch wenn diese nicht die einzigen Einflussfaktoren darstellen).

Herkunftsländer setzen mit ihrer spezifischen Politik gegenüber „ihren“ EmigrantInnen weitreichende Akzente. Der Sendestaat hat aus politischen, ökonomischen und sozialen Gründen Interesse daran, die Ausgewanderten an sich zu binden. Vor diesem Hintergrund werden die gegenwärtigen Agenden und Ziele der KRG vorgestellt. Auch wird den Gründen für die verstärkten „homeland policies“ (Østergaard-Nielsen 2003a: 47, zit. nach Smith (1997)) nachgegangen.

Danach gehe ich auf die Rolle Österreichs als Empfängerland ein. Ankunftsstaaten können rechtliche und politische Rahmenbedingungen setzen. Sie schaffen durch politische Gelegenheitsstrukturen Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Partizipation. Die nationale Migrations-, Integrations- und StaatsbürgerInnenschaftspolitik in Österreich gibt einen Einblick in das Selbstverständnis des Landes und in den im öffentlichen Diskurs wachsenden Nationalismus. Letzteres nimmt großen Einfluss auf die rechtliche, ökonomische und politische Gestaltung von Opportunitätsstrukturen.

Das Konzept der Nation erlebt eine Renaissance. Sowohl Herkunfts- als auch Empfängerstaaten verfolgen bestimmte Elemente nationalstaatlicher Konzepte, wenn auch die Herangehensweisen differenziert und aus unterschiedlichen Motiven heraus folgen. Um die Nachvollziehbarkeit der Handlungsstrategien Österreichs und der KRG

gewährleisten zu können, folgt eine kurze Analyse des Nationsbegriffs und seine Beziehung zu Transnationalismus.

#### 4.1 Die Renaissance der Nation

Transnationalismus stellt historisch gewachsene und konstruierte Natur des Nations- bzw. Nationbuilding-Konzepts in Frage.

Nach anfänglicher Euphorie und Prophezeiungen über das Ende des Nationalstaats bewegten sich Reflexionen stärker in Richtung einer differenzierteren Auseinandersetzung mit dem Begriff Nation und dessen Rolle in der Transnationalismus-Theorie.

Nationalstaaten sind relativ neue Konzepte, die in wechselwirkender Beziehung zur Herausbildung des kapitalistischen Systems stehen (vgl. Wimmer/Glick Schiller 2002: 312). Nationalstaaten lösen sich nicht auf, sondern passen sich an die veränderten ökonomischen Gegebenheiten der globalisierten Welt an (vgl. Strasser 2010: 328)

Sowohl das Konzept des Multikulturalismus als auch das der Assimilation gehen von einem statischen Nationsbegriff aus (vgl. Wimmer/Glick Schiller 2002: 310). Diesen Ansätzen zu Folge ist die Nation ein „Behälter“ (Rauer 2010: 61). Gerade diese Vorstellung einer Nation als statische Entität, auch „methodologischer Nationalismus“ genannt, wurde im Transnationalismus-Diskurs vielfach kritisiert:

*„Clearly, we need to overcome the notion of the nation-state as a container or a place viz. territory when it comes to migration and immigrant incorporation.“* (Faist 2004: 336)

Rauer plädiert für einen erweiterten „diskursiven“ Nationsbegriff:

*„Darunter wird verstanden, dass Nation und Nationalismus auf diskursiv hergestellten Unterscheidungen beruhen. Nationen sind, so die Annahme, keine natürlichen Entitäten, sondern öffentlich ,imaginierte Gemeinschaften“* (Rauer 2010: 61)

Diskurse über die Nation bauen auf der Abgrenzung gegenüber „dem Anderen“ auf. Diese Ethnisierung von MigrantInnen entsteht vor dem Hintergrund einer Politik, welche es MigrantInnen erst im Ankunftsland erlaubt, sich auf ihre ethnischen, aber auch religiösen oder nationalen Ursprung rück zu besinnen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 81).

(In der Öffentlichkeit) Aktive MigrantInnenorganisationen bilden somit einen substantiellen Beitrag zum Selbstbild einer Gesellschaft.

Darüber hinaus gelten im Rahmen nationalstaatlicher Diskurse ökonomische und politische Loyalitäten gegenüber der elitären Klasse der Gesellschaft als zentrale Elemente moderner zentralisierter Staaten.

In diesem Zusammenhang untersteht grenzüberschreitendes Handeln von MigrantInnen und deren transnationale Selbstorganisationen konkreten lokalen und nationalen Einflüssen. Sie sind in Staaten und deren politische Regime eingebettet und damit nicht deterritorialisiert (vgl. Wahlbeck 2001: 233)

Transnationale Lebensentwürfe geben einen Einblick in grenzüberschreitende Zugehörigkeiten und Loyalitäten von MigrantInnen.

Vor diesem Hintergrund ist eine kritische Beleuchtung des Verhältnisses zwischen transnationalen Praktiken der MigrantInnen(-organisationen) und den Politiken der Ursprungs- und Ankunftsländer besonders relevant, um Motive und Strategien migrantischer Selbstorganisationen tiefgreifend analysieren zu können. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass die wissenschaftliche Literatur die Rolle von Herkunftsländern nur sehr rudimentär analysiert. Der Fokus liegt ungleich genauer auf den Stellenwert des Residenzlandes.

## **4.2 Die Rolle des Herkunftslandes**

In Auswanderungsländern herrscht die Vorstellung, dass sie als Nationen überall dort existieren, wo „ihre“ EmigrantInnen leben. Dementsprechend haben sich die Schwerpunkte in den Politiken der Sendestaaten in den letzten Jahren gewandelt (vgl. Glick Schiller et al 1999: 80).

Herkunftsstaaten halten auf unterschiedliche Wege die Beziehungen zu den EmigrantInnen aufrecht. Einerseits schaffen Herkunftsländer Institutionen, welche auf die Herkunftslandorientierung von MigrantInnen abzielen. Neben diesen "homeland policies" definiert Smith „global national policies“ als eine zentrale Handlungsstrategie von Ursprungsländern. Letzteres soll EmigrantInnen animieren, im Ausland zu bleiben (vgl. Østergaard-Niesel 2003a: 47). Dies resultiert aus unterschiedlichen Gründen: Diese Strategie soll zum einen Rücküberweisungen (remittances) anregen bzw. sicherstellen (vgl. Bloemraad et al 2010: 38). Staaten, wie beispielsweise die Dominikanische Republik oder El Salvador beziehen einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen aus Rückflüssen, die von den EmigrantInnen an die Familien nach Hause geschickt werden (vgl. Itzigsohn 2000: 1131).

Die Frage der Rücküberweisungen spielte auch für den Irak und das Autonomiegebiet im Norden eine wesentliche Rolle. Speziell in den 1990er Jahren hielten sich viele kurdische Familien im Irak lediglich mit den Geldüberweisungen der Verwandten im Ausland über Wasser. Dieser Aspekt wurde immer wieder zum Thema im Rahmen von unterschiedlichen Treffen der irakisch-kurdischen MigrantInnen in Wien.

Einen weiteren Vorteil sehen die Ursprungsländer in der politischen Unterstützung ausgehend von den EmigrantInnen. Sie haben die Möglichkeit im Residenzstaat politische Lobbyarbeit für das Herkunftsland zu betreiben (Østergaard-Nielsen 2003a: 16ff). Politische Lobbyarbeit ist einer der häufigsten Formen indirekter legaler Partizipation. Hinzu kommen diverse Diskussionsveranstaltungen, Seminare und Demonstrationen.

Sendestaaten fördern die Verbundenheit „ihrer“ Ausgewanderten durch eine Vielzahl an Maßnahmen. Einen zentralen Stellenwert hat das kurdische Fernsehen, das das wichtigste Leitmedium unter der irakisch-kurdischen Bevölkerung in Österreich darstellt (vgl. Schmidinger 2010: 8). Gegenwärtig können sich KurdInnen auf der ganzen Welt via Satellit über 6 irakisch-kurdische TV-Sendungen ansehen. Besonders auffallend ist, dass die quotenstärksten Kanäle KTV, KurdSat und KNN den größten kurdischen politischen Parteien in Irakisch-Kurdistan unterstehen (vgl. ebd. 10) und schließlich auch diesen Weg nutzen, um Loyalitäten in der Diaspora zu reproduzieren.

In Bezug auf die Reproduktion von Identitäten und Loyalitätsmechanismen gegenüber der herrschenden Elite bieten viele Herkunftsländer „ihren“ EmigrantInnen politische Inklusion in Form von erweiterten politischen Rechten wie das Wahlrecht (vgl.

Østergaard-Nielsen 2003b: 766, Guarnizo et al 2003: 1214, Bloemraad et al 2010: 40). Der Irak und speziell die Regionalregierung in Kurdistan (Kurdistan Regional Government, KRG) legen ihren Blick vermehrt auf die irakisch-kurdischen Diaspora.

Der Hinweis auf die gemeinsame ethnische Identität und Selbstbestimmung des kurdischen Volkes wird für die politische Elite in Irakisch-Kurdistan als Motiv der Legitimation zunehmend wichtiger (vgl. Wehinger 2010:250; Ammann 2004:207).

Diesen Trends der Herrschaftsausübung und Legimitationsstrategie folgend institutionalisierte die Regionalregierung Kurdistan vor wenigen Monaten die Beziehungen zu den KurdInnen in Österreich und weiteren europäischen Ländern in Form einer Anlaufstelle. Die Mitarbeiterin in Wien, Ala Uzeri, bestätigt die Umsetzung: „[...] *Wir vertreten die kurdische Regierung im Ausland. Es gibt mittlerweile 13 Repräsentantenstellen [sic], 13 Länder, die eine Vertretung haben: Es ist nicht gleich gestellt, wie eine Botschaft, aber arbeiten darauf hin*“ (Interview Ala Uzeri, 3.3.2012)

Itzigsohn definiert den Verwaltungsapparat des Herkunftsstaates als transnationales Feld, auf der politische Aktivitäten stattfinden. Gründe dafür liegen im Zugang zu ökonomischen Ressourcen, die durch Zugehörigkeitsgefühle sicher gestellt werden können (vgl. 2000: 1143). Im Laufe meiner Recherche konnte ich feststellen, dass es der KRG vordergründig nicht um ökonomische Sicherstellung geht, sondern um den eigenen Machterhalt der regierenden Parteien, welche seit den ersten freien Wahlen in der Autonomieregion eine Koalition stellen. Diesen Schluss lässt die Mitarbeiterin vermuten:

„*Im Gespräch ist es [die Anlaufstelle] seit Jahren. Seit Ende 92 haben wir eine kurdische Einheit im Norden Iraks, die frei wählen kann. Ein autonomes Gebiet. Seit 2004 ganz stark auch ein kurdisches Parlament und eine kurdische Regierung. Natürlich versuchen wir seit dem Repräsentantenstellen [sic] aufzubauen.*“ (Interview Ala Uzeri, 3.3.2012)

Die Tätigkeitsbereiche der „Botschaft“ konzentrieren sich besonders auf die KurdInnen in den Residenzländern, in diesem Fall auf Österreich. Auch die Konstruktion und Reproduktion von Loyalitätsstrukturen werden offenkundig:

„[...] *auf die Zukunft hin bauend möchten wir natürlich mit der kurdischen Community in erster Stelle arbeiten. Sie sollen künftig zu uns kommen, wenn sie was brauchen, und*

*nicht mehr zu der irakischen Botschaft. [...]Wir wollen auch besonders in die Jugendförderung investieren. Wir möchten mit der kurdischen Jugend arbeiten, damit sie auch in Zukunft, wenn sie einmal möchten, Berufschancen in der Heimat haben. Genau so umgekehrt, dass kurdische Studenten hierher kommen können, um zu studieren.[...] Es geht wirklich darum, dass wir damit erreichen können, dass erstens einmal die Kurden, die hier leben, wissen, dass sie nicht alleine sind, dass sie einen Rückhalt haben.“ (Interview Ala Uzeri, 3.3.2012)*

Die Verflechtung von Herkunftsland und den EmigrantInnen kann sich auch in Form von (herkunfts-)staatlich gesponserten kulturellen Veranstaltungen ausdrücken. Augenscheinlich wird dies in der irakisch-kurdischen „community“ in Wien bei diversen Festivitäten wie das Newroz-Fest – das Neujahrsfest. Hier wird die finanzielle Unterstützung der Kurdischen Regionalregierung (KRG) betont wird.

Die Mobilisierungskraft von Sendestaaten wird speziell unter kurdischen parteipolitischen Vertretungen offensichtlich. Østergaard-Nielsen fasst zusammen, dass „mobilization can also be provoked or furthered by other ethnic, religious or party-political subgroups“ (vgl. Østergaard-Nielsen 2003a: 16).

Weitere Akteure mit Mobilisierungskraft sind politische kurdische Parteien und NGOs in den Residenzländern. Østergaard-Nielsen ortet den transnationalen Moment dort, wo Parteien ihre FunktionärInnen ins Ausland schicken, um unter den auswärtigen communities Stimmen zu fischen. Die bestehenden Parteien der Autonomieregion (und Iraks) entdecken die KurdInnen im Ausland als ein Pool von WählerInnenstimmen.

Der Irak hat im Rahmen der letzten Bundeswahlen 2010 allen ExilirakerInnen das Wahlrecht gewährt. Der wichtigste Faktor war in diesem Fall nicht die irakische StaatsbürgerInnenschaft, sondern lediglich der Geburtsort. Dieses Identifikationsmerkmal ist in einem (österreichischen) amtlichen Lichtbildausweis festgehalten. Das bedeutet, dass österreichische StaatsbürgerInnen mit irakischen Wurzeln wählen gehen durften, obwohl sie die irakische Staatsbürgerschaft nicht besaßen bzw. besitzen.

Die FunktionärInnen irakisch-kurdischer Parteien hielten sich einige Monate in Wien, Graz und Linz auf, um Wahlkampf zu betreiben. Nach den Wahlen im März des vorletzten Jahres wurden sie wieder in den Irak zurück beordert.

Parteien, Organisationen und Bewegungen verfolgen oft unterschiedliche Agenden, die nicht selten konfliktive Konstellationen nach sich ziehen. Diese wirken über die nationalen Grenzen hinaus auf die ausgewanderten (ehemaligen) StaatsbürgerInnen. Die Konflikte im Herkunftsland werden in den eigenen Kontext projiziert (vgl. Schmidinger 2010: 14). Es erhöht sich das Risiko, dass Konflikte „importiert“ werden und im Ausland weiter geführt werden. So lösten sich 2009 Mitglieder der kurdischen Patriotischen Union Kurdistan (PUK) und der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) von den Parteien und gründeten die „Goran“-Partei als Opposition zur Regierung. Als Folge der Abspaltungstendenzen in Irakisch-Kurdistan schlossen sich auch in der Diaspora zahlreiche KurdInnen zusammen, um im Ausland die „Goran“-Partei zu etablieren. In Wien existieren also neben den Zweigstellen der beiden großen kurdischen Regierungsparteien auch eine der Vertretungen Goran-Partei.

Der Überblick über kurdische Organisationen erwies sich im Zuge meiner Recherchen als besonders herausfordernd, da es in den letzten Dekaden zu zahlreichen Abspaltungen, Neugründungen und Umbenennungen kam. Diese Entwicklungen entstanden fast ausschließlich als Reaktion auf eben solche Tendenzen in der Herkunftsregion. Die Konflikte zwischen den AktuerInnen in der Herkunftsregion werden so in den eigenen Kontext importiert.

Allgemein wirken die politischen, sozialen und rechtlichen Gegebenheiten des Herkunftslandes auf transnationale politische Prozesse (vgl. Koinova 2010: 153).

Irakisch-Kurdistan hat besonderes Interesse daran, der Diaspora das Gefühl von home zu vermitteln, da die Region sich in ihrem Selbstverständnis in einem Nationbuilding-Prozess befindet und sich Unterstützung jedweder Art von den Ausgewanderten erhofft. Denn langfristig strebt die KRG die Unabhängigkeit an.

*„[...] es[ist] auch zu erreichen, dass die Kurden ein eigenes Land haben. Wofür unsere Vorfahren gekämpft haben, können wir jetzt dieses Mal wirklich erreichen, diesmal offiziell.“* (Interview Ala Uzeri, 3.3.2012)

In diesem Geflecht aus Engagement für das Herkunftsland nehmen MigrantInnenorganisationen eine Sonderrolle ein. Sie stehen in einer Konstellation aus AnhängerInnen und institutionellen Einrichtungen als Schnittstelle der Kommunikation.

MigrantInnenvereine gelten als Drehscheibe zwischen den diversen AkteurInnen bzw. Bewegungen im Herkunftsland und ihren Mitgliedern auswärts.

In der wissenschaftlichen Literatur hat man die Residenzgesellschaft als Einflussfaktor auf Handlungsmodalitäten von MigrantInnenorganisationen längst erkannt. Auch die Politik entdeckt MigrantInnenvereine immer stärker als Ansprechpartner bzw. als Gatekeeper zu MigrantInnen-„comunities“.

Welche konkreten Politiken Ankunftsländer verfolgen, hängt unabdingbar mit dem Selbstbild der Gesellschaft zusammen.

Bezugnehmend darauf werden nach einigen Überlegungen zur Rolle der Ankunfts-gesellschaft einige rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen skizziert, welche Organisationsgründungen und –prozesse in Österreich und in Wien im Speziellen direkt oder indirekt beeinflussen. Im Vordergrund stehen die Migrationspolitik in Österreich – die Regulierung von Zuwanderung – und das vorherrschende Integrationsregime sowie die Regelung der StaatsbürgerInnenschaft.

### **4.3 Die Rolle des Ankunftslandes**

Der Ansatz des Transnationalismus bricht nicht nur mit gängigen Theorien der Anpassung, sie entlarven die in zahlreichen Empfängerstaaten vorherrschende lokale Integrationspolitik als nicht mehr zeitgemäß, da sie eine Logik der Anpassung von MigrantInnen verfolgt. Ebenso wird das Konzept des methodologischen Nationalismus kritisiert (vgl. Strasser 2010:330). Der unveränderbare, starre, natürlich gegebene „container“ Nation steht in Wirklichkeit in stetigen Wandel und Wechselwirkung zu Globalisierungsmustern. Transnationale Lebensentwürfe bringen aus diesen Gründen nicht nur Chancen und Potentiale mit sich, sondern gegebenenfalls Armut und gesellschaftliche Marginalisierung – je nach Migrationsregime des Ankunfts- und Herkunftslandes (vgl. Strasser 2009:22ff)

Studien, die sich mit der Beziehung zwischen MigrantInnen(organisationen) und dem Residenzstaat beschäftigen, sehen einen direkten Zusammenhang zwischen den von Ankunfts-ländern gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten und Organisationsmuster von

MigrantInnen. Die institutionellen Rahmenbedingungen und die sie umgebenden Diskurse bezeichnen Koopmans und Statham als „Political Opportunity Structures“ (2003: 207).

Die Herausbildung bzw. Entdeckung von transnationalen Lebensformen haben demnach die Bedeutung und die machtvolle Rolle von Nationalstaaten nicht geschmälert. Im Gegenteil, das vielfach kritisierte Verständnis von Nation als „container“ eines Volkes und eines Territoriums erlebt in den Einwanderungsländern eine Konjunktur.

Ankunftsländer können durch symbolische Inklusions- und Exklusionsmechanismen, wie beispielsweise die StaatsbürgerInnenschaftspolitik, den Integrationsdiskurs erheblich beeinflussen. Sie untermauern oder delegitimieren Xenophobie, sie können die Stigmatisierung bzw. Diskriminierung von und Rassismus gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen fördern oder abbauen (vgl. Koopmans/Statham 2003:197f).

Die Politik gegenüber MigrantInnen setzt Rahmenbedingungen, indem sie das Regelwerk für den Zugang zum Arbeitsmarkt, Bildung, und (Aufenthalts-)rechtlichen Status verfasst. Diese fördern bzw. hindern die Eingliederung von MigrantInnen in die Aufnahmegesellschaft. Möglichkeiten der politischen Partizipation setzen ebenso direkt oder indirekt Maßstäbe für die Selbstorganisation von MigrantInnen wie vorherrschende Integrationsregime allgemein (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 80f). Zusätzlich wirken sich formelle und informelle Politiken der Inkorporation bzw. der Exklusion, wie beispielsweise Möglichkeiten der Einbindung in politische Parteien, auf MigrantInnenorganisationen aus. Staatlich geförderte Formen der Teilhabe, wie das Wahlrecht, und der Grad der Offenheit des politischen Systems im Ankunftsland beeinflussen die Organisationsentwicklung entscheidend mit. Ebenso wirken informelle Traditionen der Konfliktbewältigung und –austragung oder aber die politischen Machtverhältnisse als Rahmenbedingungen auf die Gründung und Orientierung von MigrantInnenvereinen (vgl. ebd.).

In den Empfängerstaaten angekommen, erleben ImmigrantInnen oft eine Verschärfung ihrer ökonomischen und sozialen Situation, welche ihre Aufstiegschancen massiv beeinträchtigt. Wenn sie eine bessere Stellung in der Gesellschaft sicherstellen, erleben sie in ihrem Alltag oft Rassismus und Diskriminierung. Vor diesem Hintergrund

wählen MigrantInnenorganisationen Strategien, welche sich auf ihre nationalen bzw. ethnischen Interessen- und Identitätspolitik beziehen, als Reaktion auf eine restriktive Integrationspolitik in der Aufnahmegesellschaft (vgl. Waldrauch/Sohler 2004.: 81).

Im wissenschaftlichen Diskurs stellt sich die Frage, inwiefern sich politische Gelegenheitsstrukturen auf transnationale Praktiken von MigrantInnenvereinen auswirken. Auf der einen Seite schlussfolgern einige ForscherInnen, dass die schwierigen Lebensbedingungen und der oft benachteiligte Status von MigrantInnen im Empfängerland eine hemmende Wirkung auf grenzüberschreitendes Engagement haben (Al Ali und Koser 2001: 582f).

Dem gegenüber argumentieren andere, dass gerade die prekäre Situation und die exklusiven Politiken der Ankunftsgesellschaft wichtige Motive für die Herausbildung grenzüberschreitender Handlungen sind (vgl. Morales und Jorba 2010: 283f).

Letzterem schließen sich Koopmans und Statham an und sprechen von „transplanted homeland politics“ (2003: 225). Beispielgebend dafür sei u.a. die kurdisch-stämmige Bevölkerung in Deutschland:

*„Kurds, Turks, or Ex-Yugoslavs may be more than averagely inclined to make homeland-oriented claims, but they [...] do so in a political context that reinforces such homeland identifications by putting high material and symbolic barriers [...]“* (vgl. Koopmans und Statham 2001: 35)

Im Hinblick auf die vorliegende Forschungsfrage prägen neben der aktiven Identitätspolitik der KRG auch die strukturellen Voraussetzungen in Österreich das transnationale politische Engagement in Wien lebender KurdInnen bzw. kurdischer Organisationen. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass der soziale Status vieler MigrantInnen aus einer transnationalen Perspektive andere Erkenntnisse liefern können, als wenn der Fokus lediglich auf den Aufnahmekontext gerichtet ist (Sieveking 2009: 14).

### **4.3.1 Die rechtliche und institutionelle Lage in Österreich**

*„Im Laufe seiner jüngeren Geschichte war Österreich Auswanderungsland, Transitstation und Einwanderungsland; es war sowohl Ziel als auch Ursprungsgebiet ökonomisch motivierter Migration, aber auch Herkunftsregion und Aufnahmeland von Verfolgten und Vertriebenen.“* (Bauböck/Perchinig 2003:1)

Die österreichische Migrations- bzw. Immigrationspolitik zeichnete sich durch eine Verschiebung von Phasen der Anwerbung hin zu restriktiven Handhabung der Einwanderung aus.

Derzeit haben in Österreich über 18 Prozent der Wohnbevölkerung einen Migrationshintergrund (vgl. Statistik Austria 2012)<sup>10</sup>. Diese hohe Zahl und die wechselreiche Migrationsgeschichte in Österreich haben interessanterweise zu keinem Nennenswerten Wandel im kollektiven Selbstverständnis oder in der politischen Diskussion geführt (vgl. Bauböck/Perchinig 2003:1)

Wenn man die Geschichte der österreichischen Migrations- und Flüchtlingspolitik näher betrachtet, so erkennt man eine gewisse historische Kontinuität, die den Boden für die gegenwärtige gesellschaftliche Wahrnehmung von Migration bzw. MigrantInnen erklärt.

### **4.3.2 Einwanderungspolitik in der Nachkriegszeit**

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten Displaced Persons (DPs) und die vertriebenen deutschen Minderheiten aus Ost- und Zentraleuropa. Die Mehrheit der DPs verließ innerhalb von wenigen Monaten Österreich, die Übriggebliebenen sollten nach Ansicht der Regierung so rasch wie möglich rückgeführt werden. Die deutschen Vertriebenen wurden als integrierbar angesehen. Diese Wahrnehmung beruhte in vordergründig auf der gemeinsamen Sprache. Obwohl sich Österreich in einem Nationbuilding-Prozess befand und eine eigenständige Identität anstrebte und sich auf diesem Weg von Deutschland emanzipieren wollte, erkannte sie paradoxerweise gerade die gemeinsame deutsche Sprache als Indikator einer erfolgreichen Integration an. Das Können der deutschen Sprache als Merkmal erfolgreicher Integration zieht sich bis in die Gegenwart hinein.

---

<sup>10</sup> Die Definition „Migrationshintergrund“ bezieht sich laut Statistik Austria auf Menschen, deren Geburtsort nicht Österreich ist bzw. jene, deren Eltern nicht in Österreich geboren wurden.

Durch den Staatsvertrag 1955 stärkte Österreich sein nationales Selbstbewusstsein und die militärische Neutralität gab dem Land die Möglichkeit einen politischen Balanceakt zwischen zwei Großmächten zu vollbringen, ohne den Westen oder die Sowjetunion zu provozieren.

In diesen Jahren diente Österreich als Auffangbecken für Tausende Flüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, primär aus Ungarn, Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei (vgl. Rosenberger 2009:19ff). Gleichzeitig verstand sich das Land nicht als Zielland, sondern vielmehr als Transitland, das Flüchtlinge vorübergehend aufnimmt, bis sie in das eigentliche Aufnahmeland weiterreisen können. Dieses Bild dominierte den faktischen Aufbau und die Struktur der Flüchtlingsbetreuung in Österreich (vgl. Rosenberger 2009:37).

Während den Ungarn Ende der 50er Jahre ohne Antragstellung pauschal Asyl gewährt wurde, mussten tschechoslowakische Flüchtlinge bereits Anträge auf Gewährung von Asyl stellen. Letztere fielen jedoch in die Phase der Arbeitskräfterekrutierung und hatten somit die Möglichkeit als Gastarbeiter einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Die polnischen Flüchtlinge der 80er Jahre hatten bereits mit massiven bürokratischen und politischen Hürden zu kämpfen, denn die österreichische Öffentlichkeit führte in dieser Dekade Debatten über den Abbau der „Ausländerbeschäftigung“ (vgl. Bauböck/Perchinig 2003:6). Die Trennung von politischen und ökonomischen Beweggründen beschränkt sich nicht nur auf MigrantInnen, sondern auch auf die Einwanderungspolitik des Ankunftslandes.

#### **4.3.3 Vom „Inländerprimat“ bis zur „Integration vor Neuzuwanderung“**

In der Nachkriegszeit trennte die zentrale Konfliktlinie ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenseite in der Frage der politischen Gestaltung des Arbeitsmarkts. Die Unternehmensführung baute weiterhin auf die Selbstregulierung des Markts, während die Gewerkschaften und die SozialdemokratInnen sich für die staatliche Regulierung des Arbeitsmarkts einsetzten. Die damalige Migrationspolitik fällt in eben diesen Diskurs der 50er und 60er Jahre hinein. Einen Knackpunkt stellt dabei die Regelung der „Ausländerbeschäftigung“. Diese wurden vom Gewerkschaftsbund nachdrücklich gefordert. Der „Inländerarbeitnehmerschutz“ wurde eingeführt. Damit hatten unter

diesem Primat inländische ArbeitnehmerInnen den Vorrang gegenüber Drittstaatsangehörigen (Perchinig 2010: 144).

Vor diesem Hintergrund kam es zur Anwerbung von so genannten GastarbeiterInnen in den 1960er Jahren. In den siebziger Jahren wurde das System mit der Einführung der AusländerInnenbeschäftigung institutionalisiert. Somit wurde die Immigration über den Zugang zum Arbeitsmarkt reguliert. Die gesetzlichen Bestimmungen blieben im Wesentlichen bis in die 1990er Jahre gleich. (vgl. Kraler 2007: 6). Die Kontrollmechanismen wurden aus arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgearbeitet (vgl. Nowotny: 2007: 48). Die Eckpunkte wurden von den SozialpartnerInnen wie der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund verhandelt. Das Gesetz sah folgende Vorgehensweise für die ImmigrantInnen vor: Einen Beschäftigungstitel konnte man nur dann erhalten, wenn keine inländischen Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Die Idee dahinter war, dass in wirtschaftlich schwachen Zeiten keine Beschäftigungstitel genehmigt wurden, um die Kontrolle über die Anzahl der ausländischen Bevölkerung zu wahren. In solchen Perioden – so in der Theorie – sollte die Quantität an AusländerInnen<sup>11</sup> minimiert werden können.

Das 1975 verabschiedete und von einer restriktiven Rechtsschreibung gekennzeichnete „Ausländerbeschäftigungsgesetz“<sup>12</sup> (AuslBG) goss das Prozedere in einen formalrechtlichen Rahmen (vgl. Perchinig 2010: 146). Die gesetzliche Einbettung fand statt, obwohl bereits nach dem Anwerbestopp 1973 klar war, dass die Eingewanderten sich permanent in Österreich niederlassen würden (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 85).

Ab dem Ende der 1980er Jahre wurde die Immigrations- und Asylpolitik mehrfach geändert. Diese Reformen fanden vor dem Hintergrund der Ostöffnung und dem Fall der Berliner Mauer 1989 sowie dem EU-Beitritt 1995 statt. Die immer strikteren gesetzlichen Novellierungen wurden zunehmend von öffentlichen Debatten, die von Jörg Haiders FPÖ dominiert wurde, begleitet (vgl. Kraler 2007: 7).

---

<sup>11</sup> Mit AusländerInnen bzw. ausländischer Bevölkerung werden hier jene Menschen genannt, welche eine andere Staatsbürgerinnenschaft aufweisen. Diese Begriffsklärung spiegelt die formal-rechtliche Definition wider und grenzt sich von dem diskriminierenden öffentlichen Diskurs in Österreich um die vermeintlichen „Ausländer“ ab.

<sup>12</sup> In die gesetzlichen Bestimmungen des AuslBG fallen auch AsylwerberInnen (vgl. Rosenberger 2009)

Das 1993 in Kraft getretene Aufenthaltsgesetz (AufG) ist als Reaktion auf den vorherrschenden Diskurs der Sicherheit zu gesehen. Dieses Gesetz bewegte die Migrationspolitik von ihrem ursprünglich auf die Dynamiken des Arbeitsmarkts ausgerichteten Ansatz des flexiblen, schnellen und kurzfristigen Reagierens auf ökonomische Bedürfnisse hin zu einer strikten Regulierung von Einwanderung. Die 1988 erlassene Novellierung des AuslBG brachte zwar mehr Bewegungsfreiheit am Arbeitsmarkt, allerdings beschnitt sie mit der Einführung der Bundeshöchstzahl - die Kontingentierung des Gesamtanteils ausländischer ArbeitnehmerInnen am Arbeitsmarkt – das Potential der ArbeitsmigrantInnen drastisch. Die Quote zielte nicht auf die Regelung von Neuzuzug ab, sondern auf die Kontingentierung bereits in Österreich ansässiger Arbeitskräfte (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 11).

Die politischen Umbrüche in Europa ab Ende der 80er Jahre führten (auch in Österreich) bis in die 90er Jahre hinein zu einem sichtbaren Anstieg der Migrationsströme.

Die im öffentlichen Diskurs dominante politische Debatte über die wachsende Zahl an Eingewanderten war eine voller Bedrohungsszenarien. Sie mutierte zu einer Debatte über das Asylrecht.

Die von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) erfolgreich geschürte Angst resultierte in wachsende Unterstützung in der Bevölkerung. Die Regierung reagierte nicht zuletzt auf die steigende Popularität der FPÖ mit Verschärfungen in der Fremdenrechts- und Asylpolitik (vgl. Perchinig 2010:148). Die Quintessenz des 1992 in Kraft getretenen Asylgesetzes lag in der so genannte „Drittlandsklausel“. Diese besagt, dass ein Asylantrag abzulehnen ist, wenn die Person bereits in einem anderen Land vor Verfolgung geschützt war (vgl. Bauböck/Perchinig 2003:13). Das Gesetz bietet die Chance AsylwerberInnen, die über den Landweg Österreich betreten, abzuweisen, da alle Nachbarstaaten als sichere Drittländer gelten.

Mitte der 1990er Jahre drehten sich die Debatten nicht um die Frage der Integration in Form rechtlicher Absicherung im Vordergrund. Vielmehr verfolgte die Politik verschärfte gesetzliche Bestimmungen in Bezug auf Verlust des Aufenthaltstitels, wenn bestimmte Auflagen nicht erfüllt würden. So setzte man beispielsweise bei Jobverlust bzw. Arbeitslosigkeit auf Ausschlussmechanismen. Die Prämisse lautete Sanktionen statt Anreize zu schaffen. Die verschärften Maßnahmen führten zur Verschlechterung und Prekarisierung des Aufenthaltsstatus bei niedergelassenen ImmigrantInnen (vgl.

Cinar/Waldrauch 2006: 38) Die AutorInnen Waldrauch und Sohler (2004: 89f) heben hervor, dass einige Bestimmungen im AufG die Menschen regelrecht in den illegalen Aufenthalt drängte. Als Beispiel nennen sie die Regelung, dass bei Nicht-Einhalten der Frist für die Beantragung auf Verlängerung der Aufenthaltsdauer eine Antragstellung aus dem Ausland verlangt wurde.

#### **4.3.4 Migrationspolitik im Rahmen der EU**

Der Beitritt zur Europäischen Union 1995 zwang Österreich zu einigen Reformen des Asyl- und Fremdenrechtsgesetzes. Die Europäische Union rüttelte am InländerInnenprimat, denn ihr Zugang zur Arbeitsmarktpolitik war von marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten geprägt. Die Frage der StaatsbürgerInnenenschaft sollte keine Rolle am Arbeitsmarkt spielen (vgl. Perchinig 2010). Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde die Asyl- und Einwanderungspolitik in die Gemeinschaftsverträge der ersten Säule aufgenommen und somit eine EU-weite Harmonisierung erstmals in Aussicht gestellt. Erstmals war die Europäische Union in der Lage in diesen Politikfeldern Verordnungen und Richtlinien zu erlassen, die in die nationale Verfassung eingreifen. Zudem wurde die Kontrollfunktion des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gestärkt (Jahn et al 2006: 7).

Die österreichische Migrationspolitik schwenkte vor diesem Hintergrund in Richtung Aufenthaltsverfestigung. Nach den Nationalratswahlen 1995 kam mit Caspar Einem, einem sozialdemokratischen Innenminister, ein Perspektivenwechsel in die Immigrationspolitik. Einem revidiert schließlich einige Bestimmungen und lenkt die Maßnahmen vermehrt in Richtung legitime Absicherung. Er führt mit der Novelle des FrG 1997 Rechtssicherheit beim Aufenthalt nach zwölfjähriger legaler Anwesenheit in Österreich sowie den Schutz vor Ausweisung/Abschiebung für in Österreich geborene Drittstaatsangehörige („Aufenthaltsverfestigung“) (vgl. Cinar/Waldrauch 2006: 38) ein. Unter dem Motto „Integration vor Neuzuwanderung“ werden auch das Recht auf Erteilung eines unbefristeten Aufenthaltstitels nach fünf Jahren Anwesenheit und absoluter Ausweisungsschutz für in Österreich langjährig niedergelassene und/oder hier aufgewachsene Personen formuliert (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 90). Integrationsmaßnahmen wurden vermehrt gefördert. Mit dem AufG 1992 wurden

bereits erste Maßnahmen bzw. Möglichkeiten zur „Integrationshilfe“ gesetzt, welche mit der im FrG 1997 verankerten „Integrationsförderung“ fortgeführt wurden. Die Bestimmungen sehen Sprachkurse und Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Einführungsangebote in die „österreichische Kultur und Geschichte“ und Begegnungsmöglichkeiten mit österreichischen StaatsbürgerInnen um gegenseitiges Verständnis zu fördern, vor (vgl. ebd.). Parallel dazu erhalten Konventionsflüchtlinge einen ähnlichen Katalog, für die der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) zuständig ist.

Seine Bestrebungen zur Harmonisierung des Aufenthaltsrechts und AuslBG konnte Einem aufgrund massiver Blockaden von ArbeitnehmerInnenvertreterInnen und dem Sozialministerium nicht implementieren (vgl. Perchinig 2010: 149).

Mit dem Ende der Amtszeit Einems als Innenminister 1997 endete auch die liberale Periode in der österreichischen Migrationspolitik.

Eine EU-weit einzigartige politische Konstellation trat im Jahr 2000 ein, als die ÖVP mit der FPÖ eine Koalition einging. Dies resultierte in der politischen Isolierung Österreichs innerhalb der Union, da der FPÖ Fremdenfeindlichkeit und ein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus nachgesagt wurde (vgl. Perchinig 2010:150). Gerade diese ÖVP-FPÖ-Regierung führte auf EU-Ebene zur raschen Annahme der Anti-Diskriminierungsrichtlinie, die sich für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt aussprach. Legten sich Frankreich und Deutschland vor diesem Vorfall gegen die Richtlinie quer, so wurde der Entwurf nun als die europäische Antwort auf eine Partei wie die FPÖ betrachtet (vgl. ebd.).

Die von der Union erwartete Verschärfung in der österreichischen Migrationspolitik traf nicht zur Gänze ein. Ab 2000 führte die ÖVP-FPÖ geführte Regierung weitere Novellen ein. Mit dem Fremdenrecht 2002 wurde vermehrt auf Schlüsselkräfte gesetzt. So sollte sich Neuzuwanderung vornehmlich auf fachlich qualifizierte Arbeitskräfte begrenzen (vgl. Perchinig 2006: 296f). Entgegen der von der Regierung fortgeführten Rhetorik der „Integration vor Neuzuwanderung“ wurde die Quote für temporäre Arbeitskräfte sukzessive ausgeweitet. 2002 führte die schwarz-blaue Regierung die so genannte „Integrationsvereinbarung“ im Rahmen der FrG-Novelle ein. Diese sollte als integrationsfördernde Maßnahme dienen, sie sah sich heftiger Kritik seitens von NGOs und der Opposition ausgesetzt (vgl. ebd. 297).

Die Integrationsvereinbarung setzte den Schwerpunkt in der Integrationspolitik auf Sprachkenntnisse. Es sollte zudem die Bringschuld der migrantischen Bevölkerung ins Zentrum der öffentlichen Debatte rücken. Das Verlangen eines selbst bezahlten Deutsch- und Integrationskurses, in welchem neben Deutschkursen auch Landes- und StaatsbürgerInnenschaftskunde und „europäische und demokratische Grundwerte“ erlernt werden sollten (vgl. help.gv.at), wurde in den Gesetzestexten – trotz heftiger Kritik von NGOs und der Opposition - hinein reklamiert. Bei Nicht-Einhaltung bzw. Verweigerung des Kursbesuchs drohten Sanktionen. Diese reichten von der Erhöhung der Kursgebühr bis hin zu Nicht-Verlängerung des Aufenthaltstitels. Nennenswert ist, dass die Voraussetzung für das Nachkommen der Integrationsvereinbarung und damit zur Verlängerung des Aufenthaltstitels nicht lediglich den Besuch der Kurse vorsah, sondern die positive Absolvierung verlangte (Waldrauch/Sohler 2004: 90).

Unter der von Wolfgang Schüssel geführten ÖVP-FPÖ-Regierung kam es dennoch zu gewissen Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs, so etwa für in Österreich lebende Familienangehörige von ausländischen Arbeitskräften. AsylwerberInnen waren auch hier und sind bis heute noch fast zur Gänze vom Arbeitsmarkt abgeschirmt. Die legislative Lage trägt einen beträchtlichen Teil zur prekären Lebenssituation von AsylwerberInnen in Österreich bei. Anerkannte Flüchtlinge sind aus dem AuslBG ausgenommen (vgl. Nowotny 2007:49).

2005 implementierte die Regierung einen neuen unbefristeten Aufenthaltstitel, den Niederlassungsnachweis, ein (vgl. Perchinig 2006: 297). Dieser hatte weitreichende Folgen für das Beschäftigungssystem von Drittstaatsangehörigen. Der Niederlassungsnachweis ermöglichte erstmals den Zugang zum privaten Sektor im gesamten Bundesgebiet, ohne die separate Beantragung eines Beschäftigungstitels.

Die Reformen wurden nicht zuletzt auf Druck der EU Richtlinie 2003 implementiert. Im 2005 verabschiedeten Fremdenrechtspaket, das Erneuerungen im Aufenthalts- und Asylrecht beinhaltete, wurden die EU-Regelungen umgesetzt, die wiederum eine Verbesserung der rechtlichen Situation der langjährig ansässigen MigrantInnen und AsylwerberInnen brachte.

Dennoch versuchte die Regierung die Reformen auf dem niedrigst möglichen Niveau zu halten. Zu diesem Zweck stärkte das Paket staatliche Institutionen in ihrer Entscheidungsmacht (vgl. Kraler 2007: 13).

2011 führte die SPÖ-ÖVP Regierung mit der Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte) ein flexibles, neues Zuwanderungssystem ein. Ziel ist, qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten und ihren Familienangehörigen eine nach personenbezogenen und arbeitsmarktpolitischen Kriterien gesteuerte und auf Dauer ausgerichtete Zuwanderung nach Österreich zu ermöglichen. Mit der Implementierung des neuen Systems ist Österreich nun dem marktwirtschaftlichen Primat der EU-Arbeitsmarktpolitik einen großen Schritt näher gekommen. Die wichtigsten Kriterien sind Qualifikation, Berufserfahrung, Alter, Sprachkenntnisse, ein adäquates Arbeitsplatzangebot und Mindestentlohnung.

Die neuen Regelungen sind mit 1. Juli 2011 in Kraft getreten (vgl. Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, BMAASK).

#### **4.3.5 Einbürgerungspolitik**

StaatsbürgerInnenschaftskonzepte wirken sich nicht nur auf Einbürgerungsraten selbst aus, sondern sind ein Indiz für den Grad an öffentlichem Integrationsdiskurs (vgl. WS 2004: 102)

*„Die Verbindung zwischen Nationalismus und Staatsbürgerschaft wirkt sich bis heute auf Theorie und Praxis der Staatsbürgerschaft aus, was deutlich macht, dass Staaten nicht allein rechtliche und politische Institutionen darstellen, sondern auch in kulturellen oder sozialen Zusammenhängen Sinn stiftend wirken“* (Bloemraad et al 2010: 18)

Der Erwerb der österreichischen StaatsbürgerInnenschaft ist seit jeher von einem konservativen Verständnis geprägt. Trotz zahlreicher Novellierungen hat sich das StaatsbürgerInnenschaftskonzept in Bezug auf ihren Erwerb kaum gewandelt.

Als Konsequenz des exkludierenden StaatsbürgerInnenschaftskonzepts spielen Forderungen und Ansprüche von MigrantInnen und ihren Organisationen in Deutschland und Österreich eine kaum wahrnehmbare Rolle im innenpolitischen Prozess.

Die in der Migrationsforschung verstärkte Auseinandersetzung mit grenzüberschreitenden Lebensweisen hat zu einem Perspektivenwechseln in der Diskussion um Staatsbürgerschaftskonzepte und Mitgliedschaft geführt. Der Diskurs dreht sich um Doppelstaatsbürgerschaften und erweiterten Rechten von Niedergelassenen in der Residenzgesellschaft sowie die Frage von inklusiven politisch-rechtlichen Maßnahmen für EmigrantInnen der Herkunftsstaaten(vgl. Bauböck 2003: 715ff).

Trotz der vermehrten Diskussion in zahlreichen Ländern, stellt sich das österreichische StaatsbürgerInnenschaftsrecht als besonders Reform-resistent heraus.

Das dem Recht zu Grunde liegende Prinzip des Ius Sanguinis unterstreicht die Vererbbarkeit der StaatsbürgerInnenschaft. Elemente des Ius Soli – der Geburtsort ist bestimmender Faktor für das Erlangen der StaatsbürgerInnenschaft –werden in Österreich gänzlich abgelehnt (vgl. Vorblatt - Regierungsvorlage). Daraus lässt sich ableiten, dass in Österreich grundsätzlich der Status von ausländischen BürgerInnen und Flüchtlingen bzw. AsylwerberInnen an die Folgegeneration weiter gegeben wird. Das Prinzip des Ius Sanguinis würde den letzten Schritt Richtung „‘successful‘ integration process“ bedeuten, lautet der Tenor in der österreichischen Politik (Çinar/Waldrauch 2006: 41). Auch die DoppelstaatsbürgerInnenschaft wurde entgegen dem europäischen Trend (bis auf wenige Ausnahmen wie Deutschland und Großbritannien) ausgeschlossen (vgl. Perchinig 2010: 147).

Mit der Reform des StaatsbürgerInnenschaftsgesetzes 1998 und 2006 wurden die Kriterien zur Erlangung der StaatsbürgerInnenschaft erweitert und damit gleichzeitig die Hürden für den positiven Bescheid erhöht. Mindestkriterien (mit Ausnahmen) für die Antragstellung der StaatsbürgerInnenschaft ist der Aufenthalt in Österreich von mindestens zehn Jahren. Dazu kommen Sprachkenntnisse, Unbescholtenheit, allgemeine Integration, die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln und die Erbringung von „Grundkenntnissen der demokratischen Ordnung sowie der Geschichte Österreichs

und des jeweiligen Bundeslandes“ (1189 der Beilagen XXII. GP - Regierungsvorlage – Materialien; Kraler 2007: 19) Bei der Antragstellung müssen hohe Gebühren verrichtet werden und können als Hinderungsmotiv betrachtet werden. Schließlich müssen die AntragstellerInnen nachweislich die bisherige StaatsbürgerInnenschaft – soweit vorhanden – abgelegt haben (vgl. Çinar/waldrauch 2006: 49). Bedenklich ist hierbei, dass die Deutungshoheit und die Kriterien der Messbarkeit bei den ausstellenden Behörden liegen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 50).

Die StaatsbürgerInnenschaft ist nach wie vor eng verwoben mit dem Zugang zu politischer Partizipation in der Ankunftsgesellschaft. Politische Teilhabe ist einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Struktur und Ausrichtung von MigrantInnenorganisationen. Dies wird meist entlang des Wahlrechts thematisiert.

Die Selbstorganisation von MigrantInnen kann beispielsweise dazu dienen, ihren Forderungen nach Zugang zu politischer Partizipation Gehör zu verschaffen, wenn das Recht auf politische Teilhabe im Residenzland restriktiv gehandhabt wird. Umgekehrt können Inklusionsmechanismen mitunter zu Verhinderung von migrantischer Selbstorganisation führen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 100). Eine inklusive politische Kultur gibt MigrantInnen die Gelegenheit politischer Partizipation innerhalb bestehender Institutionen, wie z.B. politischer Parteien des Ankunftslandes.

In Österreich blieb Drittstaatsangehörigen lange Zeit der Weg zu sämtlichen Wahlen allgemeiner politischer Vertretungskörpern auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene versperrt. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 haben EU-BürgerInnen das aktive und passive Wahlrecht auf Bezirksebene. Seit 2006 erlangten nach einem EuGH-Urteil Nicht-UnionsbürgerInnen das passive Wahlrecht bei Arbeiterkammer- und Betriebsratswahlen (vgl. Perchinig 2010).

Auch wenn der Erwerb der StaatsbürgerInnenschaft den rechtlichen Status sichert und den Weg für politische Rechte frei macht, heißt das nicht unbedingt, dass MigrantInnen in Empfängerstaaten sozial gleich gestellt sind.

*„Messgrößen der Integration, wie z. B. wirtschaftlicher Aufstieg, Bildungserfolge oder kulturelle Akzeptanz können unabhängig vom rechtlichen Status auch zu Messgrößen einer Staatsbürgerschaft zweiter Klasse werden“* (vgl. Bloemraad et al 2010: 29f)

Jahrzehntlang speiste sich das Selbstverständnis Österreichs aus der Vorstellung, es sei kein Einwanderungsland, sondern vielmehr ein Transitland. Diese Ansicht bildet das Grundgerüst österreichischer Migrations- und Integrationspolitik. Dies spiegelt sich sowohl in der Arbeitsmarktpolitik wie im StaatsbürgerInnenchaftsrecht wider.

Während die Bundesebene sich in diesen Politikfeldern an der Sicherheitsrhetorik fest hält, zeichnen Länder und Gemeinden ein differenzierteres Bild.

#### **4.4 Ist Wien anders?**

Gerade auf kommunaler Ebene spürt die lokale Bevölkerung politische Entscheidungen unmittelbar. Zwischen höheren politischen Ebenen und den BürgerInnen situiert, haben Gemeinden Leistungsansätze, welche von Pragmatismus und Realitätsnähe geprägt sind. Die Haltung im integrationspolitischen Feld beeinflusst den kommunalen Diskurs, der sich oft von der bundespolitischen Debatte abhebt (vgl. Gruber 2010:83).

Das städtische Leben konterkariert das Selbstbild der Bundesebene, Österreich sei kein Einwanderungsland. Ein Blick auf die Statistiken zur Volkszählung zeigen, dass rund ein Viertel der Wiener Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 23).

Die Stadt Wien entwickelte in den 1990er Jahren auf kommunaler Ebene Strategien und Politiken zur Integration von MigrantInnen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 116). Die Bundeshauptstadt weicht hier von der bundespolitischen Orientierung ab. So wurde 1992 der Wiener Integrationsfonds (WIF) geschaffen, der dem Ressort für Integration, Frauen, Konsumentenschutz und Personalangelegenheiten unterstand. Der WIF übernahm die Koordinierung und Durchführung integrationspolitischer Maßnahmen.

Die kommunale Integrationspolitik in Wien entdeckte auch MigrantInnenorganisationen als bedeutende Schnittstelle und Akteurin zu den migrantischen Bevölkerungsgruppen und verbesserte und institutionalisierte die Kooperationsbasis (vgl. ebd. 118)

Auf diese Weise entstand der WIF, der als Ansprechpartner für die MigrantInnen fungieren sollte. Darüber hinaus behandelte der WIF Stellungnahmen und

Empfehlungen zu integrationspolitischen Fragen im Landesgesetz, Öffentlichkeitsarbeit und die Erfassung, Koordinierung und Förderung von Vereinen von und für MigrantInnen. Die Förderung erfolgte unter der Prämisse der Integrationsförderung.

Die Entdeckung von MigrantInnenorganisationen als Drehscheibe für die politische Ebene und für die MigrantInnen selbst führte zur Gründung der Wiener Integrationskonferenz (WIK) (vgl. ebd. 122). Durch die Errichtung der WIK erhoffte sich die Stadtregierung, die traditionell von der Sozialdemokratischen Partei dominiert war (und ist), den Austausch mit lokalen Gate-keepern zu intensivieren um so eine breite Akzeptanz durch unterschiedliche Organisationen, wie NGOs und MigrantInnenvereine, herbei zu führen.

Die WIK hatte allerdings nur eine konsultative Rolle inne und vermittelte zwischen der Stadt und den MigrantInnenvereinen. In der Praxis kritisierte die WIK ihre strukturelle Abhängigkeit vom WIF, die kein Gehör fand.

Die Bundeshauptstadt nimmt eine Doppelrolle als Gemeinde und als Bundesland ein und hat dadurch rechtliche Befugnisse. Somit sind Gemeinderatswahlen gleich gesetzt mit Landtagswahlen. In der Hauptstadt sind EU-BürgerInnen von den Wahlen zum Landtag ausgeschlossen, sie dürfen lediglich an den Wahlen zur Bezirksvertretung teilnehmen (vgl. Wahlen auf Gemeinde- und Landesebene -online). Drittstaatsangehörige sind auch auf dieser Ebene nicht befugt an Wahlen teilzunehmen. 2002 versucht die SPÖ-geführte Wiener Regierung mit Stimmen der Grünen das Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen nach fünfjährigem legalem Aufenthalt zu gewähren (vgl. Demokratiezentrum Wien). Die Implementierung scheiterte an der Schwarz-Blau geführten Bundesregierung, welche beim Verfassungsgerichtshof einen Einspruch einlegte und diesem mit der Begründung statt gegeben wurde, dass die österreichische StaatsbürgerInnenschaft eine unbedingte Voraussetzung für das Wahlrecht sei. Bei Interessensvertretungen besteht der Zugang zu Wahlen für Drittstaatsangehörige, allerdings erst in jüngerer Vergangenheit.

Analog zu den Versuchen zur Wahlrechtsreform bewegt sich die Integrationspolitik der Stadt Wien seit 2002 Richtung Diversitätspolitik (vgl. MA 17)

Bewusstseinsbildung in Bezug auf Diversitätsmaßnahmen und -politik in der Verwaltung und in der Bevölkerung hat einen hohen Stellenwert.

Basierend auf diesen Inputs griff die Stadt zu Restrukturierungsmaßnahmen, die 2003 zur Auflösung des WIF führten. Die Agenda und Aufgaben des WIF wurden von der Stadtverwaltung in Form der 2004 neu geschaffenen Magistratischen Abteilung 17 „Diversität und Integration“ übernommen und erweitert. Die Abteilung soll überdies die Erstellung von Maßnahmenpaketen zur Umgestaltung der Verwaltung handhaben und als Förderstelle von NGOs fungieren. Zudem ist die MA17 für die regionale Zusammenarbeit mit den MigrantInnenvereinen verantwortlich (vgl. ebd).

Mit den 2011 formulierten „Wiener Positionen zum Zusammenleben“ (SPÖ Wien) und den gegenwärtigen Plänen der rot-grünen Stadtregierung wird die kommunale Integrationspolitik der Stadt weiter geführt. In Form eines Charta-Prozesses, an dem sich alle BürgerInnen der Stadt beteiligen können, sollen Grundsätze des Zusammenlebens erarbeitet werden (vgl. Wiener Charta. Zukunft gemeinsam leben - online)

Der Perspektivenwechsel in der Wiener Integrationspolitik wurde durch die Errichtung des WIF eingeführt und mit der Programmatik der Diversität auf eine neue Ebene gehievt. In diesem Kontext sollte auch die Rolle von MigrantInnenvereinen am politischen Prozess gestärkt werden.

MigrantInnen und ihre Selbstorganisationen sind von Grenzziehungen durch politische, ökonomische und geschlechtliche Machtkonstellationen und –normen betroffen. Sie partizipieren in Politiken ihres Herkunftslandes, während sie zur gleichen Zeit in den lokalen Kontexten der Ankunftsgesellschaften eingebettet sind. Ebenso sind ihre Organisationen und Netzwerke von den gegebenen politischen und institutionellen Rahmenbedingungen im Herkunfts- und Ankunftsland betroffen. Sie weisen Verflechtungen zu den Staaten auf beziehen sich in ihren Handlungsstrategien meist selbst auf bestimmte Entwicklungen in einem oder mehreren Nationalstaaten (vgl. Bauböck 2003:701).

Die hier analysierte Rolle von Herkunfts- und Ankunftsstaaten darf nicht darüber hinweg täuschen, dass darüber hinaus weitere Faktoren Einfluss auf die Form, Ausrichtung und Nachhaltigkeit von MigrantInnenvereine haben, die jedoch aus

Kapazitätsgründen nur rudimentär in meine Arbeit einfließen. Es gilt den sozialen, kulturellen oder auch bildungsspezifischen Hintergrund der ImmigrantInnen als Einflussfaktoren in Betracht zu ziehen. Die Organisationsform kann sich im Laufe der Zeit wandeln, je nach Entwicklung der Sozialstruktur der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Gerade in Bezug auf die unterschiedlichen Strukturen und Dynamiken der MigrantInnenvereine ist der transnationale Aspekt von entscheidender Bedeutung, da hier MigrantInnenorganisationen per se als Akteurinnen in den Vordergrund treten. Sie unterstehen diversen Einflüssen und bilden das Zentrum der Analyse.

## **5 MigrantInnenvereine – organisationssoziologische Ansätze**

Das Vereinsengagement unterlag in den letzten Dekaden einem historischen Wandel: In den sechziger und siebziger Jahren waren die Aktivitäten der in Österreich und Deutschland eingewanderten GastarbeiterInnen sehr stark auf das Herkunftsland ausgerichtet. Später, als den ImmigrantInnen klar wurde, dass sie ein Leben im Ankunftsland aufbauen wollen bzw. werden, wandelte sich auch die Orientierung der Praktiken in den Vereinigungen hin zum Empfängerland. Um ein besseres Verständnis für die jeweiligen Aktivitäten von MigrantInnenorganisationen und deren Hintergründe zu gewährleisten, müssen zunächst externe (Rahmenbedingungen im Herkunfts- und Ankunftsland) und interne (Organisationsstruktur und interne Akteure) Faktoren stärker durchleuchtet werden.

Ich skizziere in Folge die Wahrnehmung von MigrantInnenorganisationen und den diskursiven Wandel in den letzten drei Dekaden. Hierbei werden Fragen nach der Struktur, Einflussfaktoren und Funktion von MigrantInnenvereine diskutiert.

Im zweiten Unterkapitel mache ich einige Anmerkungen zu kurdischen Organisationen in Europa im Allgemeinen, um dann in weiterer Folge auf kurdische Vereine in Österreich einzugehen.

### **5.1 Verortung zwischen Integration und Segregation**

In Österreich ist die formelle Organisation von MigrantInnen in Vereinen eine weit verbreitete, da Vereine in korporatistischen Systemen der Interessens- und Parteipolitik einen wichtigen Stellenwert in der Öffentlichkeit einnehmen. Im Gegensatz dazu spielen informelle zivilgesellschaftliche Organisationen und Protestbewegungen wie Streiks keine nennenswerte Rolle, wenn es um die Artikulation von Interessen geht (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 104f).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht weiter verwunderlich, dass MigrantInnen aus ihren spezifischen Lebenslagen heraus ihre Interessen und Anliegen durch gemeinsame religiöse, politische und kulturelle Organisationen ausdrücken. Gleichzeitig sehen sie in den MigrantInnenorganisationen einen Weg, Einfluss auf ihr Umfeld zu nehmen bzw. gehört zu werden.

In der Regel stehen MigrantInnenvereine oft vor größeren Hürden als Organisationen ohne Migrationshintergrund, wenn es um ihre spezifischen Probleme bzw. Anliegen geht. Sie finden in der öffentlichen Diskussion kaum Bühne für ihre Interessen (vgl. Pries 2010:16).

Nach Pries (2010) bewegen sich MigrantInnenvereine zwischen „Einflusslogik“, also das Streben nach aktiver Mitgestaltung in der Gesellschaft, und „Mitgliederlogik“, der Handlungsspielraum von Mitgliedern in Bezug auf den Vorstand.

*„Im Allgemeinen ist die politische Repräsentation durch eine Interessensorganisation nur im Falle einer Legitimation durch die Mitglieder denkbar, welche im Falle von Vereinen auf eine formale Basis (Statuten) gestellt ist“* (Waldrauch/Sohler 2004:105)

MigrantInnen und ihre Selbstorganisationen wollen intern das kollektive Zusammenleben stärken und nach „außen“ als MigrantInnenorganisationen ihre kollektiven Interessen vertreten.

Anlehnend an Pries (2010a) bezeichne ich in dieser Arbeit Organisationen als „[...] relativ dauerhafte Kooperationszusammenhänge mit bestimmten Zielen, einer mehr oder weniger formalisierten Struktur [...] und identifizierbaren Mitgliedschaftsregeln[...]“ (Pries 2010a:16). Diese können Moscheegemeinden, Sportvereine, Frauenorganisationen, sowie StudentInnen- und Kulturvereinigungen sein (vgl. Dahinden/Moret 2008).

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Selbstorganisation von MigrantInnen steht erst am Beginn ihrer Forschung. In Österreich existieren so gut wie keine Studien bzw. Literatur zu MigrantInnenvereinen. Lediglich das Werk von Waldrauch und Sohler (2004) über MigrantInnenorganisationen in der Großstadt konzentriert seine Fragestellung auf Aktivitäten von MigrantInnenvereine in Österreich.

Der Schwerpunkt in der Forschung lag bis vor kurzem im Verhältnis zwischen Integrationserfolgen von MigrantInnen-communities und ihrem Grad an Teilhabe und Interessensartikulation in der Gesellschaft (vgl. Pries 2010:18).

Insgesamt näherte sich die Wissenschaft an MigrantInnenvereine mit der Frage, ob und wie MigrantInnenverbände und -vereinigungen zur Integration der MigrantInnen in der Ankunftsgesellschaft beitragen. Hierbei bewegte der Diskurs entlang zweier Stränge: Die Selbstorganisation von MigrantInnen wurde entweder als eine Stütze zur Eingliederung in die Ankunftsgesellschaft betrachtet oder als einen Schritt Richtung Segregation kritisiert (vgl. Fauser 2010: 269). Die Debatten über MigrantInnenorganisationen als Integrationsbrücke versus Segregationsfalle dominierten die Integrationsforschung in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts. Gemäß der damaligen gesellschaftlichen Perzeption bzw. Normen und Wertvorstellungen wurde die Existenz von MigrantInnenorganisationen – ob integrationsfördernd oder segmentativ – als transitorisches Stadium in allgemeinen Integrationsprozess definiert (vgl. Goeke 2010: 118f).

Die gegenwärtige Forschung legt MigrantInnenorganisationen drei wesentliche Charakterzüge zu Grunde: MigrantInnenvereine agieren zum einen multidimensional. Weiters stehen sie und ihre Handlungsmotive in wechselwirkender Beziehung zum gesellschaftlichen Umfeld und schließlich sind ihre Aktivitäten auf Grenzen überschreitende Verbindungen zurück zu führen.

### **5.1.1 Multidimensionalität**

Heute liegt die Konzentration verstärkt auf die Frage, unter welchen Bedingungen MigrantInnenorganisationen welche Funktion und Wirkung für welche soziale Gruppe entfalten (vgl. Gaitanides 2003: 24-33). Hierzu gibt es drei Thesen: Zum einen haben MigrantInnenorganisationen fast immer multi-dimensionale Aufgaben. Der Soziologe Stefan Gaitanides (2003) hat im Rahmen seiner Forschungen zu Interkultureller Stadtteilpolitik sich mit der Funktion von MigrantInnenorganisationen für die eigenen Mitglieder und im Kontext der Herkunfts- und Ankunftsgesellschaft beschäftigt und listet elementare Charakterzüge in Bezug auf die Multidimensionalität und Multifunktionalität von MigrantInnenvereine auf. Er unterstreicht, dass

MigrantInnenorganisationen einen geschützten Raum individuelle und kollektive Identitätsbildung schaffen und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und –entfaltung durch unterschiedliche Angebote fördern. Sie fördern das soziale Kapital durch Vernetzung der eigenen Mitglieder bzw. als MultiplikatorInnen für NeuzuwandererInnen. MigrantInnenvereine sind wichtige AnsprechpartnerInnen für die kommunale Verwaltung und Politik, „[...] da sich bei ihnen Opinionleaders versammeln, die einen privilegierten Zugang zur Community-Öffentlichkeit haben“ (Gaitanides 2003: 3f). Gleichzeitig beeinflussen sie durch ihre Orientierung zum Herkunftsland politische, ökonomische und soziale Entwicklungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Diese sammeln Spendengelder für humanitäre Hilfe und tragen durch ihre Erfahrungen in Residenzländern maßgeblich zur (Weiter-)Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ursprungsregionen bei (vgl. Sezgin 2010: 201).

Die Intensität, Gleichzeitigkeit und Gewichtung der Funktionen und Aufgaben können sich im Zeitverlauf situationsbedingt stärker oder schwächer ausdrücken.

### **5.1.2 Wechselwirkende Dynamiken**

MigrantInnenorganisationen stehen des Weiteren in Bezug auf ihre Wahrnehmung in stetiger Wechselwirkung zum gesellschaftlichen Umfeld.

MigrantInnenvereinigungen stehen reziprok zu den gegebenen Gelegenheitsstrukturen. Das bedeutet, dass das Migrationsregime, also die migrationsrelevanten Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren der jeweiligen Ankunftsländer und das „organisationale Feld“ (Pries 2010b: 98) die Perzeption von MigrantInnenorganisationen und ihre Handlungsspielräume beeinflussen. Hierbei geht es nicht nur um Normen, Gesetzgebungen und Politiken im Hinblick auf Ein- und Auswanderung, sondern auch um die inkludierende und exkludierende Behandlung von bereits im Land ansässigen MigrantInnen. Ein wesentlicher Faktor des Migrationsregimes ist die historische Selbstdarstellung eines Staates als Ein- und/oder Auswanderungsland und damit einhergehende gesetzliche Bestimmungen, wie die gezielte Anwerbungspolitik von MigrantInnen. Das historisch-kulturelle Selbstverständnis eines Landes liegt darüber hinaus dem jeweiligen dominierenden Staatsbürgerschaftskonzept zu Grunde.

Wie bereits im dritten Kapitel ausführlich diskutiert, war und ist das Leitmotiv in der österreichischen Integrationsdebatte, dass Österreich kein Einwanderungsland sei (vgl. Bauböck/Perchinig 2003: 23). Diese Wahrnehmung spiegelt sich in der Einwanderungs- und StaatsbürgerInnenschaftspolitik des Landes wider. In den letzten Jahrzehnten wurde die Einwanderungspolitik sukzessive verschärft, das StaatsbürgerInnenschaftsgesetz hürdenreicher gestaltet. Integration wird in der Öffentlichkeit als Anpassungsleistung von MigrantInnen an die Mehrheitsgesellschaft betrachtet. Die Messbarkeit „erfolgreicher Integration“ wird im Besonderen von den Deutschkenntnissen abhängig gemacht. Auch wenn der formal-rechtliche Kriterienkatalog eine Reihe an Indikatoren aufweist, so wird in der politischen Debatte das Erlernen der deutschen Sprache als *die* Voraussetzung schlechthin dargestellt.

Weitere Aspekte wie das allgemeine soziale Institutionensystem spielen eine zentrale Rolle, wenn es um den Ermessensspielraum von MigrantInnenorganisationen und MigrantInnen geht. Hierzu zählen jedoch der Zugang zum politischen System in der Ankunftsgesellschaft, die Parteienlandschaft und ihre Programmatik und Orientierung in Bezug auf Migrations- und Integrationspolitik oder mit Migration und Integration befassten öffentlichen Einrichtungen. Eine große Rolle spielen ebenfalls die formalen Rechte und Teilhabechancen und -möglichkeiten von MigrantInnen und ihren Vereinigungen. Fragen der politischen Teilhabechancen, Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung werden in der politischen und öffentlichen Diskussion vernachlässigt (siehe Kap. 4).

Neben diesen allgemeinen Aspekten des Migrationsregimes kommt die spezifische Funktion des organisationalen Felds im Verhältnis zu MigrantInnenvereinen hinzu. Der Terminus stammt aus der Organisationssoziologie und bezeichnet die Gesamtheit aller (anderen) Organisationen, die als Bezugspunkte für eine bestimmte Organisation gelten, zusammen gefasst werden (Pries 2010b: 98). Dies können beispielsweise andere MigrantInnenvereine sein, aber auch Gewerkschaften, politische Parteien oder staatliche Institutionen können in Wechselwirkung zum Untersuchungsgegenstand stehen.

### **5.1.3 MigrantInnenorganisationen zwischen Ankunfts- und Herkunftsland**

MigrantInnenvereinigungen sind oft zwischen Ankunfts- und Herkunftsgesellschaft eingespannt. Das soziale Kapital, welches sich in Form von sozialen Netzwerken zum Herkunftsland darstellt, schließt die Integrationsbemühungen von MigrantInnen nicht aus (vgl. Amelina/Faist 2008:93).

In Österreich entstanden beispielsweise jugoslawische und türkische Vereine, um auf diese Weise eine Rolle in der Herkunftsgesellschaft zu spielen. Gleichzeitig lehnte sich die Organisationsentwicklung eng an die Rahmenbedingungen der Residenzgesellschaft an (vgl. Waldrauch und Sohler 2004:642f)

Zusammenfassend zeigt sich anhand von diversen Studien, dass die Grundsatzdiskussion über MigrantInnenorganisationen als integrations- oder segregationsfördernd bzw. als Identitäts- Integrationsstiftend längst überholt ist. Diese Überlegungen müssen durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. MigrantInnenvereine kommen beiden Perspektiven gleichzeitig nach. Sie sind multifunktional und –dimensional. Ihr vielseitiges Aufgabengebiet kann im Laufe der Zeit Schwerpunkte in der Orientierung setzen (vgl. Dahinden/Moret 2008; Sezgin 2010: 225)

In welchen Dimensionen die unterschiedlichen Funktionen von MigrantInnenorganisationen in Erscheinung treten, hängt darüber hinaus auch sehr stark von der gesellschaftlichen Umwelt, in welcher sie sich bewegen, ab. MigrantInnenorganisationen müssen in Korrelation zum jeweiligen Migrationsregime und zum organisationalen Umfeld analysiert werden.

MigrantInnenorganisationen bewegen sich in transnationalen sozialen Räumen über nationale Grenzen hinweg und werden von politischen, sozialen und ökonomischen Dynamiken der Residenz- und der Ursprungsgesellschaft geprägt.

Handlungsstrategien von MigrantInnenorganisationen können darüber hinaus durch organisationssoziologische Ansätze besser veranschaulicht werden.

Im Folgenden werden MigrantInnenorganisationen aus einer organisationssoziologischen Perspektive heraus eruiert.

## **5.2 MigrantInnenorganisationen aus organisationssoziologischer Perspektive**

Organisationen weisen drei unterschiedliche Charakteristika auf, die sich von anderen Gemeinschaftsgruppen unterscheiden: Sie verfügen zum Ersten über mehr oder weniger explizite Mitgliedschaftsregeln, zum Zweiten weisen sie mehr oder minder systematisierte Strukturen auf und formulieren Ziele, die sich verändern können (vgl. Pries 2010b: 73).

Organisationen können zwei zu unterscheidende Formen annehmen: Auf der einen Seite existieren korporative Akteure, wie Unternehmen. Diese zeigen eine geringe Interessenhomogenität auf – so verfolgt die Spitze eines Konzerns kaum dieselben Interessen wie die ArbeiterInnen. Im Gegensatz dazu sind kollektive Akteure durch ihre hohe Interessenübereinstimmung gekennzeichnet. Zudem sind kollektive Körperschaften stark von der Ressourcenmobilisierung ihrer Mitglieder abhängig (vgl. ebd.). Kollektive Akteursgruppen, wie MigrantInnenorganisationen mit bestimmten definierten Zielen, richten sich in ihrem Aufgabenbereich einerseits nach innen, indem sie beispielsweise den Mitgliedern das Gefühl der Gemeinschaft bieten, andererseits stellen sie sich nach außen als kollektive Interessensvertretung gegenüber dem Staat bzw. der Öffentlichkeit dar (vgl. Gaitanides 2003:3).

Für die vorliegende Forschungsarbeit wird der Ansatz zu Mitglieder- und Einflusslogik heran gezogen, um die Struktur von MigrantInnenvereinen näher zu erläutern. Hierfür stütze ich mich speziell auf die Werke von Ludger Pries (2010), der das Verhältnis von Transnationalismus bzw. Transnationalität und MigrantInnenorganisationen auch aus einem organisationssoziologischen Blickwinkel heraus analysiert.

### ***5.2.1 MigrantInnenvereine zwischen Mitglieder- und Einflusslogik***

Die Forschung über Interessenverbände definiert die im vorhergehenden Abschnitt diskutierten Charakterzüge als Gegenüberstellung. Interessensorganisationen kollektiven Handelns, wie beispielsweise Gewerkschaften, stehen demnach im

Spannungsverhältnis zwischen Binnenorientierung – also die Rücksichtnahme auf die Interessen der Mitglieder – und Außenorientierung, welche sich auf die Interessen des Umfelds bezieht. Dementsprechend sind Interessenverbände nicht nur für die Befriedung der Mitgliederinteressen da, sondern sie müssen selektiv Interessen nach außen vertreten. Verbände bringen Positionen und Anliegen der eigenen Mitglieder gegenüber anderen Organisationen bzw. im politischen System zum Ausdruck und versuchen diese zur Geltung zu bringen. Das Verhalten von Interessensverbänden ist durch die Legitimation nach innen gegenüber den eigenen Mitgliedern – Mitgliederlogik – und nach außen durch die Legitimation und Einflussnahme gegenüber den InteraktionspartnerInnen bzw. des Umfelds – Einflusslogik - strukturiert. Diese strukturelle Ebene ist nicht äquivalent zu der für MigrantInnenorganisationen viel diskutierten Frage der Identitätsbewahrung gegenüber Integrationsfunktion. Ersteres bezieht sich stärker auf die strukturelle Ebene per se, während letzteres auf Spannungen zwischen Mitgliedern und ihren Organisationen einerseits und der Integration in das nationale System andererseits hinweist (vgl. Pries 2010a: 28).

Der Einfluss der Umwelt auf MigrantInnenorganisationen spielt eine große Rolle in der Wirksamkeit und Wahrnehmung dieser Vereinigungen im öffentlichen Raum.

Wenn MigrantInnenvereinigungen marginal in Interessenvertretungsstrukturen und in das politische System integriert sind, so fallen größtenteils in die Gruppe der „schwachen Interessen“ (Vermeulen/Berger 2008:180). In einer bürgerlichen Massendemokratie sind die Vertretungschancen von Organisationen primär abhängig von der Vertretungswirksamkeit und nicht etwa von der Bedürftigkeit. Neben der Frage nach materiellen und personellen Ressourcen (Mitglieder) spielen weitere Faktoren wie der Organisationsgrad und das soziale Kapital eine gewichtige Rolle. (vgl. Pries 2010a: 29)

Gerade die Frage des sozialen Kapitals hat sich zu einem zentralen Element im Rahmen der Migrationsforschung entwickelt. Soziale Netzwerkbeziehungen sind oft entscheidend für die Migrationsentscheidung und -prozess selbst. Zielland wird meist danach ausgewählt, wo sich ein soziales Netz befindet. Sozialkapital ist ein zentraler Faktor in der Analyse von Eingliederungsdynamiken von MigrantInnen im Herkunfts- und Zielland. Durch soziale Netzwerke, welche oft auf wechselwirkende Vertrauensbeziehungen basieren, werden Unsicherheiten und Risiken reduziert und soziales Kapital als Ressource mobilisiert.

*„Nicht nur Entscheidungen über Migration und der Vorgang der Wanderung selbst, auch die Inkorporation in die Ankunftsgesellschaft [...] vollziehen sich im Rahmen von sozialen Netzwerken“ (ebd.)*

In der Netzwerkforschung differenziert man zwischen personalen und organisationalen Netzwerken. Diese Unterscheidung kann für die in diesem Abschnitt diskutierte Frage des Spannungsverhältnisses zwischen Mitglieder- und Einflusslogik bei MigrantInnenorganisationen geltend gemacht werden. Während in personalen Netzwerken Individuen die „Knoten“ (Pries 200a: .30) darstellen, nehmen in organisationalen Netzwerken Vereinigungen diese Rolle ein. Sie bilden ein Netzwerk, auf das MigrantInnen oft zurückgreifen können, wenn es um Hilfestellungen, wie beispielsweise bei der Arbeitssuche, geht.

Wenn man die strukturellen Gegebenheiten und Netzwerkbeziehungen der MigrantInnenorganisationen näher betrachtet, so haben Vermeulen/Berger (2008) in einer Studie zu Aktivitäten türkischer MigrantInnenvereine in Amsterdam und Berlin folgende Beobachtungen festgehalten: Durch ihren netzwerktheoretischen Fokus auf den Ansatz des Political Opportunity Structures, das im vorhergehenden Kapitel skizziert wurde, kommen sie zu dem Schluss, dass die je nach Grad der ermöglichten politischen Gelegenheitsstrukturen der beiden Städte die personale Netzwerkbildung zwischen den Mitgliedern der türkischen Vereine beeinflusst wird. Dazu betont Pries (2010a: 31f), dass je stärker die Organisierung von MigrantInnenvereine seitens des politischen Systems gefördert wird, desto höher die Dichte der MigrantInnenorganisationen, die von der Einflusslogik dominiert werden. Exkludierende Organisationsumwelten begünstigen das Entstehen von MigrantInnenvereinigungen, deren Mitgliederlogik stärker ausgeprägt ist.

Dabei stellt sich die Frage, warum MigrantInnenvereine bzw. Netzwerke sich zusammenschließen. Welche Motive haben sie? Dazu existieren unterschiedliche Ansätze, welche dieser Frage nachgehen.

MigrantInnenorganisationen werden von ihren Mitgliedern als Orte der Vergemeinschaftung und der Geselligkeit betrachtet (vgl. Goeke 2010: 126). Der

Beitritt folgt nicht aufgrund einer Logik von Kosten-Nutzen-Verhältnis, sondern wegen gefühlter Leidenschaften oder tradiertem Werteorientierungen.

*„In Migrantenorganisationen [sic!] treffen sich ‚Landsleute‘, finden Migranten [sic!] Anerkennung und teilen Gemeinsamkeiten hinsichtlich Sprache, Kultur und Interessen, können die Mitglieder kulturellen Bräuchen ohne Erklärungs- und Legitimationszwänge nachgehen, werden soziale Netzwerkbeziehungen und kollektive Selbstvergewisserungen reproduziert. Gleichzeitig wirken Migrantenorganisationen [sic!] und ihre Mitglieder als kollektive Akteursgruppen auch auf ihre Umwelt im Ankunfts- und eventuell auch im Herkunftsland“ (Pries 2010a:27).*

Sezgin führt in ihrer Studie zu türkischen MigrantInnenorganisationen in Deutschland an, dass MigrantInnenvereine „das Ausleben von Kultur, Religion und Traditionen der Herkunftsgesellschaft [...] boten und die Möglichkeit zu sozialen Kontakten mit anderen türkischen Migranten in Deutschland, wo sie weitgehend isoliert von der Mehrheitsgesellschaft lebten.“ (Sezgin 2010: 213)

Menschen handeln oft aus einer Tradition oder Gewohnheit heraus. Ihr Handeln orientiert sich meist an ihnen vorgegebene gesellschaftliche Rollen, Normen und Regeln. Der Beitritt zu einer MigrantInnenvereinigung erfolgt demnach eher aus nicht-rational kalkulierten Bedürfnissen (vgl. Pries 2010a: 35)

Solche Organisationen sind in ihrer Selbstwahrnehmung nach außen wirkende politische Verbände, strikt religiösen Themen gewidmete Gemeinschaften, Sportvereine usw. In den Sozialwissenschaften werden diese Organisationen bzw. Vereine in einem anderen Licht wahr genommen: Die Vereinstätigkeiten werden als kanalisierte Bedürfnisse der Mitglieder nach Vergemeinschaftung angesehen (vgl. Stahl 2010 zu Sportvereinen; Sezgin 2010 zu türkischen MigrantInnenorganisationen).

MigrantInnenorganisationen haben Funktionen, die nicht strikt intern oder extern gerichtet sind bzw. nicht in diese zwei Schemata kategorisiert werden können. Ihre Funktionen gehen oft weit über die Mitglieder- und Einflusslogik hinaus. Meist üben MigrantInnen-vereinigungen ihre Funktionen und Aufgaben synchron aus, oft auch grenzüberschreitend.

Gerade die transnationale Bedeutung von MigrantInnenvereinigungen ist wissenschaftlich noch wenig erforscht. Transnationale Aktivitäten decken jedoch einen nicht unerheblichen Aufgabenbereich vieler MigrantInnenorganisationen ab.

### **5.3 Die transnationale Rolle von MigrantInnenorganisationen**

Das Konzept des Transnationalismus hat der dichotomen Sichtweise auf MigrantInnenorganisationen als Zeichen der Integration oder Segregation eine dritte gegenüber gestellt.

In die Entwicklungsdynamik einer MigrantInnenvereinigung sind Herkunfts- und Ankunftsland einbezogen. Das Gros bisheriger Studien konzentriert sich in erster Linie auf das organisationale Umfeld im Empfängerstaat. Die politisch-institutionellen Strukturen, Migrationsregime und StaatsbürgerInnenschaftsmodelle der Ankunftsgesellschaften werden als Indikatoren herangezogen, wenn es um den Einfluss auf die politische Teilhabe und Aktivitäten der MigrantInnenorganisationen geht. Diese Vereine unterstehen jedoch auch grenzüberschreitenden Einflüssen, sie werden ebenso von Entwicklungen des Herkunftskontextes geprägt.

Der politische Aspekt, der im Zentrum meiner Forschung steht und im dritten Kapitel bereits diskutiert wurde, bezieht sich auf die wachsende Bedeutung von politischen Praktiken und Aktivitäten, welche sich zwischen Ursprungs- und Empfängerland entwickeln und transnational politisch verflechten (siehe Kap.3).

In der US-amerikanischen Forschung gibt es einige Studien zu so genannten „hometown associations“ (caglar 2006: 5). Als solche werden Organisationen bezeichnet, welche zwar in der Ankunftsgesellschaft aktiv sind, deren Ziel aber die Förderung der sozialen und ökonomischen Entwicklung von Herkunftsregionen ist. Diese hometown associations sind in hohem Maße politisiert. In Deutschland hat sich eine neue Generation von hometown associations entwickelt. Sie heißen oft Kulturvereine, ihre Aktivitäten gehen jedoch meist über kulturelle und soziale Praktiken hinaus. Ziel ist politische und ökonomischer Akteur in beiden Gesellschaften zu sein.

Die von Portes et al (2007) vorgeschlagene Kategorisierung von MigrantInnenvereinen in civic, hometown committees, social agency, religious und political Organisationen trifft die reale Vielfalt der MigrantInnenvereine.

Als definitorisches Kriterium stellen Portes et al (1999:?) die Frage nach der Richtung der Forderungen von MigrantInnenvereinen, je nachdem, ob sie politisch, ökonomisch oder sozial geprägt sind. Die grenzüberschreitende geographische Verteilung von Ressourcen der Organisationen wird ebenfalls als eine Prämisse zur Identifikation heran gezogen.

In diesem Zusammenhang dienen Ansätze zu transnationale soziale Räume als geeignete Untersuchungseinheiten.

Faist (2004b) und Pries (2008a) erklären Sozialräume als dichte, institutionalisierte Verflechtungen von sozialen Praktiken. Vermeulen geht von drei Entwicklungsphasen im Ankunftsland aus: 1) Orientierungsetappe 2)Anpassungsphase und 3) rückläufige Beziehung zum Herkunftsland (2006: 30ff). Morales/Jorba vertreten die Ansicht, dass Ausmaße und Form transnationaler Organisationen vom ethnisch-kulturellen Charakter der Vereine einerseits und von den Opportunitätsstrukturen in der Ankunfts-gesellschaft andererseits abhängen (vgl. 2010: 277).

Die wissenschaftliche Forschung und die Erkenntnisse auf diesem Feld sind bis dato nur rudimentär vorhanden. Wie im letzten Absatz ersichtlich, sind die Resultate der jeweiligen Ansätze ft widersprüchlich. Vor allem in Europa steht die Forschung noch am Beginn. MigrantInnenorganisationen stehen in wechselseitiger Beziehung zu ihrem organisationalem Umfeld, zu Migrationssystemen und Gelegenheitsstrukturen in den Ankunfts-ländern und sozio-politischen Entwicklungen in Ursprungsländern. Diese Verhältnisse gilt es näher zu durchleuchten, um ein besseres Verständnis für die unterschiedlichen Praktiken der MigrantInnenvereine und ihre spezifischen transnationalen Rollen zu gewinnen.

MigrantInnenorganisationen werden erst in jüngster Zeit als dauerhafte Bestandteile pluralistischer Gesellschaften angenommen. Sie folgen nicht dem Schema der 80er und 90er Jahre. Sie bauen Brücken zwischen Herkunfts- und Ankunfts-gesellschaft und lassen sich im transnationalen Raum verorten. Auch wenn die Wissenschaft und Politik

lange die Transnationalität von MigrantInnenvereinen vernachlässigt haben, so bestehen diese Selbstorganisationen bereits seit vielen Jahren. Dass viele von ihnen sich grenzüberschreitendem Engagement widmen, erläutere ich in Folge am Beispiel kurdischer Organisationen in Europa und in Österreich.

## 5.4 Kurdische Selbstorganisation in Europa

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts leben vereinzelt Kurden<sup>13</sup> in Europa, u.a. auch in Österreich (vgl. Ammann 2004: 210). Es handelte sich in diesen Fällen um Söhne der oberen wohlhabenderen Schichten der kurdischen Gesellschaft.

1948 gründeten fünf kurdische Studenten in der Schweiz die „Vereinigung kurdischer Studenten in Europa“ (Amann 2004:210), welche jedoch im Jahr darauf wegen interner Konflikte wieder aufgelöst wurde.

Mitte der 1960er Jahre entstand der erste türkisch-kurdische Verein Hevra<sup>14</sup>, parallel zum wachsenden kurdischen Bewusstsein der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland und Österreich (vgl. Vanly 1988:61). In Deutschland und der Schweiz aktiv, bildete der Verein die erste politisch aktive und transnational ausgerichtete Organisation der KurdInnen aus der Türkei (vgl. Ammann 2001:156) Strukturell wies Hevra Parallelen zur größten europaweit agierenden Studierendenorganisation KSSE, welche für diesen Abschnitt einen relevanten Bezugsrahmen darstellt unten ausführlicher behandelt wird, auf.

1956 bildete sich in Wiesbaden in Anlehnung an die Schweizer Organisation die „Kurdish Student's Society in Europe“ (KSSE), welche bis heute – zumindest formal – existiert (Akkılıç/Yalçinkaya 2011: 243).

Nach dem Sturz der Monarchie im Irak 1958 gewann die Organisation zahlreiche Mitglieder irakisch-kurdischer Abstammung. Die KSSE hatte zu ihren Spitzenzeiten 16 Töchterorganisationen, verstreut in zahlreichen europäischen Städten. Bis kurz vor ihrer Spaltung konnte die StudentInnenorganisation ca. 3000 Mitglieder verzeichnen. Die Mehrheit der kurdischen Studierenden stammte aus dem Irak (vgl. Ammann 2004:212).

---

<sup>13</sup> In diesem Fall konnte ich in der fachkundigen Literatur nichts über die Existenz von kurdischen Frauen im Ausland finden.

<sup>14</sup> Hevra bedeutet im Kurmanci-Dialekt, der im kurdischen Gebiet in der Türkei gesprochen wird, „zusammen, gemeinsam“. Zur geographischen Aufteilung der kurdischen Dialekte, siehe Van Bruinessen (2003), Ammann (2001) und Schmidinger (2011)

Die KSSE prägte in besonderem Ausmaß die kurdische Bewegung im europäischen Exil. Die meisten KurdInnen, die in den 1980er Jahren nach Deutschland und Österreich kamen, hatten bestehende soziale Netzwerke in Form von Familie und/oder Bekannte. Durch die politische Nähe war die KSSE für sie ein beliebter Treffpunkt geworden. Die StudentInnenorganisation wies eine starke Herkunftslandorientierung auf, welche sich zunächst auf den Irak, später auf weitere Teile der kurdischen Region konzentrierte. Kennzeichnend für die Organisation war – wie für später gebildete Vereine – die Projektion der Ereignisse in der Herkunftsregion auf ihre eigenen strukturellen und ideologischen Dynamiken.

Einige Mitglieder nahmen hohe Funktionen in der Widerstandsbewegung in den Herkunftsländern ein, andere gründeten weitere Organisationen in Europa<sup>15</sup>.

Neben den bereits erläuterten Studierendenvereinigungen entstanden in den 60er und 70er Jahren nach und nach weitere Organisationen, welche primär für die „GastarbeiterInnen“ eine Plattform für Austausch und Vernetzung boten (vgl. ebd.). Diese setzen den Fokus insbesondere auf KurdInnen aus der Türkei.

1975 gründeten irakische KurdInnen (und nicht-KurdInnen) vor dem Hintergrund der für die kurdische Nationalbewegung verheerenden Entwicklungen im Irak eine Vielzahl an Solidaritätsvereinigungen. (vgl. Ammann 2004: 236f ).

Während türkische KurdInnen im selben Zeitraum ihre Einrichtungen massiv ausbauen konnten – sie verfügen über eine ganze Reihe formeller und informeller Netzwerke – können Tendenzen in diese Richtung innerhalb der irakisch-kurdischen Communities erst in den 1990er Jahren stärker vernommen werden (vgl. ebd.)

Die meisten Organisationen befinden sich in Deutschland und Frankreich, in Schweden gibt es ebenfalls eine beträchtliche Zahl, relativ zu der dort ansässigen kurdischen ImmigrantInnen betrachtet. Dies ist vordergründig auf die liberale Migrations- und Integrationspolitik Schwedens zurück zu führen (vgl. ebd.).

In Großbritannien konzentrieren sich die kurdischen Vereine, welche explizit eine politische Agenda verfolgen. Weitere kurdische Vereine finden sich u.a. in Dänemark und selbst in Finnland, das vergleichsweise eine sehr dünne kurdische Besiedelung gibt (vgl. Ammann 2001: 136f)

---

<sup>15</sup> Für eine detailreiche Aufstellung gesamt-kurdischer Organisationen siehe Ammann (2001, 2004), über studentische Organisationen Bartl (2011)

Alle wichtigen politischen Parteien verfügen über Vertretungen in den europäischen (Haupt)Städten. Die gewichtigsten AkteurInnen sind die türkisch-kurdische PKK und die irakisch-kurdischen Patriotic Union of Kurdistan (PUK) und die Kurdistan Democratic Party (KDP). Diese spielen bis heute eine bedeutende Rolle, wenn es um Identitätsbildungen entlang ethnischer Grenzen geht. Aus Eigeninteresse des Machterhalts (re)produzieren die Parteien und ihre Vertretungen in Europa das Bild einer homogenen Gruppe, welche ihre Identität auf der vermeintlich gemeinsamen Sprache und Ethnie aufbaut.

Wie bereits angedeutet, reagiert die kurdische Bevölkerung in besonderem Maße empfindlich auf Entwicklungen in der Herkunftsregion. Ein Beispiel: 1988 wurden drei Mal so viele Organisationen in Europa gegründet als in den vorangegangenen Jahren. Dieses Phänomen war eine Reaktion auf die verheerenden Giftgas-Angriffe auf die kurdische Stadt Halabja im selben Jahr. Ebenso 1975, nach der Zerschlagung der irakisch-kurdischen Nationalbewegung und 1984 nach dem Verschwinden von 8000 Mitgliedern des Barzani-Stamms. Analog zu den Ereignissen im Jahr 1991, als die kurdische Bevölkerung im Irak erstmals ihre Hoffnung auf Autonomie erstmals in greifbarer Nähe sah, jedoch von der Bush-Administration allein gelassen wurde, kam es in den europäischen Städten zu Neugründungs-, Spaltungs- und Fusionstendenzen innerhalb der kurdischen Organisationslandschaft.

Heute existiert ein dichtes Netz an formellen und informellen Organisationen und Einrichtungen, welche sich indirekt politisch artikuliert. Diese definieren sich selbst (formal) als Kultur- und Jugendzentren, akademische Zirkeln, usw. (vgl. Ammann 2001:158). Sie sind keine Partei-politischen Vertretungen, beziehen jedoch durch ihre Handlungsstrategien in der Öffentlichkeit politische Stellung (vgl. ebd.)

Über die formulierten Ziele der kurdischen Organisationen in Europa gibt Ammann einen Überblick (vgl. Ammann 2001:163). Die Agenda umfasst bei unterschiedlicher Gewichtung folgende Punkte:

- Öffentlichkeitsarbeit, Informations- und Bildungsarbeit, damit einhergehend den Appell auf Anerkennung als eigenständige Ethnie mit entsprechenden Rechten in den Ankunftsändern
- Mobilisierung unpolitischer bzw. assimilierter KurdInnen
- Sozialarbeit, soziale und rechtliche Beratung und Unterstützung für neu Zugewanderte
- Erhaltung, Förderung oder Wiederbelebung der kurdischen Kultur, im Besonderen der kurdischen Sprache
- Auseinandersetzung mit bzw. Unterstützung von Formen der Integration in die Ankunfts-gesellschaft
- Unterstützung des Widerstandskampfes in der Ursprungsregion

Seit Beginn der kurdischen Organisationsgeschichte in Europa ist die transnationale Orientierung klar ersichtlich. Kurdische Vereine konzentrieren sich in ihrer Arbeit auf „confrontational“ Strategien wie Protestkundgebungen, und auf die Kooperation mit staatlichen Institutionen im Ankunftsland (siehe Kap. 3). Überdies organisieren kurdische Vereine Veranstaltungen und engagieren sich im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, um auf Missstände im Herkunftskontext oder auf die (soziale) Situation im Residenzland hinzuweisen. Gleichzeitig sind sie in der Flüchtlingsbetreuung aktiv, bieten Unterstützung bei der Wohnungssuche, sie Diskussionsveranstaltungen zu unterschiedlichen, die KurdInnen im Ankunfts- oder Herkunftskontext betreffenden Themen und organisieren muttersprachliche Kurse für die zweite Generation.

Die Zielsetzung gibt Aufschluss über die duale Orientierung der Vereine nach innen und nach außen.

Der transnationale Moment ergibt sich nicht nur auf der persönlichen Ebene, „sondern auch in organisierter Weise [besteht, Anm.] eine starke Interaktion“ (Ammann 2001:163)

Insgesamt ist das Wissen und der Informationsaustausch über die Region besonders ausgeprägt: *„Selbstorganisationen mit transnationalen Netzwerken und organisierte Verbindungen in die Heimatregion zeichnen die europäischen Kurden (sic) als transnationale strukturierte Diaspora aus.“* (ebd.)

Wie man an den genannten Beispielen erkennen kann, sind kurdischen Organisationen in ihrer Arbeitsweise, Zielsetzung und Struktur seit jeher transnational ausgerichtet. Durch kommunikationstechnologische Errungenschaften wie das Internet wurde und wird das Aufrechterhalten und Pflegen transnationaler Beziehungen erheblich vereinfacht. Die Nutzung neuer Kommunikationskanäle ist unter den KurdInnen (sowohl im Herkunfts- als auch im Residenzland) ebenfalls weit verbreitet (vgl. Ammann 2004:240f). Mails, Social Media, aber auch vereinfachtes Reisen, Fernsehprogramme usw. binden KurdInnen in Europa und in den Herkunftsländern in hohem Maße aneinander (vgl. Wahlbeck 1998:19)

#### **5.4.1 Kurdische Vereine in Österreich**

Auch in Österreich sind zahlreiche parteipolitische, religiöse und soziale RepräsentantInnen aktiv. Historisch betrachtet gab es immer wieder Abspaltungen, Neugründungen und Zusammensetzungen diverser Organisationen (vgl. Schmidinger 2010:14). Diese resultierten aus den spezifischen politischen Entwicklungen im Herkunftsland. Als sich in den 70er Jahren ein Teil der irakisch-kurdischen KDP abspaltete und die PUK gründete, folgte in den europäischen Vertretungen derselbe Schritt. Dieses Muster ist unter den im Ausland lebenden KurdInnen weit verbreitet. Gleiches gilt für die Gründung der Goran-Partei 2009 (vgl. ebd.)

In Österreich kristallisieren sich die Organisationen von MigrantInnen in Vereinen als besonders nützliche und relevante Organisationsform heraus, weil diese Form der Interessensartikulation in dirigistischen-korporatistischen Systemen Interessens- und Parteipolitik besonders begünstigt wird:

*„Im Unterschied zu liberalen Systemen unterstützt der dirigistische Staat jedoch Migrantorganisationen [sic] durch finanzielle Hilfen; es gibt jedoch keine systematische Repräsentation von Migrantengruppen [sic], noch eine Absprache mit diesen, was eine einheitliche Organisationsstruktur fördern würde.“* (Sardinha 2010: 237).

Im Gegensatz dazu nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen und Protestformen wie Demonstrationen und Streiks einen geringen Stellenwert ein.

Das österreichische Vereinsrecht, das seit 1951 besteht und 2002 reformiert wurde, sieht keine Ungleichbehandlung in Bezug auf die Staatsangehörigkeit vor. Ausländische StaatsbürgerInnen finden dieselben Rechte von Pflichten vor wie österreichische StaatsbürgerInnen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004: 104f).

Viele Jahre lang war die Organisation in Vereinen eine der wenigen Möglichkeiten sich politischen zu formen und die eigenen Anliegen zu formulieren. Die Errichtung eines Vereins trug dazu bei, dass MigrantInnen im öffentlichen Diskurs wahr genommen wurden und werden – wenn auch nicht besonders effizient.

Waldrauch und Sohler halten fest, dass die Selbstorganisation von MigrantInnen internen und/oder externen Faktoren unterliegt:

*„Einerseits bringt die Registrierung als Verein ein gewisses Maß an interner Stabilität und Sicherheit, da Kompetenzen, Verfahren und Entscheidungsabläufe festgelegt werden müssen. Andererseits wird das Motiv hinter der Gründung eines Vereins vielfach die Erlangung der Rechtspersönlichkeit [...] sein.“* (Waldrauch/Sohler 2004:105)

Das Zurückgreifen auf finanzielle Ressourcen in Form von Förderungen unterschiedlicher Institutionen wie auch steuerliche Begünstigungen unterstützt die Entscheidung einer Vereinsgründung.

Die österreichische Gesetzeslage definiert einen Verein folgendermaßen:

*„Ein Verein im Sinn dieses Bundesgesetzes ist ein freiwilliger, auf Dauer angelegter, auf Grund von Statuten organisierter Zusammenschluss mindestens zweier Personen zur Verfolgung eines bestimmten, gemeinsamen, ideellen Zwecks. Der Verein genießt Rechtspersönlichkeit“* (vgl. Vereinsgesetz 2002 §1 Abs. 1)

Das österreichische Vereinsgesetz sieht für die formale Gründung eines Vereins bestimmte Kriterien in Bezug auf die Zusammensetzung und Bestellung des Vorstandes und die Definition der Statuten vor. Diese müssen erfüllt sein, um als Rechtspersönlichkeit anerkannt zu werden. Weiteres darf ein Verein nicht auf Gewinn

orientiert sein. Die finanziellen Mittel müssen ausschließlich im Sinn des Vereinszwecks dienen (vgl. Vereinsgesetz 2002 §1 Abs. 2)

In den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde eine Vielzahl an kurdischen Vereinen in Österreich gegründet, deren Schwerpunkte auf kulturelle, rechtliche und soziale Themen lagen (vgl. Schmidinger 2010: 2). Durch den Fokus auf die Weiterentwicklung und Erhaltung der kurdischen Sprache und Kultur im Ankunftsland leg(t)en die Vereine ihr Augenmerk vordergründig auf kulturelle Entfaltung und auf Förderung identitätsstiftender Maßnahmen. Aufgrund der in den Herkunftsländern praktizierten Assimilierungspolitik und Verfolgung und Unterdrückung der kurdischen Minderheiten kam es nur vereinzelt und befristet zur Erlangung kultureller Rechte in den Herkunftsregionen (siehe Kap. 2).

In derselben zeitlichen Periode war die öffentliche politische Organisation von KurdInnen in Europa, in Österreich, aufgrund geheimdienstlicher Aktivitäten des irakischen Regimes aus Sicherheitsgründen nicht erstrebenswert (vgl. Waldrauch/Sohler 2004:239) Darüber hinaus bot sich mit der Schutzzone 1991 und der formalen Gründung der KRG erstmals die Gelegenheit auf (relativ) autonome politische Führung großer Teile irakisch-Kurdistans.

Vor diesem Hintergrund entstand in und um diesen Zeitraum in Österreich eine Reihe von Vereinen, die zumindest formal auf kultureller und sozialer Ebene agierten. So gab es Vereine kurdischer AkademikerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen, wie die „Vereinigung kurdischer ExilkünstlerInnen“ (1992) der „Kurdisch-österreichische Akademikerverein [sic] für Wissenschaft und Kultur“ (1999) mit dem Fokus auf die Belebung, Entfaltung und Tradierung kurdischer Traditionen (vgl. Waldrauch/Sohler 2004:267).

Darüber hinaus werden im Rahmen der Freien Radios (Radio Orange) Programme (meist türkisch-) kurdischer MigrantInnen ausgestrahlt.

Die Geschichte Iraks und die historisch gewachsene kurdische Nationalbewegung so wie die persönlichen Migrationswege irakischer KurdInnen, welche zu einem großen Teil Fluchtmigrationen waren, haben die kurdische Bevölkerung in hohem Maße politisiert. So sind Politik und politische Bewusstseinsbildung wichtige Elemente im

Alltag der Menschen. Dies spiegelt sich auch in den Aktivitäten der Vereine wider. Das Kurdische Zentrum bildet hier keine Ausnahme. Dieser Eindruck wurde von meinen InterviewpartnerInnen bestätigt.

*„Durch das Kurdische Zentrum haben wir viele Aktionen machen können, so wie die Demonstrationen oder andere Veranstaltungen, die die Kurden sichtbar gemacht haben. Das war schon wichtig.“* (Interview Gelas Khanakah, 20.2.2012).

## 6 Melbendî Kurdî - Das Kurdische Zentrum

1976 wurden aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen kurdischen GuerillakämpferInnen und dem irakischen Regime 100 irakisch-kurdische Flüchtlinge in Österreich aufgenommen. Im selben Jahr fand die Gründung des Vereins „Österreichische Freunde des kurdischen Volkes“ statt. Seine Schwerpunkte lagen in der Betreuung von Flüchtlingen und Studierenden (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 150f).

In den 1980er Jahren entstand im Rahmen zahlreicher Gespräche mit dem Verein und weiteren kurdischen Organisationen ein Projekt, dessen Ziel die Schaffung ein kurdisches Institut war. Die Einrichtung sollte soziale, bildungspolitische und kulturelle Aufgaben wahrnehmen. Vorbild waren die kurdischen Institute in Paris und Köln. 1986 startete das mit Geldern des Sozialministeriums finanzierte Projekt. Der Prozess mündete im Zusammenschluss von sieben kurdischen Organisationen, in welche die Oppositionsgruppen aller Herkunftsregionen vertreten waren, zum „Kurdischen Zentrum“ (vgl. ebd. 152). Das Zentrum verfügte über ein Büro in den Wiener Werkstätten und Kulturhaus, kurz WUK. Im gleichen Zeitraum wurde das KIB (Verein für Kultur und Information kurdischer Angelegenheiten) errichtet. Dieser befasste sich mit Anliegen von KurdInnen aus der Türkei (vgl. ebd.).

Damit teilte sich die kurdische Organisationslandschaft in eine Nord-kurdische in Form des KIB, und eine Süd-kurdische vertreten durch das Kurdische Zentrum und zusammen gesetzt aus KurdInnen aus dem Irak, dem Iran und Syrien.

Das 1987 gegründete Kurdische Zentrum (kurdisch: Melbendî Kurdî) engagiert sich im Bereich der Integration und interkultureller Arbeit. Seit seinem Bestehen im WUK angesiedelt, bietet der Verein einen sozialen Treffpunkt für KurdInnen. Der Verein bietet Beratung und soziale Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden an, organisiert kulturelle Veranstaltungen wie das Neujahrsfest (Newroz) und engagiert sich im Bereich der Vermittlung und Förderung der kurdischen Sprache und Kultur innerhalb der zweiten Generation (vgl. Waldrauch/Sohler 2004:267)

## 6.1 Motive für transnationales politisches Engagement

Die Besinnung auf eine „kurdische Identität“ und auf Kurdistan als „Nation“ stellt den Bezugsrahmen für die kurdische Diaspora. Die Verfolgungspolitik des irakischen Regimes war ausschlaggebend bei der Herausbildung und Orientierung/ der Aktivitäten des Vereins.

Studien haben ergeben, dass MigrantInnen, die vor politischer Verfolgung ihr Herkunftsland verlassen mussten, eher dazu neigen, in der Ankunftsgesellschaft politischen Engagement nach zu gehen (vgl. Østergaard-Nielsen 2001a: 10)

Die kurdische Nationalbewegung im Irak hatte einen großen Effekt auf die kurdischen MigrantInnen in Österreich der 1970er Jahre. Die 100 kurdischen Flüchtlinge, die in Österreich ankamen, entstammten aus urbanen Verhältnissen waren zu einem hohen Maße politisiert. Die Entstehung des Kurdischen Zentrums beruht auf Ereignisse in der Ursprungsregion, und hatte demnach eine starke politische Komponente. Der Giftgasanschlag auf Halabja und zahlreichen umliegenden Dörfern, ebenso wie die Anfal-Kampagne in den Jahren 1986-1988 stellten zentrale Motive für das Engagement im Kurdischen Zentrum dar.

Eine der wesentlichsten Beweggründe für die Gründung des Kurdischen Zentrums war die Sichtbarmachung der KurdInnen-Frage.

*„Allein, dass die Österreicher und die Öffentlichkeit irgendwas über Kurden wissen, war eine große Leistung vom Kurdischen Zentrum [...]“*, erklärt Gelas Khanakah (20.2.2012).

Wahlbeck resümiert aus seinen Studien zu kurdischen Flüchtlingen und deren Beziehungen zum Herkunftsland, dass „Kurdish refugees’ relation to their societies of origin was not only a matter of memories; it was an ongoing and continuous relation. All interviewees continued to be influenced by contemporary developments in Kurdistan. In particular, the political developments played a large role for the refugees.“ (Wahlbeck 1998:6).

KurdInnen werden von den Entwicklungen in (Irakisch-)Kurdistan beeinflusst. Sie reagieren vor allem auf politische Ereignisse besonders empfindlich (Ammann 2004: 237). Pawi Karaman unterstreichen diese These:

*„[...]ich meine, wenn ein Volk durch ein Regime angegriffen wird, wird auch gleichzeitig unsere Kultur und unsere Leute angegriffen. Deshalb trifft es auch uns.“*  
(Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Das Zugehörigkeitsgefühl in der Diaspora lebender KurdInnen bildet einen wichtigen Baustein für transnationale Aktivitäten, wenngleich eine „kurdische Identität“ diffus und unterschiedlich interpretiert wird. Für die KurdInnen in den Ankunftsländern haben kurdische Vereine große Relevanz, denn sie fungieren zum Teil als Ersatz für fehlende staatliche Strukturen, wie beispielsweise Einrichtungen auf bildungspolitischer oder kommunalpolitischer Ebene (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 150).

Dr. Gelas Khanakah, Biologin und Obfrau des kurdischen Zentrums Anfang der 1990er Jahre, schildert ihre Motivation, sich in dem Verein zu engagieren:

*„Meine Motivation war vor allem, dass in Österreich die Kurden als Volk bekannter werden. Dass die Österreicher nicht nur durch Karl May Kurdistan kennen.[...]Ich habe mich immer als Kurdin gefühlt und habe geholfen, wo ich konnte. Und damals, als das Kurdische Zentrum gegründet wurde, habe ich als Mitglied viel geholfen.“*  
(Interview Gelas Khanakah, 20.02.2012)

Der neue Obmann schildert seine Motivation:

*„Ich persönlich sehe es als sehr wichtig, dass es so einen Verein gibt. Mit der Zeit gehen bestimmte Dinge und Erinnerungen verloren. [...]Deshalb ist so ein Verein wichtig, damit auch eine Kultur, eine Geschichte nicht verloren geht.  
Für mich ist es besonders wichtig. Ich wurde aus der Heimat vertrieben. Gezwungenermaßen bin ich nach Europa gekommen. Dieses Gefühl, ich kann nicht in die Heimat zurück -ich konnte 10 Jahre nicht in die Heimat zurück. Dieses Gefühl hat etwas in mir ausgelöst.“* (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

## **6.2 Handlungsstrategien des Kurdischen Zentrums**

Beeinflusst durch Entwicklungen in der Herkunftsregion und die Interessen seiner Mitglieder in Wien, reicht der Aktionsradius des Kurdischen Zentrums über rein kulturelle Belange hinaus. Østergaard-Nielsen hat im Zuge ihrer Feldforschungen zu

türkisch-kurdischen und türkischen Vereinen in Europa beobachtet, dass, [...] the (re)formulation of political agendas into issues of culture and religion is everyday practice within [...] Kurdish immigrant organizations abroad.” (2001a: 3) Das Kurdische Zentrum betitelt sich explizit zwar als nicht-politisch, aber implizit beweist es durch seine Handlungsstrategien sehr wohl politisches Engagement.

Das Kurdische Zentrum agiert gleichzeitig auf vielen Ebenen. Die im letzten Kapitel skizzierte Multidimensionalität und –funktionalität von MigrantInnen-Selbstorganisationen spiegelt sich auch in den Tätigkeitsfeldern des Kurdischen Zentrums wider. Charakteristisch ist, dass sie auf unterschiedlichen Ebenen gleichzeitig agieren. Ihr Aktionsradius reicht von Betreuung von Flüchtlingen bis hin zur Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, welche über prekäre politische Entwicklungen in der Herkunftsregion hinweist. Multidimensionale Handlungsstrategien führt sowohl die ehemalige Vorsitzende Gelas Khanakah als auch der gegenwärtige Obmann an:

*„Die Arbeit des Kurdischen Zentrums war Sozial- und Kulturarbeit. Wir haben immer Feste organisiert, Newroz-Feste und auch Gedenkveranstaltungen. Aber auch bei der Wohnungssuche oder beim Finden von einem Studienplatz haben wir geholfen. Wir haben aber auch geschaut, dass die Kurden einen Platz haben, wo sie einander kennen lernen. Sie haben uns kontaktiert, wenn die Probleme oder Beschwerden hatten.“* (Interview Gelas Khanakah, 20.2.2012)

*„Als Kulturverein ist es unsere Aufgabe die ganzen kulturellen Veranstaltungen zu organisieren, wie die Newroz-Feier. Einfach auch die neue, zweite Generation näher aneinander bringen, die Integration der Kurden zu fördern, die jetzt nach Österreich kommen, die unterstützen, ihnen zu sagen, wie es läuft und wie es nicht läuft, wie man sich verhalten sollte. Einfach eine Richtlinie geben als Basis. Dass die Leute einfach zu uns kommen können, wenn sie was brauchen oder wollen.“* (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Die politischen transnationalen Tätigkeiten waren in den ersten zwei Dekaden nach der Gründung des Zentrums dominant, auch, wenn der Verein aus dem eigenen Blickwinkel kein politischer war, so weisen die Aufgabenbereiche auf die starke Politisierung des Kurdischen Zentrums. Der Verein bedient sich – wie die Mehrheit kurdischer

Organisationen in der Diaspora – indirekter Mittel in Form von Kooperationen mit staatlichen Institutionen.

Zu Beginn der 1990er Jahre lagen die Arbeitsbereiche in der sozialen und rechtlichen Unterstützung und Betreuung von kurdischen Asylsuchenden und Flüchtlingen. Darüber hinaus nahm die Öffentlichkeitsarbeit einen hohen Stellenwert ein: So brachte der Verein die Zeitschrift „Kurdistan Forum“ heraus und gestaltete das Neujahrsfest (Newroz) (vgl. Kurdistan Forum 1988-1993).

Im Rahmen der UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 spielte das Kurdische Zentrum ebenfalls eine bedeutende Rolle.

*„Wir haben immer wieder Aktionen gemacht, um die Kurden in Österreich bekannter zu machen. Wir haben sogar einmal eine Unterschriftenaktion gestartet, damit das Thema „Kurden“ im österreichischen Parlament behandelt wird. Wir sind auf der Straße gestanden und haben um Unterschriften gebeten, auch Androsch hat unterschrieben. Natürlich auch jede Menge Demonstrationen. Einmal hat sogar die irakische Botschaft uns attackiert und auf die Menge geschossen. Einige von uns waren sogar für eine Nacht in Haft. Das war Anfang der 90er Jahre.“* (Interview Gelas Kahankah, 20.2.2012)

Pawi Karaman erklärt, dass „das Politische“ auch heute noch in ihrer Arbeit immer „mitschwingt“ (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Das Kurdische Zentrum ist bis heute aktiv. Es hat sich jedoch seit seiner Gründung mehrmals neu formiert und orientiert.

*„Jetzt, wo viel mehr Kurden [sic] nach Österreich gekommen sind, nach der Fluchtwelle des vorigen Frühjahrs, sind wir gezwungen, uns stärker mit der kurdischen Gemeinschaft und ihrem Leben hier auseinanderzusetzen.“* (Kurdistan Forum 1992, 3:3).

### **6.2.1 Rahmenbedingungen**

Die Strategien und Handlungsmodalitäten der unterschiedlichen Gruppen hängen besonders von den finanziellen und sozialen Ressourcen ab. Die Geldfrage und die Mobilisierungskraft haben einen großen Einfluss auf die Form und Dimension

transnationalen Aktivitäten. Im Kurdistan Forum, der vom Kurdischen Zentrum herausgegebenen Zeitschrift, werden die knappen finanziellen Ressourcen beklagt. Der ursprüngliche Plan, die Zeitschrift vierteljährlich erscheinen zu lassen, scheiterte an den fehlenden finanziellen Mitteln.

Diese Situation hat sich jedoch in den letzten Jahren geändert. Dies liegt nicht unbedingt daran, dass die Summen erhöht wurden, sondern vielmehr daran, dass das Zentrum nicht mehr so viele Aufgaben wahrnimmt wie in den 1990er Jahren. Hinzu kommt, dass aufgrund der veränderten Bedingungen im Herkunftsland (die Existenz einer Regionalregierung) neue Einnahmequellen heran gezogen werden. Versuche, sich selbst durch Mitgliedsbeiträge zu erhalten, scheiterten bis jetzt.

*„Was die Kurdische Regierung betrifft, da kriegen wir nicht monatlich einen gewissen Betrag, aber wenn wir eine Veranstaltung haben, fragen wir schon nach. Genauso wie bei der Stadt Wien.“* (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Die InterviewpartnerInnen haben mich darauf hingewiesen, dass das Kurdische Zentrum besonders darauf bedacht war, keine Gelder von kurdischen Parteien anzunehmen.

Durch die politischen Entwicklungen im Herkunftsland und die Erfahrungen der Ausgewanderten ist das Kurdische Zentrum darauf bedacht, als politisch unabhängig aufzutreten. Dies liegt am schlechten Ruf der kurdischen Parteien durch die anhaltende Korruption und dem Machtmissbrauch. Es sollen keine Abhängigkeitsverhältnisse geschaffen werden.

*„Uns ist es wichtig, dass wir unsere Neutralität beibehalten, dass wir nicht nach einer Partei riechen – wie man so schön auf Kurdisch sagt.“*, meint Pawi Karaman im Interview (5.3.2012).

Die parteipolitische Unabhängigkeit wird von den zwei InterviewpartnerInnen unterschiedlich definiert. Während Gelas Khanakah die Abgrenzung zu den kurdischen Parteien in Bezug auf die eigenen Aktivitäten und deren finanzielle Unterstützung betont, schränkt sich Pawi Karaman lediglich auf das Engagement per se ein. Als Finanzressource wird hierfür auch die KRG angefragt.

Die unterschiedliche Auffassung von Unabhängigkeit muss im zeitlichen Kontext betrachtet werden. Gelas Kanakah war Mitte der 90er Jahre Vorsitzende des Kurdischen Zentrums. Diese Periode war vom aufkeimenden Bürgerkrieg zwischen der KDP und der PUK in Irakisch-Kurdistan geprägt. Bemüht diesen Konflikt nicht in den eigenen

Rahmen zu projizieren, war das Zentrum darauf bedacht, keine Gelder jedweder kurdischer Parteien anzunehmen.

Fast zwei Dekaden später spielt die Rivalität zwischen den Parteien keine nennenswerte Rolle. Zum Einen liegt das an der Existenz des „Außenfeindes“ Irak, der durch den Sturz des Baath-Regimes die Diskussion um die Autonomie neu entfacht hat. Irakisch-Kurdistan sieht erstmals eine realistische Chance auf totale Unabhängigkeit vom irakischen Staat. Die Bestrebungen in diese Richtung werden von den meisten KurdInnen in Europa und in Österreich mitgetragen. In diesem Zusammenhang haben die PUK und die KDP als Koalitionspartner in der KRG an Legitimation gewonnen. Hierbei wird die KRG von den kurdischen Parteien los gelöst und als eine überparteiliche Institution betrachtet.

### **6.2.2 Kooperationen**

Transnationale politische Netzwerke zeichnen sich durch Kooperationsmuster von MigrantInnenorganisationen mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im ankunfts- und Herkunftsland aus (vgl. Østergaard-Nielsen 2001b: 768f). Das Kurdische Zentrum arbeitet vornehmlich mit staatlichen Institutionen in Österreich zusammen. In den 90er Jahren kooperierte das Zentrum mit der Stadt Wien, dem ÖIF und dem Bildungs- und Kulturministerium zusammen. Die Schaffung des Kurdischen Zentrums verhalf den KurdInnen in Österreich zur Sichtbarmachung ihrer Anliegen.

Der Verein fungierte gleichzeitig als Drehscheibe der Information für die eigenen Mitglieder, wie für staatliche Behörden.

*„Wir waren damals wirklich eine Anlaufstelle für die österreichischen Behörden auch. Die Polizei hat uns sogar einmal angerufen, als der Vorfall mit Ghassemlou<sup>16</sup> passiert ist. Sie haben uns gefragt, was da jetzt genau war. Ein anderes Mal war in Berlin was geschehen, da hat die Polizei auch wieder uns kontaktiert.“* (Interview Gelas Khanakah, 20.2.2012).

---

<sup>16</sup> Abdul Rahman Ghassemlou war Vorsitzender der KDP-Iran. Er und zwei seiner Verbündeten wurden 1989 in Wien bei Verhandlungen von der iranischen Regierung ermordet (vgl. Pabst 2011: 144)

Kooperationen mit anderen kurdischen oder sonstigen NGOs existieren gegenwärtig nicht. Pawi Karaman schließt dies für die Zukunft jedoch nicht aus:

*„Wir sagen nicht, dass es nur das Kurdische Zentrum sein muss. Wenn jetzt ein Verein etwas vorschlägt, wo wir sagen, da hört sich gut an und ist mit unseren Statuten vereinbar, sind wir natürlich dabei. Wir kooperieren gerne. Wir schießen das natürlich nicht aus.“ (5.3.2012)*

Eine Kooperation mit anderen (nicht irakisch-)kurdischen Organisationen stellt sich jedoch als hürdenreich heraus, da durch die Eingliederung der kurdischen Region in unterschiedliche Nationalstaaten die „homeland“-Politik der jeweiligen Organisationen mitunter stark variiert. Die Heterogenität der Forderungen in Bezug auf die Politik in der jeweiligen Heimatregion hat bis dato zu grundlegend unterschiedlichen Ansichten im Hinblick auf die Schwerpunktsetzung von Aktivitäten geführt. Zusammenkünfte zwischen dem Kurdischen Zentrum und anderen kurdischen Organisationen gibt es blieben aus diesem Grund bisher erfolglos. Leichter gestalten sich internationale Treffen zwischen AnhängerInnen von kurdischen Subgruppen wie Parteien.

### **6.2.3 Verschiebung in der Orientierung**

Organisationen, welche sich selbst als nicht-staatliche AkteurInnen bezeichnen, sind stärker im lokalen Kontext der Ankunftsgesellschaft verankert und haben ihren Fokus auf Anliegen ihrer Mitglieder gerichtet. Hier spielt die „immigrant politics“ eine gewichtigere Rolle (vgl. ebd.).

War in den 80er und Anfang der 90er Jahre Politik ein zentraler Bestandteil der Vereinsarbeit, folgte in der Periode danach eine Verschiebung hin zu Themenbereichen, die die kurdische Bevölkerung im stärkeren Ankunftsland tangieren.

Politische Veränderungen spielen immer noch eine gewichtige Rolle für die Orientierung und Positionierung in der Ankunftsgesellschaft und die Auseinandersetzung mit eigenen Traditionen (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 159).

Die Wandlungsprozesse – die Fluchtwellen nach dem Giftgasangriff, der Golfkrieg 1991 und der Sturz des Baath-Regimes 2003 – stehen in direkter und indirekter

Wechselwirkung zu den zahlreichen Neuorganisationen und –orientierungen des Kurdischen Zentrums.

Nach der Errichtung der Schutzzone und dem Bürgerkrieg zwischen der KDP und dem PUK waren die Interessens und Zielvorstellungen andere als jene der nachfolgenden Generation.

Die strukturellen Veränderungen in den „communities“ wiesen auf die Intention hin, sich in Österreich nieder zu lassen.

Dieser Perspektivenwechsel manifestierte sich strukturell und formal in der Wahl eines Kurden aus der zweiten Generation zum Vorsitzenden des Vereins. Der Wandel in der sozialen Struktur der kurdischen „communities“ wirkte sich auch auf die Aktivitäten des Kurdischen Zentrums aus.

Ein Auszug aus den Leitideen im Jahr 1993 weist auf die Präsenz politischer Tätigkeiten hin:

*„Das Kurdische Zentrum möchte für alle Kurden [sic] dasein [sic] und sie sowohl bei Ihrer [sic] kulturellen und politischen aktivitäten [sic] als auch bei sozialen und gesellschaftlichen Angelegenheiten unterstützen.“* (Kurdistan Forum 1993: 15)

Die Agenda des Kurdischen Zentrums stieß in den letzten Jahren auf vermehrtes Desinteresse seitens der nachfolgenden Generationen. Die Herausforderung für das Kurdische Zentrum lag darin, Wege zu finden, um die Attraktivität für die jungen Menschen wieder zu erlangen.

Für die Elterngeneration, die selbst aus der Heimatregion fliehen mussten, stellte der Verein einen Ort der politischen Arbeit dar, welcher aber auch einen psychosozialen Effekt hatte: Der Verein war auch ein Ort der Begegnung.

Die politisch motivierten Handlungen der 1990er Jahre weichen einer stärker auf kulturelle Belange fokussierte Vereinsarbeit, mit Schwerpunkt Österreich:

*„Wir machen soziale Sachen und kulturelles. Uns ist die Kultur sehr wichtig. Wir sind ja auch ein Kulturverein [...] Ich halte es heutzutage für sehr wichtig, wenn man sich nicht ausschließlich auf die Heimat konzentriert. Wir leben hier in Österreich und Österreich ist nicht Kurdistan.“* (Interview Pawi Karaman, 5.3.2012)

Ausschlaggebend für den Wandel war das Heranwachsen der zweiten Generation. So mussten sich Eltern aktiv mit der österreichischen Gesellschaft, den Institutionen und der Sprache auseinandersetzen. Das führte zu einer Reflexion hinsichtlich der eigenen Sprache, Kultur und Identität (vgl. Six-Hohenbalken 2002: 155).

*„Damals waren wir wirklich eine Anlaufstelle .Jetzt hat das Kurdische Zentrum nicht mehr diese Aufgaben oder nicht mehr dieselbe Bedeutung. Das kann man auch dem Verein nicht übel nehmen, die Situation hat sich komplett geändert. Die Leute haben andere Sorgen als damals, in den 80ern und 90ern. Sie müssen sich um Dinge kümmern wie Beruf, Steuern zahlen, hier Kinder erziehen.“* (Interview mit Gelas Khanakah, 20.02.2012)

Die veränderten soziostrukturellen Bedingungen – die zweite Generation – gestalten transnationales Engagement mit anderen Mitteln. Neue Medien wie das Internet rücken als Werkzeuge verstärkt in den Vordergrund:

*„Der Verein existiert seit 20 Jahren, und es waren immer die gleichen Leute, immer die, die Interesse dran hatten. Die Jugendlichen wurden nicht mit einbezogen. Das war ein Problem, weil die sind erwachsen geworden und das Interesse bei ihnen nicht geweckt wurde. Das versuchen wir jetzt ein bisschen gerade zu biegen.*

*Also, die Feste und das, was heutzutage sehr wichtig ist: im Internet präsent zu sein. Ein bisschen auf einem anderen Niveau an die Leute ran zu kommen. Das ist unser Ziel fürs Erste. Die Neuen Medien zu benutzen, um an die Menschen ran zu kommen.“* (Pawi Karaman, 5.3.2012)

Seit einigen Wochen hat das Kurdische Zentrum eine neue Website. Diese wurde vom neuen Vorstand in die Wege geleitet. Die Seiten spiegeln das Selbstverständnis der jungen Generation wider. Analog zur Geschichte und Kultur der KurdInnen machen sie auf die eigenen Ziele aufmerksam. Diese beinhalten in erster Linie die Nutzung neuer Medien und die Unterstützung in Österreich lebender KurdInnen. Erwähnenswert ist auch, dass die Homepage explizit auf Deutsch verfasst wird. Hier zeigt sich bereits, dass der neue Vorstand die differenzierte Situation der jungen KurdInnen, die durch das Heranwachsen in Österreich die arabische Schrift nicht lesen können, mit bedenkt.

Die Entwicklungen im Herkunftsland und der strukturelle Wandel innerhalb der kurdischen Diaspora führten zu einem Richtungswechsel in der Vereinsarbeit. Das Hauptaugenmerk liegt nun stärker auf der Kultur- und Sozialarbeit, die dennoch eine gewisse Politisierung aufweisen.

Der Schwerpunkt auf politisch motivierte Aktivitäten in den 80er und beginnenden 90er Jahren wurde durch die Solidaritätswellen in der Ankunftsgesellschaft erleichtert. Diverse öffentliche Einrichtungen stellten finanzielle Unterstützung zur Verfügung. Staatliche Institutionen stellten Gelder für die Vereinsarbeit zur Verfügung, da das Kurdische Zentrum auch mit Aufgaben wie die Flüchtlingsbetreuung betraut wurde.

Heute hat das Kurdische Zentrum mit dem im Vorjahr gewählten neuen Vorstand ein Zeichen Richtung zweiter Generation gesetzt. Die neuen FunktionärInnen setzen auf die Tradierung kultureller Werte, jedoch nutzen sie dafür vermehrt neue Medien wie das Internet.

## 7 Schlussbemerkung

Transnationale Studien erleben im wissenschaftlichen Diskurs eine Konjunktur. Sie bieten eine alternative Sichtweise auf Mechanismen der politischen Inklusion und Exklusion, denn erstmals werden MigrantInnen selbst zum Mittelpunkt theoretischer Debatten.

Die Beschäftigung mit dem „transmigrant“ zeigt auf, dass MigrantInnen vielschichtige Beziehungen über Grenzen hinweg pflegen. Entgegen weit verbreiteter Thesen zur Assimilation von MigrantInnen in Ankunftsgesellschaften lenkt das Transnationalismuskonzept den Blick auf eben diese grenzüberschreitenden Verbindungen. MigrantInnen bewegen sich genuin zwischen Herkunfts- und Ankunftsland und schaffen auf diese Weise transnationale soziale Räume.

Die anfängliche wissenschaftliche Auseinandersetzung postulierte den Verfall des Nationalstaates. Nationen würden künftig keine nennenswerte Rolle spielen in einer globalisierten Welt, in der Menschen transnational agierten.

Diese These ließ sich jedoch nicht bestätigen. Vielmehr kam die Forschung zu der Erkenntnis, dass MigrantInnen zwar Beziehungen zu mehreren Ländern aufrecht erhalten, sie jedoch von den spezifischen politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten im Empfängerstaat betroffen sind. So formen Mechanismen der Inklusion und Exklusion, also das konkrete Migrationsregime in der Residenzgesellschaft Gelegenheitsstrukturen von MigrantInnen mit. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Bildung sowie Möglichkeiten politischer Teilhabe entscheiden über den Grad an gesellschaftlicher Partizipation und die Orientierung von MigrantInnen und ihren Selbstorganisationen mit. Der Begriff des organisationalen Felds, das die wechselwirkende Beziehung zwischen MigrantInnenorganisationen und den sie umgebenden sozialen, politischen und ökonomischen Gegebenheiten bezeichnet, erweist sich als nützlich.

Ebenso beeinflussen diverse Politiken des Herkunftsstaates MigrantInnen. Die Regionalregierung Kurdistan hat dies eindrucksvoll bewiesen, indem sie vor kurzem eine Art Anlaufstelle für die in Österreich lebenden KurdInnen errichtete. Diese soll neben formalen Aufgaben ein Zugehörigkeitsgefühl zur Ursprungsregion und damit

auch zur KRG erwirken. Ala Uzeri, Mitarbeiterin der KRG-Vertretungsstelle in Wien, hat im Zuge des Interviews festgehalten, dass diese Einrichtung den KurdInnen das Gefühl geben wolle, dass sie nicht alleine seien. Identitätsstiftende Maßnahmen gegenüber Diaspora-communities werden forciert, um nachhaltige Loyalität gegenüber der kurdischen politischen Elite zu garantieren. Somit wird ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, eines kurdischen Nationalgefühls (re)produziert, um den Machterhalt der KDP-PUK-Koalition zu legitimieren. Das Konzept des Kurdayetî bildet dafür die rhetorische Basis.

Menschen, welche aus politischen Gründen ihr Herkunftsgebiet verlassen mussten, neigen stärker dazu, im Residenzland politisch aktiv zu werden. Es muss jedoch bedacht werden, dass diese These generalisiert und damit in der Realität nicht immer zutrifft. Oft wenden sich Menschen gerade wegen ihrer Fluchterfahrungen der politischen Arbeit im Ankunftsland den Rücken zu. Umgekehrt werden ArbeitsmigrantInnen erst durch die Distanz politisiert.

Irakische KurdInnen kamen zu einem Großteil als politische Flüchtlinge in Europa und Österreich an. Ihr Engagement speist sich aus den Erfahrungen politischer Unterdrückung im Irak und der Migration.

1987 gründeten sie in Zusammenarbeit mit den iranischen und syrischen KurdInnen das Kurdische Zentrum. Mit der Zeit konzentrierte sich der Verein immer stärker auf die irakischen KurdInnen, die nach den türkischen KurdInnen die größte Gruppe in Österreich bilden.

Das Kurdische Zentrum bietet für die hier lebenden KurdInnen einen Ort der Begegnung. MigrantInnenorganisationen werden oft aus einer Sehnsucht nach Vergemeinschaftung heraus gegründet. Obwohl sich das Kurdische Zentrum als eine Kultur- und Sozialorganisation versteht, engagiert(e) es sich immer wieder auf dem politischen Feld. Es zeichnete sich primär durch „homeland politics“ (Østergaard-Nielsen 2003:763) aus.

Der Verein reagierte in den ersten zwei Dekaden besonders empfindlich auf politische Entwicklungen in der Herkunftsregion. So organisierte er diverse Demonstrationsveranstaltungen und Protestkundgebungen als Antwort auf politische Repressalien gegen die KurdInnen im Irak.

In den letzten Jahren ist eine Verschiebung hin zu „immigrant politics“ (Østergaard-Nielsen 2001b: 262f) zu vermerken. Dies lag nicht, wie von mir vermutet und als Teil meiner Forschungsfrage formuliert, am Integrationsdruck seitens der Ankunftsgesellschaft. Die sozio-politischen Erfahrungen im Aufnahmekontext waren zwar punktuell von Diskriminierungen und Rassismen geprägt, aber diese hatten keinen Einfluss auf die Ausrichtung des Vereins. Ausschlag gebend waren die veränderten demographischen Strukturen innerhalb der kurdischen „communities“. Die Golfkriege und zahllosen Angriffe auf die kurdische Bevölkerung im Irak trieben nicht nur junge Männer nach Europa – wie dies in den 60er und 70er Jahren der Fall war – sondern verstärkt auch Familien. Dabei sah sich das Zentrum in den letzten Jahren mit vermehrtem Desinteresse der zweiten Generation konfrontiert. Das Fallbeispiel des Kurdischen Zentrums relativiert also den von Koopmans und Statham vermuteten wichtigsten Indikator für die Vereinsorientierung.

Das Migrationsregime im Ankunftsland als alleiniges Merkmal für Motive und Orientierung der Handlungsstrategien von MigrantInnenorganisationen zu definieren, verwischt weitere Faktoren wie Herkunftskontext, Migration per se und intrakommunale Strukturen (und Machtverhältnisse).

Im Herbst 2011 hat das Kurdische Zentrum einen neuen Vorstand gewählt. Der Obmann Pawi Karaman sowie sein Vorstand sind in Europa geboren. Die vom neuen Vorstandsteam formulierten Ziele tangieren stärker die hier ansässigen KurdInnen. Ein bedeutender Teil ihrer Aktivitäten stützt sich auf die Verwendung neuer Medien wie das Internet und Social Media. Das neue Team will sich auf den kulturellen Bereich konzentrieren, wenngleich die politische Sphäre nach wie vor den Bezugsrahmen stellt. Das Gefühl des „Kurdischseins“ bildet das Grundgerüst der Ziele des Vereins.

Der Fokus auf KurdInnen in der Residenzgesellschaft bedeutet jedoch nicht, dass der Verein die transnationalen Verbindungen zum Herkunftsland ablegen will. Politisches Bewusstsein in Bezug auf die Ethnie und die Geschichte sehen auch die KurdInnen der zweiten Generation als Motiv für ihr Engagement.

## 8 Bibliographie

- Adamson, Fiona B. (2002): Mobilizing for the transformation of home. Politicized identities and transnational practices. In: Al-Ali, Nadjé / Koser, Khalid (Hrsg): New approaches to migration? Transnational communities and the transformation of home, London [Routledge], S. 155-168
- Ahmad, Soma (2011): Vom 'Sicheren Hafen' zur Autonomie. Die Entwicklung Irakisch-Kurdistan sein 1991. In: Schmidinger, Thomas (Hrsg): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S.159-168
- Akkiliç, Senol/Yalçinkaya, Ercan (2011): Kurdische Diaspora. In: Schmidinger, Thomas (Hrsg): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S. 241-250
- Al-Ali, Nadjé / Koser, Khalid (2002): Transnationalism, international migration and home. In: Al-Ali, Nadjé / Koser, Khalid (Hrsg): New approaches to migration? Transnational communities and the transformation of home, London [Routledge], S. 1-14
- Allgemeine Einbürgerungsvoraussetzungen:  
<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/26/Seite.260421.html>,  
[09.03.2012]
- Amelina, Anna/ Faist, Thomas (2008): Turkish Migrant Associations in Germany: Between Integration Pressure and Transnational Linkages. In: Revue Européenne des Migrations Internationales, Vol. 4, No. 2, S. 99-120
- Amman, Birgit (2004): Die kurdische Diaspora in Europa. In: Conermann, Stephen/Haig, Geoffrey (Hrsg): Die Kurden. Studien zu ihrer Sprache, Geschichte und Kultur, Hamburg [EB-Verlag], S. 204-246
- Ammann (2001): Kurden in Europa. Ethnizität und Diaspora. Münster [LIT Verlag]
- Bartl, Julia (2011): Kurdische StudentInnenvereine in Stockholm. Einblicke in die kurdische Diaspora Westeuropas am Sonderfall Schweden. In: Schmidinger, Thomas (Hrsg): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S.251-260
- Bauböck, Rainer (2003): Towards a Political Theory of Migrant Transnationalism, in: International Migration Review, Vol. 37, No. 3, S.700-723

- Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2003): Migrations- und Integrationspolitik in Österreich,  
[https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+0h756767633A2F2F6A6A6A2E62786E6C2D797661722E6E67+/file/656/osterr\\_migr\\_integr\\_politik.pdf](https://univpn.univie.ac.at/+CSCO+0h756767633A2F2F6A6A6A2E62786E6C2D797661722E6E67+/file/656/osterr_migr_integr_politik.pdf) [14.05.2012]
- Bauböck, Rainer/Perchinig, Bernhard (2006): Migrations- und Integrationspolitik, in: Dachs, Hans et al (Hrsg): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien [Manz], S.726-743
- Bloemraad, Irene/Korteweg, Anna/Yurdakul, Gökce (2010): Staatsbürgerschaft und Einwanderung: Assimilation, Multikulturalismus und der Nationalstaat. In: Bodemann, Michal Y./Yurdakul, Gökce (Hrsg.): Staatsbürgerschaft, Migration und Minderheiten. Inklusion und Ausgrenzungsstrategien im Vergleich, Wiesbaden [VS Verlag], S. 13-45
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: Kriteriengeleitete Zuwanderung nach Österreich,  
[http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/6/8/0/CH2126/CMS1321276236581/homepage-infoblatt\\_zur\\_rwr-karte.pdf](http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/6/8/0/CH2126/CMS1321276236581/homepage-infoblatt_zur_rwr-karte.pdf)
- Çinar, Dilek/Waldrauch, Harald (2006): Austria. In Bauböck, Rainer/Ersbøll, Eva/Groenendijk, Kees/Waldrauch, Harald (Hrsg.): Acquisition and Loss of Nationality. Country Analyses, Amsterdam [Amsterdam University Press], S.19-62
- Demokratiezentrum Wien: Wahlrechtsentwicklung in Österreich 1848 bis heute,  
<http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiedebatten/wahlen/wahlrechtsentwicklung-in-oesterreich-1848-bis-heute.html> [29.02.2012]
- Faist, Thomas (2004): Towards a Political Sociology of Transnationalization. The State of the Art in Migration Research. In: European Journal of Sociology Vol. 45, Issue 3 : S. 331-366
- Fassmann, Heinz (2007): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, Wien (Drava)
- Fassmann, Heinz/ Kohlbacher, Josef/ Reeger, Ursula/ Sievers, Wiebke (2005): International migration and its regulation. State of the art report Cluster A1,  
[http://imiscoe.socsci.uva.nl/publications/workingpapers/documents/international\\_migration.pdf](http://imiscoe.socsci.uva.nl/publications/workingpapers/documents/international_migration.pdf) [3.6.2011]
- Fausser, Margit (2010): Migrantenorganisationen – Akteure zwischen Integration und Transnationalisierung. Erkenntnisse von Fallstudien-Ergebnissen aus Spanien. In: Pries,

- Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag], S. 265-294
- Fercher, Harald Gernot (1995): Die österreichische Asylpolitik und die Kurden, Wien, Diplomarbeit
- Fischer-Tahir, Andrea (2003): Wir gaben viele Märtyrer: Widerstand und kollektive Identitätsbildung in Irakisch-Kurdistan, Münster [Unrast]
- Gaitanides, Stefan (2003): Partizipation von Migranten/innen und ihren Selbstorganisationen. In: E&C (Hrsg.): Interkulturelle Stadt(teil)politik. Dokumentation der Veranstaltung vom 8. und 9. Dezember 2003 Berlin, <http://www.eundc.de/pdf/63000.pdf>, S. 24-33 [25.07.2011]
- Glick Schiller, Nina/Szanton Blanc, Christina/Basch, Linda (1992): Towards a Transnational Perspective on Migration: Race, Class, Ethnicity, and Nationalism Reconsidered, New York [New York Academy of Sciences]
- Glick Schiller, Nina/Szanton Blanc, Christina/Basch, Linda (1994): Nations Unbound: Transnational Projects, Postcolonial Predicaments, and Deterritorialized Nation-States, New York [Gordon and Breach]
- Glick Schiller, Nina/Szanton Blanc, Christina/Basch, Linda (1999): From Immigrant to Transmigrant: Theorizing Transnational Migration. In: Pries, Ludger (Hrsg.): Migration and Transnational Social Spaces, [Ashgate Publishing], S.73-105
- Goeke, Pascal (2010): Migrantorganisationen. Eine systemtheoretische Skizze. In: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag für Sozialwissenschaften], S. 115-142
- Gruber, Marika (2010): Integrationspolitik in Kommunen. Herausforderungen, Chancen, Gestaltungsansätze, Wien (u.a.) [Springer]
- Guarnizo, Luis Eduardo/Portes, Alejandro/Haller, William (2003): Assimilation and Transnationalism: Determinants of Transnational Political Action among Contemporary Migrants. In: The American Journal of Sociology, Vol. 108, No. 6, S. 1211-1248
- Itzigsohn José/Dore Cabral, Carlos/Hernández Medina Esther/Vázquez, Obed (1999): Mapping Dominican transnationalism: narrow and broad transnational practices. In: Ethnic and Racial Studies, Vol. 22, No. 2, S. 316-339

- Itzigsohn, José (2000): Immigration and the Boundaries of Citizenship: The Institutions of Immigrants' Political Transnationalism. In: International Migration Review, Vol. 34, No. 4, S. 1126-1154
- Jahn, Daniela/Maurer, Andreas/Oetzmann, Verena/Riesch, Andrea (2006): Asyl- und Migrationspolitik der EU. Ein Kräftespiel zwischen Freiheit, Recht und Sicherheit, Diskussionspapier Forschungsgruppe EU-Integration, SWP Berlin, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/AsylpolitikKS1.pdf> [25.02.2012]
- Janine Dahinden und Joëlle Moret (2008): Transnationale Aktivitäten serbischer und kosovarischer Migrantenorganisationen in der Schweiz. In: Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik, Band 27, Nr. 2, <http://sjep.revues.org/353> [12.11.2011]
- Koinova, Maria (2010): Diasporas and international politics: Utilizing the universalistic creeds liberalism for particularistic and nationalist purposes. In: Bauböck, Rainer/ Faist, Thomas (Hrsg.): Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods, Amsterdam [Amsterdam University Press], S. 149-165
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (2001): How national citizenship shapes transnationalism: A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands. In: Transnational Communities Programme, Working Paper WPTC Series 01-10, <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-10%20Koopmans.doc.pdf> [15.10.2011]
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (2003): How National Citizenship Shapes Transnationalism: Migrant and Minority Claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands. In: Joppke, Christian/Morawska, Ewa (Hrsg.): Toward Assimilation and Citizenship: Immigrants in Liberal Nation-States. Houndmills: Palgrave Macmillan 195–238
- Kraler, Albert (2007): Immigrant and Immigration Policy Making in Austria, [http://inex.univie.ac.at/fileadmin/user\\_upload/ag\\_divpol/Kraler\\_forthcoming\\_Migration\\_spolitik\\_%C3%96sterreich.pdf](http://inex.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/ag_divpol/Kraler_forthcoming_Migration_spolitik_%C3%96sterreich.pdf) [21.06.2011]
- Kurdisches Zentrum: Über uns, [www.kurdsiches-zentrum.at](http://www.kurdsiches-zentrum.at) [13.04.2012]
- Kurdistan Forum. Zeitschrift für Kultur, Kunst und Politik 1992, 3; 1993, 5/8
- Magistratische Abteilung 17 der Stadt Wien: Wiener Charta. Zukunft gemeinsam leben, <http://www.wien.gv.at/menschen-gesellschaft/charta/index.html> [16.02.2012]
- Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim und Basel [Beltz Verlag]

- Mc Dowall, David (2000): A Modern History of the Kurds. London/New York [I. B. Tauris]
- Morales, Laura/Jorba, Laia (2010): Transnational links and practices of migrants' organisations in Spain. In: Bauböck, Rainer / Faist, Tomas (Hrsg.): Diaspora and Transnationalism: Concepts, Theories and Methods, Amsterdam [Amsterdam University Press], S. 267-293
- Nowotny, Ingrid (2007): das Ausländerbeschäftigungsgesetz: Die Regelung des Zugangs von AusländerInnen zum österreichischen Arbeitsmarkt. In Fassmann, Heinz (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht : rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen S. 47-73
- Østergaard-Nielsen, Eva (2001a): The Politics of Migrants' Transnational Political Practices. In: Transnational Communities Programme. Working Paper Series WPTC-01-22, <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/WPTC-01-22%20Ostergaard.doc.pdf> [25.10.2011]
- Østergaard-Nielsen, Eva (2001b): Transnational political practices and the receiving state: Turks and Kurds in Germany and the Netherlands. In: Global Networks Vol.1 No.3. 261-281.
- Østergaard-Nielsen, Eva (2002): Working for a solution through Europe: Kurdish political lobbying in Germany. In: Al-Ali, Nadej / Koser, Khalid (Hrsg.): New approaches to migration? Transnational communities and the transformation of home, London/New York [Routledge], S. 186-201
- Østergaard-Nielsen, Eva (2003a): Transnational Politics - Turks and Kurds in Germany, London und New York [Routledge]
- Østergaard-Nielsen, Eva (2003b): The Politics of Migrant's Transnational Political Practices. In: International Migration Review, Vol 37, No. 3, S.760-786
- Pabst, Gudrun (2011): Die politische Entwicklung in Iranisch-Kurdistan. In: Schmidinger, Thomas (Hrsg.): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S. 137-148
- Perchinig, Bernhard (2006): Einwanderungs- und Integrationspolitik. In Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz-Blau: Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien (u.a.) [LIT Verlag], S. 295-311

- Perchinig, Bernhard (2010): Von der Fremdarbeit zur Integration? Migrations- und Integrationspolitik in Österreich nach 1945. In: Initiative Minderheiten (Hrsg.): Viel Glück! Migration Heute, Wien [mandelbaum], S.142-159
- Portes, Alejandro/Escobar, Cristina/Radford, Alexandria Walton (2007): Immigrant Transnational Organizations and Development. In: International Migration Review, Vol. 41, No. 1, S. 242-281
- Portes, Alejandro/Guarnizo, Luis E./Landolt, Patricia (1999): The study of transnationalism: pitfalls and promise of an emergent research field. In: Ethnic and Racial Studies, Vol.22, No.2, S. 217-237
- Pries, Ludger (2008a): Die Transnationalisierung der sozialen Welt : Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften, Frankfurt am Main [Suhrkamp]
- Pries, Ludger (2008b): Rethinking transnationalism: the meso-link of organisations, London (u.a.) [Routledge]
- Pries, Ludger (2010a): (Grenzüberschreitende) Migrantenorganisationen als Gegenstand der Sozialwissenschaftlichen Forschung: Klassische Problemstellungen und neuere Forschungsbefunde. In: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag], S. 15-60
- Pries, Ludger (2010b): Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung, Wiesbaden [VS Verlag]
- Rauer, Valentin (2010): Additive oder exklusive Zugehörigkeiten: Migrantenverbände zwischen nationalen und transnationalen Positionierungen. In: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag], S. 61-86
- Rosenberger, Sieglinde (2009): Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus, Wien [Facultas]
- Sardinha, João (2010): Immigrantenverbände und Möglichkeiten der Teilhabe in Portugal: Intervention zu welchem Preis? In: Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg.): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag], S. 233-264
- Sassen, Saskia (2001): Cracked Casings. Notes Towards an analytics for studying transnational process, in Pries, Ludger (Hrsg.): New Transnational Spaces: International

- Migration and Transnational Companies in the Early Twenty-First Century, London (Routledge), 187-208
- Schmidinger, Thomas (2010): Kurdistan in Österreich: Kurden als ‚imagined community‘ in der Diaspora (nicht veröffentlicht)
- Schmidinger, Thomas (2011): Einleitung. In: ders. (Hrsg): Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S. 9-12
- Sezgin, Zeynep (2010): Türkische Migrant\*innenorganisationen in Deutschland. Zwischen Mitgliederinteressen und institutioneller Umwelt. In Pries, Ludger/Sezgin, Zeynep (Hrsg): Jenseits von ‚Identität oder Integration‘. Grenzen überspannende Migrant\*innenorganisationen, Wiesbaden [VS Verlag für], S. 201-232
- Sieveking, Nadine (2009): Das entwicklungspolitische Engagement von Migrant\*innen afrikanischer Herkunft in NRW mit Fokus auf Ghana. Expertise für das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. In: Working Paper 65, COMCAD Center on Migration, Citizenship and Development, [http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag\\_comcad/downloads/workingpaper\\_65\\_sieveking.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/tdrc/ag_comcad/downloads/workingpaper_65_sieveking.pdf) [06.05.2012]
- Six-Hohenbalken, Maria (2002), Reyên Kurdan: ethnologische Überprüfungen von Theorieansätzen zu Migration, Diaspora und Transnationalismus am Beispiel "kurdischer Wege" durch Wien und Europa, Wien Dissertation
- SPÖ Wien: Wiener Positionen zum Zusammenleben, <http://www.wien.spoe.at/wiener-positionen-zum-zusammenleben> [25.03.2012]
- Statistik Austria 2012: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern, [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung\\_nach\\_migrationshintergrund/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html) [27.03.2012]
- Strasser, Sabine (2009): Bewegte Zugehörigkeiten. Nationale Spannungen, transnationale Praktiken und transversale Politik , Wien [Verlag Turia + Kant]
- Strasser, Sabine (2010): Transnationale Politik: Zugehörigkeit, Aktivismus und soziale Spannungen jenseits von Grenzen. In: Initiative Minderheiten (Hrsg.): Viel Glück! Migration Heute, Wien [mandelbaum], S.328-335
- Strohmeier, Martin/Yalcin Heckmann, Lale (2000): Die Kurden : Geschichte, Politik, Kultur, München [Beck]

Van Buinessen, Martin (1989): Agha, Scheich und Staat: Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin [Ed. Parabolis]

Vanly, Ismet Chérif (1988): Kurdistan und die Kurden. 3. Syrisch-Kurdistan, Libanon, Jordanien, Israel, Ägypten, Diaspora in Europa, Sowjetunion, geheime US-Botschaftspapiere, Göttingen und Wien [Gesellschaft für bedrohte Völker Wien]

Vereinsgesetz 2002 – VerG BGBl. I Nr. 66/2002,

[http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_Vereinswesen/gesetzestexte/Vereins\\_Gesetz.aspx](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Vereinswesen/gesetzestexte/Vereins_Gesetz.aspx)

[17.02.2012]

Vermeulen, Floris/Berger, Maria (2008): Civic Networks and Political Behaviour: Turks in Amsterdam and Berlin. In: Ramakrishnan, Karthick/ Bloemraad, Irene (Hrsg.): Civic Hopes and Political Realities: Immigrants, Community Organizations and Political Engagement, New York [Russel Sage Foundation], S. 160–191

Vorblatt: 1189 der Beilagen XXII. GP - Regierungsvorlage – Materialien,

[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/II\\_01189/fname\\_051960.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/II_01189/fname_051960.pdf)

[09.03.2012]

Wahlbeck, Östen (1998): Transnationalism and diasporas: the kurdish example. Transnational Communities Programme: Working Paper Series, WPTC-98-11, <http://www.transcomm.ox.ac.uk/working%20papers/wahlbeck.pdf> [10.01.2012]

Wahlbeck, Östen (2001): The concept of diaspora as an analytical tool in the study of refugee communities. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, Vol. 28: No. 2. S. 221-238.

Wahlen auf Landes- und Gemeindeebene: Wiener Wahlen, [https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/32/Seite.320620.html#Wiener\\_Wahlen](https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/32/Seite.320620.html#Wiener_Wahlen) [16.02.2012]

Waldrauch, Harald/Sohler, Karin (2004): Migrantenorganisationen in der Großstadt: Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wiens, Frankfurt am Main (u.a.) [Campus-Verlag]

Wimmer, Andreas/Glick Schiller, Nina (2002): Methodological nationalism and beyond: nation-state building, migration and the social sciences. In: Global Networks Vol. 2, No. 4, S. 301–334

# Anhang

## Interview – Leitfäden

Leitfaden A für die Interviews mit der ehemaligen Vorsitzenden des Kurdischen Zentrums, Dr. Gelas Khanakah, und dem gegenwärtigen Obmann, Pawi Karaman.

### I. Allgemein

1. Können Sie sich bitte vorstellen?
2. Wann sind sie nach Österreich gekommen? Warum?
3. Wie haben sie sich hier eingelebt?
4. Haben Sie noch Kontakt zu Familie und/oder Bekannten in Irakisch-Kurdistan?

### II. Kurdische Migration

5. Wie stark ist die Immigration von KurdInnen nach Österreich ihrer Meinung nach?
6. Wie viele KurdInnen (Irak) leben ihrer Meinung nach in Österreich? in Wien?

### III. Kurdisches Zentrum

7. Wie würden Sie die Arbeit des Kurdischen Zentrums beschreiben?
8. Wann haben Sie angefangen, sich im Kurdischen Zentrum zu engagieren? Warum?
9. Warum haben Sie sich für den Vorsitz entschieden?
10. Welchen Rahmenbedingungen sind Sie als Verein gegenüber gestanden? Wie leicht/schwer war es, als Verein Aktivitäten nach zu gehen?
11. Was waren/sind Ihre Ziele im Rahmen der Vereinsarbeit?
12. Wo lagen/liegen die Schwerpunkte, welche Tätigkeitsbereiche sollen/wurden abgedeckt? Warum?
13. Wie ist der Verein organisiert? (Mitglieder? Struktur?)
14. Wer war/ist die Zielgruppe? Warum?
15. Gab es Zusammenarbeit mit anderen Organisationen?
16. Gab es (finanzielle) Unterstützung? Wer waren die GeberInnen?

17. Welchen Beitrag hat das Kurdische Zentrum Ihrer Meinung nach zur Sichtbarmachung der Kurden beigetragen?
18. Welche Resonanz gib es seitens der Kurden? Wie wird ihre Vereinsarbeit angenommen?
19. Finden sie, dass ein Zentrum notwendig für die eigene Identität ist? Hilft das Zentrum bei der Erhaltung/Tradierung kultureller Werte?
20. Welche Vorstellungen haben Sie für die Zukunft des Vereins?
21. Wollen Sie noch etwas hinzufügen?

Leitfaden B für das Interview mit Ala Uzeri, Mitarbeiterin der Vertretungsstelle der KRG in Wien.

### **I. Allgemein**

1. Können Sie sich bitte vorstellen.
2. Haben Sie sich hier eingelebt?

### **II. Vertretung der KRG**

3. Können Sie bitte Ihre Organisation vorstellen.
4. Was war Ihre Motivation diesen Job nachzugehen?
5. Ist für Sie eine ethnische Identität wichtig? Warum?
6. Warum wurde sie jetzt gegründet?
7. Wie wird sie finanziert?
8. Was sind Ihre Tätigkeitsfelder/Aktivitäten? Warum diese?
9. Was sind die Ziele der Organisation? Wie sollen diese erreicht werden?
10. Gibt es eine Resonanz der KurdInnen in Österreich/Wien? Wenn ja, wie hat sie sich bis jetzt ausgedrückt?
11. Möchten Sie noch etwas hinzufügen?

## Zusammenfassung

MigrantInnenorganisationen rücken in jüngster Vergangenheit immer stärker ins Zentrum der Migrationsforschung. Das Konzept des Transnationalismus eignet sich als theoretische Annäherung an grenzüberschreitende Lebensentwürfe von MigrantInnen und deren Selbstorganisationen. Speziell Ansätze zu transnationalen politischen Handlungsweisen bilden den theoretischen Rahmen dieser Forschungsarbeit. Methodisch konzentriere ich mich neben der Literaturrecherche auf ExpertInneninterviews und qualitative Inhaltsanalysen von Broschüren, Zeitschriften des Kurdischen Zentrums und seine Webseite.

Konkret werden anhand von Ansätzen zu politischen Transnationalismus die Handlungsmodalitäten des Vereins „Kurdisches Zentrum“ analysiert. Die 20-jährige Geschichte des Vereins zeigt auf, dass transnationale (politische) Praktiken kein neues Phänomen darstellen. Vielmehr haben sich durch das Erschließen neuer Medien, wie dem Internet, Qualität und Quantität transnationaler Verflechtungen gewandelt.

Im lokalen Kontext eingebettet, sieht sich das Kurdische Zentrum mit Inklusions- und Exklusionsmechanismen Österreichs und Irakisch-Kurdistan konfrontiert. Der Transnationalismus-Ansatz fordert im Hinblick auf die Rolle von Nationalstaaten eine kritische Reflexion klassischer nationalstaatlicher Konzepte. Gemäß dieser Perspektive sind Nationen keine statischen Entitäten, sie passen sich vielmehr den strukturellen Veränderungen des globalen Kapitals an. Mit dieser Erkenntnis wird wissenschaftlichen Thesen der Deterritorialisierung von MigrantInnen und dem Verfall von Nationalstaaten eine Absage erteilt.

Neben den Ankunfts- und Herkunftsgesellschaften treiben interne soziale Strukturen Form und Orientierung der Handlungsmodalitäten an. Die zweite Generation spielt eine zentrale Rolle, wenn es um die Formulierung von Aktivitäten und Zielsetzungen geht. Vor diesem Hintergrund hat der Verein einen Wandel in ihrer Ausrichtung vollzogen. Während der Fokus in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts verstärkt auf politische Entwicklungen im Herkunftsland gerichtet war, dreht sich der Blickwinkel hin zu den in Österreich ansässigen KurdInnen. Die Frage der Zugehörigkeit fungiert nach wie vor als Lenkungsinstrument.

## **Abstract**

Migrant organizations move increasingly into the centre of migrations research. The concept of transnationalism works well as a theoretical approach for cross-border life style of migrants and their organizations. The present work is framed by concepts of political transnationalism.

Additionally to a literature review I focus on semi-structured expert interviews and qualitative content analysis of folders and magazines of the Vienna-based Kurdish centre “Kurdisches Zentrum”, as well as their website.

Based on political transnational approaches I examine the activities of the “Kurdisches Zentrum”. In its twenty-year history the organization has shown that transnational political practices cannot be regarded as a new phenomenon. The development of new media such as the internet, have changed quality and quantity of transnational ties.

The “Kurdisches Zentrum” is embedded in the local context, hence it is influenced by inclusion- and exclusion mechanisms of Austrian and Kurdish policy making. As such, theoretical approaches of transnationalism require a critical scrutiny of nation state concepts. According to these analyses, nation states are constantly adjusting to structural changes of the global capital, instead of maintaining a static entity. As a result, hypotheses concerning the deterritorialization of migrants as well as the decline of nation states prove to be invalid.

Furthermore, internal social structures, alongside countries of origin and receiving countries determine the modes of action of the organization. Hereby, the second generation of immigrants plays a paramount role when it comes to agenda setting as well as introducing activities.

Considering this development, the “Kurdisches Zentrum” has undergone a shift in its orientation: while in the 1980s and 1990s, the organization focused on the political developments in the country of origin, the emphasis is now put on the Kurdish population living in Austria. Questions of belonging are used as control mechanisms.

## **Lebenslauf**

Saya Ahmad

Geboren am 31. März 1984 in Kirkuk/Irak

Kontakt: saya.ahmad@gmx.at

### **Ausbildung:**

- Seit Okt. 2003: **Studium Internationale Entwicklung**, Hauptuniversität Wien  
Schwerpunkt: Migration und Integration, Transnationalismus,  
Regionaler Fokus: Österreich, EU, Naher Osten  
Spezialisierung im Rahmen des Wahlfachs Arabistik und  
Islamwissenschaften
- 1995 – 2003: Besuch des Europagymnasiums (Englisch als Unterrichtssprache),  
Klagenfurt
- 1991-1995: Dr.-Karl-Renner-Volksschule, Klagenfurt

**Sprachen:** Deutsch, Englisch, Französisch. Kurdisch

### **Publikationen:**

Politischer Islam mit arabisch-sunnitischem Migrationshintergrund, in: Thomas Schmidinger, Dunja Larise (Hrsg.) (2008): Zwischen Gottesstaat und Demokratie. Handbuch des politischen Islam, Wien [Deuticke], S. 144-156

KurdInnen im Irak – ein historischer Abriss von der Gründung Iraks bis zum Golfkrieg 1991, in: Thomas Schmidinger (Hrsg.)(2011) Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora, Frankfurt am Main [Peter Lang], S. 149-158